

Preußische Allgemeine



Nr. 24 · 14. Juni 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Das große Spiel

Über die Faszination des Fußballs – sowie seine Bedeutung für die Gesellschaft und die Politik Seite 2



Politik Vor 100 Jahren wurde Rainer Barzel geboren Seite 11



Fragwürdig Das Recht des Bundespräsidenten zu benadigen Seite 12

FOTOS: SHUTTERSTOCK; IMAGO/SVEN SIMON; IMAGO

VON RENÉ NEHRING

Für das regierende Ampelbündnis wurde die Wahl zum Europäischen Parlament zu einem Debakel. Fast elf Prozentpunkte verloren SPD, Grüne und FDP am Sonntag zusammen gegenüber ihrem Ergebnis bei der Abstimmung vor fünf Jahren.

Besonders heftig fielen dabei die Verluste bei den Grünen aus, die allein 8,6 Prozentpunkte einbüßten. Sie bekamen offensichtlich die Quittung für ihren brachialen Versuch, den Bürgern vorschreiben zu wollen, womit sie zu heizen und mit welchem Fahrzeug sie sich fortzubewegen haben, sowie für ihre Energiepolitik, die zu den höchsten Strompreisen in der Geschichte führte.

Auch die SPD fuhr mit ihren 13,9 Prozent ein historisch schlechtes Ergebnis ein. Dass ihre Verluste gegenüber dem letzten Mal nicht höher ausfielen, liegt allein daran, dass die Genossen schon vor fünf Jahren böse abstürzten und nun kaum noch ein Sockel da ist, von dem sie fallen könnten. Gleichwohl ist das Entsetzen und der Bedarf an Erklärungen groß.

Klar ist, dass die einstige Volkspartei langjährige Kernwählergruppen schon lange nicht mehr erreicht. Dazu gehören insbesondere die sprichwörtlichen „kleinen Leute“, mit deren Lebensverhältnissen die Scholzens, Kühnerts, Eskens' et cetera schon lange nichts mehr anfangen können. Und dass die Sozialdemokraten mit Katharina Barley noch einmal jene Genossin auf Platz 1 ihrer Liste setzten, die schon vor fünf Jahren als Spitzenkandidatin das bis dahin schlechteste Ergebnis bei einer bundesweiten Wahl einfuhr, zeugt entweder von hoher Ignoranz gegenüber dem Wählerwillen oder aber davon, dass der ältesten deutschen Partei die Leute ausgehen. Jedenfalls sind derzeit nirgendwo überzeugende Köpfe zu erkennen, denen zuzutrauen wäre, verlorenes Terrain zurückzugewinnen.

Die Ampel ist nun auch offiziell gescheitert

Trotz einer historischen Wahlniederlage für das Regierungsbündnis bei der Europawahl dürfte es vorerst nicht zu Neuwahlen kommen

POLITIK

Dass es angesichts eines solchen Debakels zu Forderungen nach Neuwahlen oder zumindest dem Stellen der Vertrauensfrage durch den Bundeskanzler kommt, verwundert nicht. Zumal parallel in Frankreich Präsident Macron als Folge der Wahlniederlage seiner Partei „Renaissance“ umgehend die Nationalversammlung auflöste und Neuwahlen ansetzte. Ebenso wenig verwundert, dass bei einem derart schlechten Ergebnis frühere Parteigrößen wie der ehemalige Vorsitzende Sigmar Gabriel der derzeitigen Führung den Anspruch bestreiten, auch künftig an der Spitze zu stehen.

Ruf nach der Vertrauensfrage

Dennoch sieht es derzeit nicht danach aus, als ob es zu einem Wechsel an der SPD-Spitze oder gar zu Neuwahlen kommen könnte. Zwar wurde aus den Reihen der Sozialdemokraten schon länger der populäre Boris Pistorius als Alternative zu Scholz gehandelt, doch dürfte ein Machtkampf die Partei keineswegs stärken. Und an Neuwahlen haben derzeit nicht nur die Ampelparteien kein Interesse, die in diesem Falle mit massiven Verlusten rechnen müssten, sondern auch die Opposition, die zwar gestärkt aus der Europawahl hervorging, jedoch – das gilt vor allem für die Union aus CDU und CSU – wichtige Machtfragen noch lange nicht geklärt hat.

So wiesen Kritiker des Parteivorsitzenden Friedrich Merz refelexhaft darauf hin,

dass die Union zwar mit Abstand stärkste Kraft geworden ist und mehr Stimmen holte als SPD und Grüne zusammen, dass sie andererseits jedoch trotz des Ampel-Debakels gerade einmal 1,1 Prozentpunkte zulegen konnte. Was jene Merz-Kritiker freilich ausblenden ist, dass die Grünen alles andere als ein Erfolgsmodell sind und dass schwarz-grüne Annäherungen vor allem der Union stets geschadet haben. Zudem zeigt der Erfolg der zweiten großen Oppositionspartei AfD, wohin nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die Union zahlreiche einstige Stammwähler verloren hat – und wo somit jene Potentiale lägen, die es bräuchte, um zu alter Größe zurückzufinden.

Die AfD wiederum gehört mit einem Ergebnis von 15,9 Prozent und einem Plus von 4,9 Prozentpunkten gegenüber 2019 zweifellos zu den Gewinnern der Wahl. Dass die Partei jedoch noch im Februar in Umfragen bei 22 Prozent stand, zeigt, dass ihr Auftreten im Wahlkampf alles andere als optimal war. So sorgten Spitzenpolitiker aus den eigenen Reihen wiederholt für negative Schlagzeilen. Zwar wurden diese von der Parteiführung regelmäßig als Angriffe der politischen Konkurrenz oder der „Systemmedien“ zurückgewiesen, doch zeigt der Umstand, dass die neue AfD-Delegation in Brüssel den Spitzenkandidaten Krahn nicht aufnehmen will, dass die Vorwürfe von außen offenbar nicht ganz falsch gewesen sind.

Zu den großen Siegern der Europawahl gehört auch das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), das auf Anhieb 6,2 Prozent holte. War das BSW bislang vor allem eine Projektionsfläche der Medien, so sortiert es sich nun Schritt für Schritt in das Parteigefüge der Republik ein. Wohin die Reise für die neue politische Kraft mittel- und langfristig geht, ist damit freilich noch nicht gesagt.

Lehren aus der Wahl

Aufschlussreich bei der diesjährigen Wahlanalyse ist der Blick zu den europäischen Nachbarn. Auch dort gab es durchgehend Zugewinne für christdemokratische, konservative und rechte Parteien. So wurde in Frankreich der „Rassemblement National“, in Spanien der „Partido Popular“, in Österreich die FPÖ und in Italien die „Fratelli d'Italia“ stärkste Kraft. Zu den wenigen linken Parteien, die in ihrem Land die Europawahlen gewinnen konnten, gehören übrigens die Sozialistische Volkspartei und die Sozialdemokraten Dänemarks. Letztere haben vor einigen Jahren als Reaktion auf die Folgen der unkontrollierten Zuwanderung die Grenzen des Landes geschlossen – und damit den Aufstieg der dänischen Rechtspopulisten gestoppt. Vielleicht nehmen sich das auch die deutschen Ampelparteien zu Herzen, wenn sie sich in den nächsten Tagen fragen, wie es am Sonntag zu ihrem desaströsen Ergebnis kommen konnte.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Die Diskussion um den Schutz politischer Amtsträger Seite 5

Kultur
Meißen widmet sich den ersten Königsmachern aus Sachsen vor 600 Jahren Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Allenstein feierte in fröhlicher Stimmung den Tag der Minderheiten Seite 13

Lebensstil
Vor 125 Jahren begann die Automobilproduktion in Rüsselsheim Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

RKI-Protokolle Was wollte die Bundesregierung verbergen, indem sie die Corona-Protokolle des Robert-Koch-Instituts mit geschwärzten Passagen herausgeben ließ? Eine weniger zensierte Fassung bringt jetzt Licht ins Dunkel

Mehr Durchblick in Sachen Corona

Stand das Robert-Koch-Institut beim Kampf gegen das Virus anfangs auf Distanz zur Regierungslinie, schwenkte es später offenbar um

VON WOLFGANG KAUFMANN

Aufgrund einer Klage des Online-Magazins „Multipolar“ musste das dem Bundesministerium für Gesundheit unterstehende Robert-Koch-Institut (RKI) die Protokolle der Sitzungen seines Corona-Krisenstabes im Zeitraum vom Januar 2020 bis April 2021 öffentlich zugänglich machen.

Allerdings enthielten die freigegebenen Unterlagen im Umfang von 2515 Seiten zahlreiche Schwärzungen, welche verbreitet für Kritik sorgten. Daraufhin versprach Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach eine weitgehende Entschärfung der Protokolle – ausgenommen bestimmte „personenbezogene Daten“ sowie „Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse“. Diese weniger zensierte Version liegt nun vor und bietet ein aufschlussreiches Bild von den Beratungen des Krisenstabes und der Corona-Politik der Bundesregierung in den ersten Phasen der Pandemie.

Beispielsweise wird ersichtlich, dass das RKI-Gremium zunächst eher gelassen reagierte. So hieß es noch am 24. März 2020: „Virologische Ergebnisse legen nahe, dass SARS-CoV-2 nicht breit zirkuliert.“ Außerdem wurde der Einsatz von Masken kritisch bewertet. Das zeigt allein schon der Protokolleintrag vom 27. Januar 2020: „Tragen von Mund-Nasenschutz für öffentliche Bevölkerung ... nicht sinnvoll. Es liegt keine Evidenz vor als sinnvolle präventive Maßnahme für die Allgemeinbevölkerung.“

Dennoch verhängte die Bundesregierung am 29. April 2020 eine allgemeine Maskenpflicht im öffentlichen Nahverkehr und Einzelhandel. Dies ist eines von mehreren Beispielen, wie die Politik über die Köpfe der RKI-Experten hinweg entschied.

Diesbezüglich besonders aktiv war Lauterbachs Amtsvorgänger Jens Spahn, der im März 2020 für Schulschließungen

plädierte, obwohl bereits klar war, dass Kinder „keine wichtigen Glieder in den Übertragungsketten“ darstellten.

Darüber hinaus gab der CDU-Politiker im April die Devise „testen, testen, testen“ aus, während das RKI von der „Testung asymptomatischer Personen“ abriet. Hieraufhin vermerkte der Krisenstab: „Druck von Minister steigt.“

Und schließlich kam das RKI sogar in direkten Zugzwang, wie die Aufzeichnungen vom 5. Mai verraten. Spahn und der damalige Kanzleramtschef Helge Braun verlangten von dem Institut die Festlegung eines allgemeingültigen Wertes, der

die Dynamik des Pandemiegeschehens sowohl bundesweit als auch in den einzelnen Regionen des Landes plastisch abbildete. Dazu notierte das RKI: „Indikatoren bereit zu stellen, wird aus fachlicher Sicht weitgehend abgelehnt, jedoch werden diese nachdrücklich von politischer Seite eingefordert.“

Rigide Gangart

Also steckte der Krisenstab zurück, indem er die Inzidenz und den R-Wert ins Spiel brachte, wobei die Begründung hierfür lautete: „Kommt das RKI der politischen Forderung nicht nach, besteht das Risiko,

dass politische Entscheidungsträger selbst Indikatoren entwickeln und/oder das RKI bei ähnlichen Entscheidungen nicht mehr einbinden.“

Die rigide Gangart der Minister Spahn und Braun, welche sicherlich die Billigung der seinerzeit regierenden Bundeskanzlerin Angela Merkel fand, resultierte ganz offensichtlich aus der Kooperation der deutschen Gesundheitsbehörden mit der staatlichen Gesundheitskommission der Volksrepublik China, die im Februar 2020 begann und später auch im RKI zu einem Umdenken führte. Davon zeugen Äußerungen der folgenden Art: Maßnahmen

wie harte Lockdowns und Quarantänenvorschriften, „von denen sich in China gezeigt hat, dass sie wirksam sind, könnten als Handlungsempfehlungen/-optionen vorgeschlagen werden“.

Dennoch obsiegte im RKI trotz aller politischen Einflussnahme und des unkritischen Blickes nach China zunächst noch streckenweise die Vernunft. Das zeigte sich unter anderem bei drei Gelegenheiten. So vermerkt das Protokoll vom 4. Mai 2020: „Insbesondere alte und hochaltrige Personen in häuslicher Pflege oder entsprechenden Einrichtungen formulieren, dass sie die Kollateralschäden der sozialen und physischen Distanzierung als schlimmer empfinden als ihre Angst vor einem möglichen Tod an Covid-19.“

Außerdem opponierte das RKI wiederholt gegen jegliche FFP-2-Maskenpflicht für die Allgemeinbevölkerung: Die „weite Nutzung von FFP-2-Masken ... zum Schutz von Risikogruppen“ sei „nicht evidenzbasiert“ und „Pflegeheimbewohnern nicht zuzumuten“.

Zuletzt zeigte sich auch der Corona-Krisenstab des Robert-Koch-Institutes skeptisch, was die Wirksamkeit der Corona-Impfstoffe von BioNTech/Pfizer, AstraZeneca und Co. betraf. Am 11. November 2020 ließ das Gremium im Protokoll vermerken, dass die Pharmakonzerne keinerlei brauchbare Informationen hierzu geliefert hätten.

Weiterhin hieß es zwischen dem 20. Januar und 1. März 2021 mehrmals, die Impfung sei offensichtlich nicht dazu geeignet, Geimpfte vor weiteren Corona-Infektionen zu schützen.

Spätestens jetzt hätte das RKI mit aller Kraft Alarm schlagen müssen. Stattdessen versuchte es, die immer öfter gemeldeten tödlichen Nebenwirkungen der Vakzine kleinzureden: Dieses Problem werde „medial aufgebauscht“. Damit lag das RKI im Frühjahr 2021 voll auf Regierungskurs und verspielte dadurch seine Reputation.

Koordinierungsstelle des RKI	Agenda der 2019nCoV-Lage-AG	Koordinierungsstelle des RKI	Agenda der 2019nCoV-Lage-AG	
	<ul style="list-style-type: none"> STAKOB TK zum Entlassungsmanagement (Thema unter anderem Ausschluss von falsch negativen Testergebnissen). PCR vorhanden um gute Probenahme bei Nasen-/Rachenabstrichen zu prüfen. Test funktioniert gut, arbeiten an Integration dieser PCR in die bestehenden Assays Frage wünscht elektronenmikroskopische Aufnahmen, gerne kolibriert 	ZES1	<p>Landesebene passiert auch verändern? Impact könnte auch indirekt aus ICOSARI mit abgelesen werden, wie groß ist Belastung im Vergleich zu anderen Jahren</p>	
7	<p>Surveillance</p> <p>Mortalitätssurveillance</p> <p>ICOSARI/bestehende Systeme</p> <ul style="list-style-type: none"> Genügt ICOSARI um Schwere der Krankheit zu bewerten? Etwas 80 Kliniken, ausreichend großes Netzwerk, schon seit mehreren Jahren werden Basistlinien erstellt. Daten kommen sehr zeitnah, System ist gut etabliert und erlaubt Vergleiche. Ausbau aus Sicht von FG36 nicht als sinnvoll erachtet, da dies zum Verlust der Basistlinie führen würde und System durch weitere Kliniken nicht in der Qualität gesichert würde. Aktuell läuft ICOSARI nur bis Ende Juli 2020. Keine längerfristige Verfestigung. BfG steht RKI-Antrag hierzu positiv gegenüber, was lediglich eine Verlängerung wäre. ICD-10 Code für 2019-nCoV soll eingerichtet werden, positiv, wird etabliert und hoffentlich genutzt. SEED-ARE: erlaubt Erstellung von Algorithmen für Pandemiediagnosen im ambulanten Bereich, diese sind in Vorbereitung und besser/flexibler als festgelegte Altersgruppen da detailliertere Aufschlüsselung möglich ist. Einladungen an Praxen sind herausgegangen, kein explosionsartiger aber stetiger Zuwachs. Stärkeres Promoten von Grippeviren: wäre dies IT-technisch tragbar? Aktuell könnte dies zu einer möglichen Klientelverschiebung führen, die nicht erwünscht ist, deswegen nur niedrigschwelliges Promoten um gut funktionierende Kohorte beizubehalten. Daten können hinterher gut analysiert/studiert werden. IVENA: in manchen Bundesländern ausgeollt um Klinik-/Ressourcen-Auslastung zu evaluieren, könnte dieses genutzt werden? Alternativ könnte FG32 Notaufnahmen-Surveillance nutzen, es gibt jedoch keine Vergleichserfahrung, wird es Anpassungen bezüglich KKH geben? Wird sich das, was auf 	FG32/FG36/alle	<p>8</p> <p>Klinisches Management/Entlassungsmanagement</p> <p>Papier zu Entlassung</p> <ul style="list-style-type: none"> Wurde gestern erneut diskutiert, IBSB hat Papier von [REDACTED] erhalten, wird nun in STAKOB besprochen, im Entwurfsstadium mit AGI geteilt und morgen in der AGI 13 Uhr TK diskutiert Klinischer Verlauf bei nCoV: Zusammenstellung der Erfahrungen in Deutschland so weit 	IBSB
			<p>9</p> <p>Maßnahmen zum Infektionsschutz</p> <p>Einreisende</p> <p>ToDo: IBSB bereitet bereits praktische Empfehlungen von RKI vor</p> <ul style="list-style-type: none"> Ausreisendruck aus China wird weiter steigen, wenn Quarantänemaßnahmen zunehmen 	FG32/IBSB
			<p>10</p> <p>Transport und Grenzübergangsstellen</p> <ul style="list-style-type: none"> (nicht besprochen) 	FG32

Bei den RKI-Protokollen sieht man viel schwarz: Das unabhängige Online-Magazin „Multipolar“ klagte auf Herausgabe der Protokolle des RKI-Krisenstabes, die zu Beginn auf über 2000 Seiten noch etwa tausend geschwärzte Passagen enthielten

„BREUER-FILES“

Generalstabsmäßiger Kampf gegen das Virus

Unter dem Kommando eines Generalmajors wurden Impfdosen unters Volk gebracht – Warum genau, bleibt weiterhin geheim

Neben dem Corona-Krisenstab im Robert-Koch-Institut gab es ein weiteres solches Gremium im Bundeskanzleramt. Es existierte vom 14. Dezember 2021 bis zum 5. Mai 2022 und wurde von Generalmajor Carsten Breuer geleitet. Dieser hatte sich zuvor laut Angaben der Bundeswehr bei der „Beseitigung von Schneemassen in Bayern“, der „Bekämpfung des Borkenkäfers“ sowie der „Eindämmung von Großwaldbränden“ ausgezeichnet. Breuer sorgte dann auch für einen straffen militärischen Ton in seinem Krisenstab. So forderte er unter anderem Informationen zur „Feindlage, zum Virus“ an.

Die Protokolle der insgesamt 24 Video-Konferenzen dieses Gremiums sollten eigentlich vertraulich bleiben, wurden aber durch den Frankfurter Allgemeinmediziner Christian Haffner auf der Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes freigelegt.

Dabei strotzen auch die sogenannten „Breuer-Files“ vor Schwärzungen, welche die Bundesregierung mit dem Schutz der internationalen Beziehungen und inneren

Sicherheit Deutschlands sowie den fiskalischen Interessen des Bundes begründet. Dennoch sind die Protokolle sehr aufschlussreich.

Zum einen fehlte dem Krisenstab, der für eine Militarisierung der Gesundheitspolitik hierzulande stand, jegliche demokratische Legitimation. Das kann auch der Umstand nicht verbergen, dass sämtliche Namen der bis zu 30 Mitglieder des Gremiums in den Protokollen und Teilnehmerlisten geschwärzt sind.

Zum anderen ging es dem Krisenstab in allererster Linie darum, möglichst viele der teuer eingekauften Impfdosen an den Mann zu bringen. Dies verrät das Protokoll der allerersten Konferenz vom 14. Dezember 2021. Darin wurde ein „Impfziel von 30 Millionen Impfungen bis Jahresende“ festgelegt.

Darüber hinaus hieß es: „Impfen ist das Motto der Stunde.“ Dann war auch noch von einer „Kommunikationskampagne zur Erhöhung der Impfbereitschaft“ sowie der „Vorbereitung der allgemeinen Impfpflicht“ die Rede.

24 Stunden später tagte der gemeinsame Bund-Länder-Krisenstab, welcher ebenfalls übereinkam, „die Impfquote zu erhöhen“ und in diesem Zusammenhang das Boostern voranzutreiben. Außerdem äußerte eine Person, bei der es sich wohl um Breuer handelte, was aber aufgrund der Schwärzungen nicht zu beweisen ist: „Größtes Problem sind die Ungeimpften. Boosterung verlangsamt Virusausbreitung ... nur gering. Fokus muss auf Ungeimpften liegen.“

Durchwachsene Bilanz

Um mehr Menschen zur Impfung zu bewegen, wurde am 4. Januar 2022 beschlossen, die Hamburger Agentur Scholz & Friends mit einer Werbekampagne zu beauftragen, um jene zu erreichen, „die sich am schwersten mit einer Impfung tun“. Dies zeigte aber kaum Wirkung. Das „aktuelle Impftempo“ sei „viel zu niedrig“, monierte der Krisenstab am 27. Januar. Daraus resultierte am 3. Februar ein Strategiewechsel. Anstatt weiter zu versuchen, die Impfskeptiker zum ersten „Piks“

zu drängen, sollten die Geboosterten nun zu einer vierten Impfung überredet werden, denn Impfstoff war genügend vorhanden. Gleichzeitig fiel wieder das Stichwort „Impfpflicht“.

Letztere scheiterte allerdings am 7. April 2022 im Bundestag. Dem Krisen-



Gewissenhaft als Leiter des Corona-Krisenstabes: Generalmajor Carsten Breuer

stab bot sich indes schon Tage zuvor „ein düsteres Bild zum nachlassenden Infektionsschutz“, weil die Impfkampagne noch stärker stagnierte, obwohl man alle Voraussetzungen dafür geschaffen hatte, „60 Millionen Einwohner innerhalb eines Monats“ zu impfen.

Die Tätigkeit des Corona-Krisenstabes des Bundeskanzleramtes endete mit einer eher durchwachsenen Bilanz: Während der Zeit seines Bestehens stieg der Anteil der einmal Geimpften an der Gesamtbevölkerung nur von 73,9 auf 77,6 Prozent und der Anteil der mit zwei Spritzen „Grundimmunisierten“ von 69,4 auf 75,8 Prozent. Dahingegen gab es bei den Geboosterten einen Sprung von 26,7 auf 59,4 Prozent.

Dies reichte aus, um Breuer für höhere Aufgaben zu empfehlen. Zuerst wurde er am 27. September 2022 erster Befehlshaber des neuen Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr für Operationen in Deutschland und am 17. März 2023 schließlich der 17. Generalinspekteur der Bundeswehr. W.K.

Das Spiel, das Volk – und die Mächtigen

Rund vier Wochen ist Deutschland wieder einmal Gastgeber eines großen Fußballturniers. Wie die Europameisterschaft ausgeht, weiß niemand. Klar dürfte indes sein, dass die Politik versuchen wird, von der erwartbaren Euphorie zu profitieren

VON RENÉ NEHRING

Fußball ist ein Spiegelbild der modernen Gesellschaft. Seit das Spiel um die Jagd nach dem runden Leder ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von der britischen Insel kommend den europäischen Kontinent und die Welt eroberte, schrieb es unzählige großartige, aber auch dramatische und traurige Geschichten. Es sind Geschichten von heroischen Siegen und tragischen Niederlagen, vom Aufstieg legendärer Spieler und dem Absturz tragischer Helden.

Längst sind die Erzählungen rund um den Fußball und deren Protagonisten zu Mythen unserer Zeit geworden. Wo früher Väter und Großväter von ihren Kriegserlebnissen erzählten, berichten ihre Nachfahren heute – nicht weniger bewegt als ihre Vorfahren – den Söhnen und Enkeln von unvergessenen Stadionbesuchen und „Jahrhundertspielen“, von einzigartigen Toren und Meisterschaften, die ganze Regionen und Nationen in einen kollektiven Jubel versetzten.

So lebt der heute im Mittelfeld der zweiten Liga dümpelnde FC Schalke 04 noch immer vom Ruf seiner Mannschaft aus den 1930er und frühen 1940er Jahren um die beiden aus Ostpreußen stammenden Spieler Ernst Kuzorra und Fritz Szepan, die nicht nur binnen weniger Jahre sechsmal Deutscher Meister wurden, sondern mit ihrer Spielform, dem „Schalker Kreisel“, gleich den ganzen Fußball revolutionierten. Und der Sieg der deutschen Nationalmannschaft um Fritz Walter im WM-Finale von 1954 gegen die ungarische Übermannschaft um Ferenc Puskás ging nicht nur als „Wunder von Bern“ in die Zeitgeschichte ein, sondern gilt auch als zweite Geburtsstunde der Bundesrepublik (wie umgekehrt für die Ungarn die Niederlage zum nationalen Trauma wurde). So stiften die Helden des Fußballs wie der „Boss“ Helmut Rahn, Schütze des Siegtors von 1954, und erst recht „Kaiser Franz“ Beckenbauer oder der „Bomber der Nation“ Gerd Müller aus der Weltmeistermannschaft von 1974 längst ein größeres „Wir“-Gefühl als die Heldenepen der Geschichte oder die Klassiker der muttersprachlichen Literatur.

Ein kollektives Lagerfeuer

Was den Fußball so besonders macht ist, dass er wie kaum ein anderes Ereignis Menschen der verschiedensten gesellschaftlichen Schichten zusammenbringt. Kanzler, Konzernlenker und sogar Könige jubeln über die Tore der eigenen Mannschaft genauso wie Handwerksgelegen, Paketboten oder Schüler. In einer zunehmend in unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen geteilten Welt, in der sich die Lebens- und Arbeitsmodelle kontinuierlich auseinanderentwickeln, ist der Fußball so etwas wie das letzte kollektive Lagerfeuer, um das sich die Nation noch immer fast vollständig versammelt. Selbst die Mehrheit der Migranten, die im Alltag oft mit der neuen Heimat fremdeln, tragen wenn der Ball rollt wie selbstverständlich Schwarz-Rot-Gold (oder in Frankreich die Trikolore).

Die Faszination des Sports verlockt indes immer wieder dazu, das Spiel in den Dienst politischer oder auch ökonomischer Interessen zu stellen. Prominente Beispiele für Letzteres sind die Gründung des Vereins RB Leipzig durch den Red-Bull-Konzern, das kostspielige Engagement der Holding „Qatar Sports Investment“ bei Paris Saint-Germain oder das Investment eines Konglomerats von Investoren aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, China und den USA bei Manchester City und anderen Spitzenvereinen rund um den Globus.

Noch größer – und länger andauernd – sind die Versuche der Politik, von der Popularität des Fußballs zu profitieren. So geht der



Die Macht der schönen Bilder: Während des „Sommermärchens“ 2006 feierten die Deutschen ein seltenes Freudenfest. Die Politik nahm die positive Stimmung dankend auf

Foto: pa

heutige Pokalwettbewerb des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) unmittelbar auf den 1936 von dem Reichssportführer Hans von Tschammer und Osten gestifteten Tschammerpokal zurück. Auch in der DDR war der Pokalwettbewerb des dortigen Deutschen Fußball-Verbandes (DFV) mit einer politischen Botschaft unterlegt, trug er doch den Namen der kommunistischen Einheitsgewerkschaft „Freier Deutscher Gewerkschaftsbund“ (FDGB).

Sport im Dienst der Politik

Generell hatte der Sport, nicht nur der Fußball, für die DDR im wahrsten Sinne des Wortes eine staatstragende Bedeutung. Seit der Trennung der gesamtdeutschen Olympiamannschaft 1965 investierte der kleine Arbeiter-und-Bauern-Staat in fast allen olympischen Disziplinen in Wettkampfstätten, Übungsleiter, Sportschulen, Fahrgelegenheiten, Nachwuchswettkämpfe und vieles mehr – und schaffte es so binnen weniger Jahre, bei Olympischen Spiele teilweise selbst die Supermächte USA und UdSSR in den Medaillenwertungen hinter sich zu lassen. Dass viele Erfolge nur durch ein flächendeckendes Dopingprogramm möglich waren, konnte erst nach 1990 belegt werden. Wie stark der Einfluss der Mächtigen in der DDR auf den Sport war, zeigte sich auch an den zehn Meisterschaften des Berliner Fußballclubs Dynamo in Serie, die nicht zuletzt deshalb möglich waren, weil Stasi-Chef Mielke seiner Lieblingsmannschaft nach Kräften unter die Arme griff.

Der Einfluss der Politik auf den Fußball zeigte sich indes nicht nur in den Siegen, sondern gerade auch in den Niederlagen. Wo erwartete Erfolge – und damit der erhoffte Propagandaeffekt – ausblieben, wurden schnell Schuldige gesucht und gefunden. So kostete die Niederlage der deutschen Nationalmannschaft im olympischen Fußballturnier von 1936 gegen Norwegen Reichstrainer Otto Nerz unmittelbar den Job, weil unter den 50.000 Zuschauern auch die komplette NS-Führung war, die – da die Skandinavier bis dahin noch nie gegen Deutschland gewonnen hatten – fest mit einem deutschen Sieg ge-

rechnet hatte. Und Jahrzehnte später kostete eines der größten „Wunder“ der Fußballgeschichte, das 7:3 des FC Bayer 05 Uerdingen gegen Dynamo Dresden nach 1:3 Halbzeitrückstand, den Dresdner Erfolgstrainer Klaus Sammer umgehend seinen Posten. Wo das politische Prestige auf dem Spiel steht, gilt die alte Regel, wonach der Erfolg viele Väter hat, die Niederlage jedoch eine Waise ist, viel konsequenter als andernorts.

Natürlich versuchten nicht nur die beiden deutschen Diktaturen, den Fußball in ihren Dienst zu nehmen. Als der DFB zur Jahrtausendwende entschied, sich um die Austragung der Weltmeisterschaft des Jahres 2006 zu bewerben, brauchte der Verband nicht lange, um den damaligen Bundeskanzler und Fußball-Fan Gerhard Schröder für dessen Unterstützung zu gewinnen. Erst unlängst erklärte der seinerzeitige Außenminister Joschka Fischer in einer TV-Doku vielsagend, dass das Kabinett damals „das, was eine Regierung zur Unterstützung einer Bewerbung tun kann“, auch geleistet habe.

Das Ergebnis ist bekannt. Unter dem Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“ erlebte Deutschland 2006 sein historisches „Sommermärchen“: rund vier Wochen, in denen das Land in seltener Fröhlichkeit wie selbstverständlich in Schwarz-Rot-Gold gehüllt ein einziges großes Fest feierte – und sich bis auf ein paar ewiggestrige Linksintellektuelle niemand daran störte. Schon gar nicht die Gäste aus aller Welt, für die das selbstbewusste Tragen der eigenen Nationalfarben die normalste Sache der Welt ist.

Die Macht der schönen Bilder

Das Schicksal wollte es freilich, dass nicht Schröder und Fischer von dieser Stimmung profitierten, sondern – aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahl von 2005 – die neu gewählte Bundeskanzlerin Angela Merkel. Diese war zwar kein Fußball-Fan und hatte, wie sie Jahre später eindrucksvoll an einem Wahlabend demonstrierte, nichts für die Nationalfarben übrig, doch erkannte sie während des „Sommermärchens“ schnell, welch wirkmächtigen Bilder sich rund um den Fußball erzeugen ließen.

Längst stiften die Helden des Fußballs ein größeres „Wir“-Gefühl als die Heldenepen der Geschichte oder die Klassiker der muttersprachlichen Literatur

Und so suchte die Kanzlerin in der Folge regelmäßig die Nähe der Nationalmannschaft, die ihrerseits in Person der damaligen Doppelspitze aus Bundestrainer Jogi Löw und Geschäftsführer Oliver Bierhoff auch die Nähe zu ihr suchte. Der Höhepunkt dieser vor allem visuellen Partnerschaft waren die Bilder aus der Umkleidekabine der Nationalmannschaft nach dem Gewinn der Weltmeisterschaft im Maracanã-Stadion von Rio de Janeiro im Sommer 2014.

Damals setzte jedoch auch eine fatale Neigung ein, die Nationalelf in den Dienst politischer und gesellschaftlicher Missionen zu stellen. So wurde bei der Weltmeisterschaft 2018 in Russland „die Mannschaft“ – das Wort „Nation“ war bereits kurzerhand entsorgt worden – für Kritik an der politischen Führung des Gastgeberlandes eingespannt. Anders als bei der WM in Brasilien vier Jahre zuvor, als auf allen Kanälen gezeigt wurde, wie warmherzig die Deutschen von den Einheimischen empfangen und gefeiert wurden, gab es 2018 keine Bilder zu sehen, auf denen deutsche Nationalspieler von russischen Fans gefeiert wurden, obwohl – zumindest damals noch – die Russen eine kaum zu erschütternde Bewunderung für Deutschland und die Deutschen in sich tragen.

Vor zwei Jahren dann erreichte die Instrumentalisierung der „Mannschaft“ für politische Zwecke anlässlich der Weltmeisterschaft in Katar einen Höhe- beziehungsweise Tiefpunkt. Auch hier kein Dank für die gigantischen Aufwendungen der Gastgeber, die eine perfekt ablaufende WM auf die Beine stellten. Stattdessen diskutierten die deutschen Elitekicker schon im Vorfeld auf Druck von Politik und Medien über viele „woke“ Fragen, allen voran, ob die „Mannschaft“ während der Spiele die regenbogenfarbene „One Love“-Armbinde als Zeichen der Solidarität mit den in dem Gastgeberland unterdrückten sexuellen Minderheiten tragen solle. Über die Aussichten, den Weltmeistertitel gewinnen zu können, sprachen die Spieler und Funktionäre des DFB weit weniger. Als der Weltverband FIFA letztlich das Tragen der angedachten Armbinde untersagte, hielten sich die Nationalspieler vor dem Eröffnungsspiel in Anspielung an die berühmten „Drei Affen“ („Nichts sehen. Nichts hören. Nichts sagen.“) kollektiv den Mund zu – und machten sich damit buchstäblich selbst zum Affen.

Zurück zum Fußball

Das Ergebnis dieser Verlegung des eigenen Fokusses vom Sport auf die Politik war, dass die deutsche Elf, die zu den erfolgreichsten Mannschaften in der Geschichte des Fußballs gehört, gleich zweimal hintereinander in der Vorrunde ausschied. Letztlich war der Fußball auch damit ein Spiegelbild der Gesellschaft. Wo Fragen der politisch korrekten „Haltung“ wichtiger sind als Leistung, ist der Niedergang nicht weit. Immerhin zog der DFB schnell Konsequenzen. Die „Mannschaft“ bekam nicht nur ihr Präfix „National-“ zurück, sondern sie sollte sich fortan wieder stärker auf den Sport konzentrieren. Zusammen mit einer neuen sportlichen und organisatorischen Leitung führte dies dazu, dass die Nationalelf seitdem wieder mit den anderen großen Nationen mithalten kann.

Ob es bei der nun beginnenden Europameisterschaft im eigenen Land für die Nationalmannschaft und ihre Landsleute wieder zu einem „Sommermärchen“ reichen wird, ist schwer zu sagen. Die regierende „Ampel“, von der einige Minister bekanntermaßen traditionell wenig mit Deutschland anfangen können, ließ bislang wenig Begeisterung dafür erkennen. Doch dürfen die Deutschen sicher sein, dass für den Fall, dass die deutschen Spieler um den Titel mitspielen sollten, die Repräsentanten der „Ampel“ nicht zögern werden, sich im Trikot der Nationalelf oder gar in Schwarz-Rot-Gold zu zeigen.

MELDUNGEN

Rentenkasse geleert

Olsberg – Nach Berechnungen des Vereins Direktversicherungsgeschädigte (DVG) hat der Bundes in den letzten 64 Jahren insgesamt 909 Milliarden Euro aus der Rentenkasse entnommen, um damit versicherungsfremde Leistungen zu finanzieren. Dazu gehören unter anderem Aussiedler-Fremdrenten, Zahlungen für Kindererziehungszeiten und Zuschüsse zu Erwerbsminderungsrenten. Die Rentenexpertin der FDP-Bundestagsfraktion Anja Schulz bezeichnete solche Leistungen als notwendig, schränkte aber ein: „Es kann nicht sein, dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben durch das Kollektiv der Beitragszahler gestemmt werden müssen.“ Dahingegen meinte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD), diese Vorgehensweise diene dem „sozialen Ausgleich“ innerhalb des Rentensystems. Laut dem Finanzexperten Otto Teufel könnten deutsche Rentner 13,6 Prozent mehr Geld erhalten, wenn der Staat für die versicherungsfremden Leistungen aufkommen würde. **W.K.**

Kontrollen verlängert

Frankfurt (Oder) – Auf der Grundlage des Schengener Grenzkodexes hat das Bundesinnenministerium die vorübergehenden Kontrollen an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz bis zum 15. Dezember verlängert. Nach Angaben des Ministeriums hat die Bundespolizei im Rahmen der wieder eingeführten Grenzkontrollen zu Polen, Tschechien, Österreich und zur Schweiz bislang rund 37.600 unerlaubte Einreisen festgestellt und rund 23.000 einreiseverhindernde oder aufenthaltsbeendende Maßnahmen vollzogen. Kritik an der Verlängerung der Kontrollen hat die Stadtverwaltung von Frankfurt an der Oder vorgebracht. Stadtsprecher Uwe Meier zitiert Oberbürgermeister René Wilke (Linke) mit den Worten: „Die Leichtigkeit ist verloren gegangen.“ Laut dem Stadtsprecher gebe nur wenige Menschen, welche die Kontrollen grundsätzlich in Frage stellen, aber auch nur wenige, die sich davon unbelastet fühlen. **H.M.**

Mehr Rechte für die Dienste

Berlin – Der ehemalige Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), Gerhard Schindler, hat erheblich mehr Kompetenzen für die drei deutschen Geheimdienste gefordert. So müsse der BND als Auslandsnachrichtendienst die Möglichkeit erhalten, auch Telefone oder Computer im Inland anzuzapfen. Derzeit brauche ein russischer oder chinesischer Agent „nur ein deutsches Handy zu nehmen, und schon ist der BND draußen“. Der Verfassungsschutz als Inlandsgeheimdienst benötige gleichfalls erweiterte Möglichkeiten zur Kommunikationsaufklärung sowie zum Erstellen von Rasteranalysen – auch mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz. Schindler sprach sich dafür aus, sogenannte Hackbacks zu erlauben. Das sind aktive Gegenangriffe bei Cyberattacken ausländischer Mächte, die im Koalitionsvertrag der Ampelparteien für unzulässig erklärt wurden. **W.K.**



FOTO: IMAGO/CHRISTIAN GRUBE

Vorbereitung auf die bevorstehende EM: Bereitschafts- und Bundespolizei im Mai bei einer Großübung in Leipzig

FUSSBALLEUROPA MEISTERSCHAFT

Wie sicher ist die EM?

Sorge vor radikalen Moslems – Polizeieinheit in Neuss bündelt Sicherheitskräfte

VON PETER ENTINGER

Unterhält man sich im Vorfeld der Fußball Europameisterschaft mit Innenpolitikern oder hochrangigen Polizeibeamten, dann hört man häufiger die Bezeichnung komplex, wenn es um die Beurteilung der Sicherheitslage geht. Oder anders formuliert: Die Sicherheitsbehörden haben nicht erst seit dem Messer-Attentat von Mannheim alle Hände voll zu tun und müssen ihre Augen sprichwörtlich überall haben. 2,7 Millionen Fußball-Fans werden in Deutschland erwartet, deutlich mehr als zehn Millionen Anhänger werden sich in den sogenannten Fan-Zonen in den Innenstädten aufhalten. „Wir wollen, dass es für alle Beteiligten ein Fußball-Fest wird“, sagte Innenministerin Nancy Faeser (SPD), doch sie weiß, „dass es keine Garantie dafür gibt“.

Ärger droht aus mehreren Richtungen. Zum einen geht es um die klassischen Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Fangruppierungen. Besonders gefährdet sind derzeit die Ungarn. Der baden-württembergische Landesvorsitzende

der Deutschen Polizeigewerkschaft, Ralf Kusterer, warnte davor, dass gewaltbereite Hooligans aus Ungarn in die Landeshauptstadt kommen könnten. In den sozialen Netzwerken sei ein „Schauspiel“ angekündigt worden, das die Ungarn in Stuttgart veranstalten wollten. „Jedes Sommermärchen hat seine Schattenseiten“, sagte Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP), „auch Hooligans und Krawalltouristen werden sich auf den Weg nach Deutschland machen“. Die Übergänge sind dabei fließend. Szene-Kenner berichten davon, dass organisierte Hooligans seit Jahren ihre Auseinandersetzungen auf abgesprochenen Arealen durchführen würden. Im Fußball-Jargon heißt dies „Acker-Matches“. Der „normale“ Stadionbesucher bekomme davon nichts mit.

Doch es gibt auch die spieltagsbezogenen Auseinandersetzungen, die nicht selten mit Alkoholeinfluss zusammenhängen und weniger in den Stadien, als vielmehr in den Innenstädten stattfinden. Dadurch, dass die Ticketvergabe personalisiert stattfand, sehen sich die Behörden gewappnet. Mit Ausschreitungen, wie beispielsweise bei der Weltmeisterschaft 1998 in Frank-

reich, als deutsche und britische Hooligans halbe Innenstädte verwüsteten, rechnet eigentlich niemand. Für die Zeit des Turniers vom 14. Juni bis 14. Juli wird es vorü-

„Das wird eine Herkulesaufgabe“

Michael Mertens
stellvertretender GdP-
Bundesvorsitzender

bergehende, stichprobenartige Kontrollen an allen deutschen Außengrenzen geben. „Wir wollen vor allen Dingen Gewalttäter und Hooligans frühzeitig stoppen“, sagte Faeser.

Einhellige Meinung ist, dass die Gefahr von Gruppen ausgeht, die nichts mit dem Ereignis an sich zu tun haben. „Die Sicherheitslage ist angespannt. Es ist nicht auszuschließen, dass extremistische Gruppen die EM nutzen wollen“, sagt Faeser. Allen

voran sind damit radikale Moslems gemeint. Nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden geht die größte Bedrohung derzeit von der Terrormiliz ISPK (Islamischer Staat Provinz Khorasan) aus. „Wie wachsam unsere deutschen Sicherheitsbehörden sind, haben zuletzt die zwei weiteren Festnahmen von Terrorverdächtigen der ISPK vor wenigen Wochen gezeigt“, sagte Faeser.

Drohungen seitens Khorasan

Die Terrormiliz zeichnete etwa für den schweren Terroranschlag mit mehr als 140 Toten im März in einem Vorort von Moskau verantwortlich und hat zuletzt auch mit Anspielungen auf die Europameisterschaft kokettiert. In einer Ausgabe des Terror-Magazins „Voice of Khurasan“ wurde eine Fotomontage gedruckt, die einen von hinten fotografierten IS-Kämpfer vor einem Fußballstadion zeigt. Dabei wurden die Städte München, Berlin und Dortmund als mögliche Orte genannt, „um das letzte Tor“ zu schießen. Ein besonderes Augenmerk gilt naturgemäß dem bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen. Vier der zehn EM-Austragungsorte liegen dort.

Im niederrheinischen Neuss wurde eine Woche vor Turnierstart das „International Police Cooperation Center“ (ipcc) eröffnet, in dem deutsche Polizisten, aber auch Vertreter anderer Sicherheitsbehörden und der Nachrichtendienste mit ausländischen Polizisten zusammenarbeiten. „Neuss wird die Sicherheitszentrale der Republik“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU), der zur Besonnenheit mahnte. Aus den abgedruckten Bildern ließen sich nicht unbedingt konkrete Anschlagpläne ableiten. „Das sind manchmal auch Fotos, die eine Verunsicherung der Bevölkerung organisieren sollen“, sagte der CDU-Politiker, der glaubt: „Wir sind gut vorbereitet.“

Das glaubt auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP), die allerdings auch vor einer hohen Arbeitsbelastung warnt. „Alle denkbaren Szenarien wie Hooligan-Ausschreitungen, Terrorattacken, die Drohnen- und Cyberabwehr, jedoch auch die Sicherung der Fanströme, Verkehrswege, der Stadien und des Public Viewing sind unsere Kolleginnen und Kollegen bei der Vorbereitung des Sicherheitskonzeptes gründlich durchgegangen“, sagte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Michael Mertens und betonte, dass die deutsche Polizei 51 Fußball-Spiele begleiten müsse: „Das wird eine Herkulesaufgabe.“ Für die Bundespolizei gilt während des gut vierwöchigen Turniers übrigens eine Urlaubssperre, um alle Einsatzkräfte zu bündeln. Doch NRW-Minister Reul macht sich keine Illusionen: „100 Prozent garantieren kann man Sicherheit nicht. Das geht nicht.“

EUROPAWAHL

AfD behauptete sich trotz Wahlpannen

Konservative legten insgesamt zu – Auch Neuparteien schicken Abgeordnete nach Straßburg

Trotz großer Probleme während des Wahlkampfes konnte die Alternative für Deutschland (AfD) ihr Ergebnis bei der Europawahl deutlich verbessern und landete am Ende mit 15,9 Prozent auf dem zweiten Platz. Das waren zwar weniger Stimmen als bei der Listenaufstellung vor knapp einem Jahr angepeilt, aber aufgrund der zahlreichen Pannen und Querelen um die beiden Spitzenkandidaten Maximilian Krah und Petr Bystron hatte die Parteiführung zuletzt ein Resultat von 15 Prozent als Ziel ausgegeben.

„Wir sind zufrieden. Wir konnten zulegen und sind im Osten durchgehend stärkste Partei“, sagte die Co-Vorsitzende Alice Weidel, die am Wahlabend ein Bekenntnis zu beiden Spitzenkandidaten vermied. Ihr bestes Ergebnis erzielte die Rechtsparterie in Sachsen mit 31,8 Prozent,

am schwächsten schnitt sie Hamburg mit acht Prozent ab.

Bei der AfD verfestigte sich dabei der schon länger zu beobachtende Trend: stark im Osten, mäßig im Norden sowie durchschnittlich im Westen und Süden. Trotz aller Widrigkeiten konnte die AfD untermauern, dass neben ihr im rechten Wählerspektrum kein wirklicher Platz ist. Protestwähler orientierten sich ansonsten auch zum neugegründeten Bündnis Sahra Wagenknecht, das im Osten überall auf Anhieb zweistellig wurde, im Westen aber bis auf das Saarland und Bremen überall unter der Fünf-Prozent-Hürde blieb. Für das neugegründete Bündnis Deutschland, das auch ehemalige AfD-Mitglieder in seinen Reihen hat, wurde der Wahltritt zu einem Fiasko. Mit 0,4 Prozent wurde das Minimalziel, einen Abgeordneten nach

Straßburg zu entsenden, verfehlt. Geringe Zuwächse, aber auch nur ein zusätzliches Mandat erzielten die Freien Wähler, die auf 2,7 Prozent kamen. Ihr Problem bleiben die mageren Resultate in westdeutschen Flächenländern wie Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. In ihren Hochburgen Bayern und Rheinland-Pfalz lag die Partei über der Fünf-Prozent-Marke.

14 Parteien im EU-Parlament

Insgesamt ziehen 14 Parteien aus Deutschland ins Europaparlament ein, was auch damit zusammenhängt, dass es bisher keine Sperrklausel gibt. Das soll sich zur nächsten Wahl ändern. Für eine Überraschung sorgte die EU-freundliche Bewegung Volt, die auf rund 2,5 Prozent der Stimmen kam und nun drei Abgeordnete nach Straßburg entsenden kann. Bei den

Jung-Wählern lag die Partei auf Augenhöhe mit der SPD. Insgesamt wählten die Erstwähler weitaus häufiger Kleinparteien als die Etablierten. Bei der jetzigen Europawahl trat Volt mit der Forderung auf, die EU zu einem Bundesstaat auszubauen, Vetorechte der EU-Mitgliedstaaten abzuschaffen, die Energieversorgung bis 2035 komplett auf Ökoenergie umzustellen und die Seenotrettung von Immigranten zu legalisieren. Ziemlich folgerichtig werden sich die Abgeordneten der Fraktion der Grünen anschließen.

Bei den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen in mehreren Bundesländern konnte die AfD übrigens fast überall Zuwächse erzielen. Doch zum großen Durchbruch reichte es nicht. In den Stichwahlen wie in Thüringen ging sie abermals leer aus. **P.E.**

GEWALT

Sorge über Verrohung wächst

Enthemmter Diskurs: Anschläge auf Politiker – Spezialgesetze zum Schutz von Amtsträgern gefordert

VON HERMANN MÜLLER

Allein zwischen Januar und März registrierte die Polizei in Brandenburg 75 politisch motivierte Straftaten gegen Mandatsträger, Amtsträger und Parteivertreter. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum war dies eine Zunahme von über einem Drittel, wie aus der Antwort auf eine Anfrage der Landtagsabgeordneten Andrea Johlige (Linkspartei) hervorgeht. Auch in Brandenburg war es längere Zeit ein sehr gängiger Vorwurf, die AfD sei verantwortlich für die Zunahme der Angriffe auf Politiker.

Ein genauerer Blick auf die Daten zeigt ein differenziertes Bild. Bei den Straftaten gegen Politiker waren in Brandenburg im ersten Jahresquartal mit 20 Fällen die Grünen am häufigsten Opfer von körperlichen Angriffen. Mit mehr als zehn Fällen waren aber AfD-Politiker am zweithäufigsten betroffen.

Beobachter rechnen inzwischen damit, dass in Brandenburg die Zahlen politisch motivierter Straftaten für das Gesamtjahr 2024 ein Rekordniveau erreichen werden. Vertreter aller Parteien berichten nämlich, dass im Wahlkampf zur Europawahl und den märkischen Kommunalwahlen mitunter in ganzen Straßenzügen Wahlplakate heruntergerissen und zerstört wurden. Der Landtagsabgeordnete Ludwig Scheetz (SPD) sprach sogar davon, dass manche Straße mit heruntergerissenen und zerfetzten Wahlplakaten den Eindruck erwecken, als sei ein Tornado hindurch gezogen.

Im April sind in Schöneiche bei Berlin zudem zwei Kandidaten der Linkspartei beim Plakatieren von Jugendlichen angegriffen worden. Der Fraktionschef der Linkspartei im Landtag, Sebastian Walter, hält an seiner Sichtweise fest, dass die massive Zunahme von Gewalt, Bedrohungen und Beleidigungen auf eine „riesiges Problem mit Rechtsextremismus in diesem Land“ zurückgehe.

Vulgäre Beleidigungen

Im Landtag selbst sorgt der Spitzenpolitiker der märkischen Linken allerdings selbst immer wieder mal für eine aggressive Atmosphäre. So bezeichnete er einen Abgeordneten der AfD-Fraktion während



Unklare Botschaft kurz vor der EU-Wahl: „Sei ehrlich“-Protest der „Letzten Generation“ an der SPD-Bundeszentrale

einer Plenarsitzung bereits einmal als „Nazi-Schwein“. Die AfD-Fraktion insgesamt erklärte der Linke zudem ganz offen zum „parlamentarischen Arm des Rechtsterrorismus“. Dem CDU-Fraktionschef Jan Redmann und der CDU-Landtagsabgeordneten Saskia Ludwig warf der Linke-Politiker wiederum vor, „Steigbügelhalter der AfD“ zu sein.

Ausgewogenere Töne sind von den Freien Wählern zu hören. Deren Landtagsabgeordneter Péter Vida spricht mit Blick auf die Entwicklung von einer „Verrohung der Kultur“ und auch einer aus dem Internet übergeschwappten „Enthemmung im Diskurs“.

Dass bei der Schuldsuche für die zunehmende Enthemmung der Hinweis auf Neonazis und die AfD als Triebkräfte möglicherweise ein irreführendes Bild liefert, zeigte sich im Europawahlkampf auch in Berlin. Dort war die Bundeszentrale der SPD in Berlin-Kreuzberg zwei Tage vor der Wahl innerhalb weniger Stunden gleich zweimal das Ziel von politisch

motivierten Straftaten. Die Aktion, bei der ein Schriftzug auf die Fassade gemalt wurde und Fahnen, darunter die deutsche und die Berlin Flagge, mit roter Farbe beschmiert wurden, scheint in einem Zusammenhang zu stehen mit den Protesten gegen den Gazakrieg und hier insbesondere gegen deutsche Waffenlieferungen an Israel.

Unklare Protestbotschaften

Nur wenige Stunden später schmierten Klimaaktivisten der „Letzten Generation“ den Schriftzug „sei ehrlich“ an die Fassade des Willy-Brandt-Hauses in der Wilhelmstraße. Auch die Parteizentrale der Berliner SPD im Wedding war am Freitag vor der Europawahl großflächig mit roter Farbe und dem Schriftzug „Letzte Warnung“ besprüht worden. Wie ein Sprecher des SPD-Landesverbandes erklärte, sei nicht klar, worauf sich diese Botschaft bezieht.

Angesichts der Angriffe auf Politiker und ehrenamtliche Wahlkampfhelfer ha-

ben sich die Innenminister der deutschen Länder mittlerweile für eine Verschärfung des Strafrechts ausgesprochen. Unter Strafe stellen wollen die Minister unter anderem das sogenannte Stalken von Amts- und Mandatsträgern. Über den regulären Beleidigungs-Straftatbestand hinaus steht mit dem Paragraphen 188 des Strafgesetzbuches schon jetzt „üble Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens“ unter Strafe.

Weitere Spezialgesetze zum Schutz von Politikern können allerdings auch eine Wirkung entfalten, die von den Innenministern kaum gewollt sein kann. Gesonderte Regelungen für Politiker haben das Potential, die Politikverdrossenheit im Land zu befeuern. Angesichts begrenzter Ressourcen und überlasteter Strafverfolgungsbehörden können gesonderte Regelungen dazu führen, dass sich die Bürger mit der Ausbreitung von Gewaltkriminalität im Alltag allein gelassen fühlen, während der Schutz von Politikern höchste Priorität hat.

KOLUMNE

Schlossfeinde

VON VERA LENGSELD

Die Rekonstruktion des von der SED abgerissenen Berliner Stadtschlusses ist ein voller Erfolg. Täglich bewundern tausende Besucher die barocken Fassaden und lassen sich von der Schönheit der Kuppel verzaubern. Etwas von dem Glanz des alten Berlins ist wieder erstanden. Außerdem ist es ein sichtbarer Beweis bürgerschaftlichen Engagements. Die Schmuckelemente, die den Baukörper verzieren, sind privat finanziert.

Das beeindruckt die Schlossgegner nicht, die immer neue Attacken gegen das Schloss führen. Die jüngsten richten sich gegen die Spender. „Schlossaneignung“ nennt sich der neueste Angriff, der fordert, dass an der Fassade kenntlich gemacht werden soll, welche Teile von „rechtslastigen“ Spendern finanziert wurden. Die Idee ist so abstrus, dass in der „Welt“ zu lesen war, die Schlossgegner drehten jetzt „völlig durch“.

In der vergifteten Atmosphäre, die in unserem Land gegenwärtig herrscht, ist die Aktion nicht nur lächerlich, sie birgt die Gefahr, dass die Demokratie demontiert und durch eine Gesinnungsdiktatur ersetzt wird. Der durch nichts belegte Vorwurf, „von einer Reihe von Spendern, die die Fassadenrekonstruktion finanzierten, ist bekannt, dass sie rechtslastige, antisemitische und auch rechtsradikale Positionen vertraten“, diskreditiert das Engagement tausender Bürger und Unternehmen. Bekanntlich ist der Vorwurf des Antisemitismus das schärfste Schwert in Deutschland.

Einen gewissen Erfolg hat die Aktion nur, weil diejenigen, die sich gern als „Qualitätsmedien“ sehen, die Diffamierungen der Schlossfeinde ungeprüft übernehmen. Sobald es in einer Zeitung steht, wird es von Wikipedia übernommen und die Bezeichnung sitzt dann fest, wie im Märchen das Pech an der faulen Marie. Schlimmstenfalls wird der Wikipedia-Eintrag sogar als Beweis vor Gericht gewertet.

Es wird hohe Zeit, dass die Schlossfeinde die Spender nicht allein lassen und sich gegen solche Praktiken wehren. Deshalb muss Klartext geredet werden: Die Schlossgegner sind Denunzianten, und ihre Denunziationen beschädigen das demokratische Miteinander.

MELDUNG

Die Kirchen schrumpfen

Berlin – Die großen Kirchen in Berlin verlieren weiter Mitglieder. Nur gut 19 Prozent der Einwohner zahlen noch Kirchensteuern. 469.000 sind evangelisch (zwölf Prozent) und knapp 273.500 katholisch (sieben Prozent). Die Gründe liegen beim demographischen Wandel und der sinkenden Bedeutung des Glaubens. Allein von 2002 bis 2021 sind 167.747 aus der evangelischen sowie 96.381 aus der katholischen Kirche ausgetreten. Hinzu kommen Sterbefälle und Wegzüge. Die höchsten Werte an Kirchenmitgliedern werden in den beiden westlichen Randbezirken Reinickendorf mit 27,6 Prozent und Steglitz/Zehlendorf mit 31,9 Prozent verzeichnet. Die diversen Freikirchen registrieren unterschiedliche Mitgliederentwicklung, allerdings verzeichnet keine derart dramatische Abgänge. *F.B.*

ISRAEL-KRITIK

Wie geht es weiter an der Technischen Universität?

Die umstrittene Präsidentin Geraldine Rauch bleibt im Amt – Immenser Imageschaden für die TU bleibt

Einen Tag Bedenkzeit hatte der Akademische Senat der Technischen Universität Berlin der Hochschulpräsidentin Geraldine Rauch eingeräumt, als am 5. Juni das Thema „Aktivitäten Geraldine Rauchs auf der Plattform X“ auf der Tagesordnung stand. Als die TU-Präsidentin nach Ablauf der Frist eine Antwort lieferte, laute diese: „Ich trete nicht zurück.“

Anlass für die Sitzung des Akademischen Senats am 5. Juni waren Vorwürfe, die TU-Präsidentin habe in sozialen Medien unter anderem eine Abbildung, die Israels Regierungschef Netanjahu mit Hakenkreuzen zeigt, mit einem „Gefällt mir“ markiert. Nach massiver Kritik hatte sich Rauch entschuldigt und erklärt, sie habe das umstrittene Bild nicht genauer betrachtet, sondern den Beitrag wegen seines Textes gelikt. Diese Erklärung reichte nicht aus, die Forderungen nach Rücktritt der TU-Präsidentin verstummten zu las-

sen. Ein Sprecher des Zentralrats der Juden warf Rauch etwa vor, sie habe „mit dem Liken mehrerer antisemitischer Postings und ihrem weiteren Verhalten bewiesen, dass sie nicht das nötige Verständnis und das Feingefühl hat, den Ernst der Lage zu erkennen“.

Auch Berlins CDU-Fraktionschef Dirk Stettner forderte die 41-Jährige Mathematikprofessorin auf, Konsequenzen zu ziehen: Wenn jemand in einem solchen öffentlichen Amt einen Post mit einem Hakenkreuz mit „Gefällt mir“ bezeichne, sei das kein entschuldbarer Fehler.

Auf der Sondersitzung des Akademischen Senats der Hochschule hatte sich eine knappe Mehrheit von 13 zu zwölf der Senatsmitglieder für einen Rücktritt von Rauch ausgesprochen. Für einen Abwahlantrag hätte in dem Gremium allerdings eine Dreiviertelmehrheit zustande kommen müssen.

Während Rauch es ablehnte, vom Amt der TU-Präsidentin zurückzutreten, zogen andere Akteure bereits Konsequenzen. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) will die Mathematik-Professorin künftig nicht mehr als Berater in seinem Zukunftsrat haben. Auch kündigte der Exzellenzverbund der Berliner Unis an, Rauch als seine Sprecherin abzulösen.

An der Technischen Universität Berlin erhielt Rauch allerdings auch Rückendeckung. In einer schriftlichen Stellungnahme erklärten 129 Beschäftigte der Hochschule ihre Unterstützung für die TU-Präsidentin und kritisierten „unverhältnismäßige Anfeindungen“ gegen Rauch als Person.

Nach Recherchen des Senders rbb handelt es sich bei den Unterzeichnern des Schreibens vor allem um wissenschaftliche und studentische Mitarbeiter sowie um einige Professoren. In ihrem

Brief erklärten die Unterstützer, Rauch zeige seit vielen Monaten, dass ein wohlüberlegtes Handeln auch bei sehr sensiblen Themen möglich sei.

In einer im April veröffentlichten Reportage zeichnete die „Neue Zürcher Zeitung“ allerdings ein deutlich anderes Bild der TU-Präsidentin. Dargestellt wurde Rauch als woke Universitätspräsidentin, die „ihre Hochschule auf links dreht“, dabei aber Kernaufgaben vernachlässigt und Probleme der Hochschule wie Bürokratie und eine marode Infrastruktur nicht gelöst bekommt.

Anfang der Woche hat der Aufsichtsrat entschieden: Rauch bleibt im Amt. Zwar habe die umstrittene Präsidentin „durch ihr Fehlverhalten der TU Berlin viel Schaden zugefügt“, wie es hieß, doch werde man sie „konstruktiv-kritisch bei ihrem angekündigten Neuanfang unterstützen“. *H.M.*

● MELDUNGEN

Vox gegen von der Leyen

Madrid – Die spanische Partei Vox wird keine zweite Amtszeit von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU/EVP) unterstützen. Eine entsprechende Ankündigung machte der Spitzenkandidat der Partei, Jorge Buxadé, gegenüber dem öffentlich-rechtlichen spanischen Sender RNE. Buxadé erklärte, weder Vox noch die nationalkonservativen EKR-Fraktion im EU-Parlament würde von der Leyen ihre Stimmen geben. Zur Begründung sagte Buxadé, von der Leyen, sei „das lebende Bild der Politik ... die den ländlichen Raum zerstört hat ... wir können nicht diejenigen unterstützen, die einen großen Teil der Produktionssysteme in Spanien zerstört haben.“ Buxadé fügte hinzu, durch den von der Leyen geförderten Green Deal würden Dutzende Landwirtschafts- und Viehzuchtbetriebe geschlossen. Als eine der größten Herausforderungen für die EU bezeichnete der Vox-Spitzenkandidat die irreguläre Migration. *H.M.*

Streit um Polen-Tagebau

Warschau – Polen hat im Streit um den Tagebau Theuern [Turów] eine Niederlage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) kassiert. Laut einem Urteil des EuGH muss Polen Zwangsgelder in Höhe von 68,5 Millionen Euro an die EU zahlen. Eine zwischenzeitliche Einigung Polens mit Tschechien lässt das Zwangsgeld nicht rückwirkend entfallen, so die EuGH-Richter. Polen war 2021 zur Zahlung von 500.000 Euro pro Tag verurteilt worden, weil Warschau den Tagebau im Dreiländereck zu Tschechien und zur Bundesrepublik nicht gestoppt hatte. Die Stadt Zittau kündigte an, Beschwerde gegen eine Entscheidung des Warschauer Verwaltungsgerichts vom März einzulegen. Laut einem Sprecher der Stadt sind in einem neuen Bescheid zur Umweltverträglichkeit mittlerweile Schutzmaßnahmen aufgenommen worden, die Polen und Tschechien vereinbart haben, nicht aber Einwendungen aus Zittau. *H.M.*

Lauschposten soll weg

Wien – Bemühungen der österreichischen Bundesregierung gegen russische Spionage kommen nur schleppend voran. Anfang April hat das Bauamt der Stadt Wien den Abriss eines Aufbaus auf dem Dach der russischen Vertretung bei den Vereinten Nationen angeordnet. Zur Begründung führte die Baubehörde an, der Aufbau sei ohne Genehmigung errichtet worden. Recherchen des ORF-Radiosenders FM4 aus dem Jahr 2022 zufolge verbirgt sich hinter dem Aufbau auf dem Dach der Botschaft die wichtigste Abhöranlage Russlands in der EU. Um den Abriss durchzusetzen, benötigt das Bauamt die Unterstützung des Außenministeriums. Bis Ende Mai war unklar, ob sich das Außenministerium bei Russland für den Abriss einsetzt. Der Journalist und frühere Politiker Peter Pilz hatte im Jahr 2016 auch den USA vorgeworfen, im IZD-Tower, einem Wiener Wolkenkratzer gegenüber der UNO-City, auf 4000 Quadratmetern eine Abhörzentrale zu betreiben. *H.M.*

WELTGESUNDHEITSORGANISATION

Uneins über Pandemieabkommen

Afrikanische Länder legten Veto ein – Änderungen in einer Nacht- und Nebel-Aktion beschlossen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Weltgesundheitsversammlung ist das höchste Entscheidungsgremium der Weltgesundheitsorganisation WHO. Auf deren diesjähriger Tagung in Genf, die am 27. Mai begann und am 1. Juni endete, sollten ein Internationales Übereinkommen zur Pandemievorsorge sowie wichtige Änderungen der seit 2005 geltenden Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) zur Verhütung und Bekämpfung der grenzüberschreitenden Ausbreitung von Krankheiten beschlossen werden.

Allerdings kam keine Einigung über das Pandemieabkommen zustande. Das lag zum einem an der massiven Ablehnung unter anderem durch Großbritannien, die Niederlande, die Slowakei, den Iran, Argentinien und Costa Rica. Diese Staaten befürchteten die Aushöhlung ihrer Souveränität, wenn die WHO – so wie es vorgesehen war – in die nationale Gesetzgebung eingreifen und damit quasi

eine weltweite Gesundheitsdiktatur etablieren kann. Zum anderen scheiterte das Ganze aber auch am Veto etlicher afrikanischer Länder. Denen missfiel, dass sie künftig Informationen über Erreger und Virusvarianten innerhalb ihrer Grenzen liefern sollen, aber dafür keine Gegenleistungen in Form von kostenlosen oder verbilligten Medikamenten und Impfstoffen zugesichert bekamen.

Massive Ablehnung auch seitens europäischer Staaten

Kritiker des Pandemieabkommens gaben daraufhin Entwarnung, welche jedoch zu früh erfolgte. Denn kurz vor dem Ende der Genfer Konferenz, nämlich um 21 Uhr am Abend des 1. Juni, billigte die Versammlung plötzlich etliche Neuregelungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften und integrierte damit Teile des gescheiterten Pandemieabkommens in die IGV, wobei diese Nacht- und Nebel-Aktion quasi auf einen Putsch hinauslief, weil sie gegen das Legalitätsprinzip ver-

stieß. Immerhin schreiben die Regeln der WHO vor, dass die Texte von Beschlüssen vier Monate vor deren geplanter Verabschiedung vorliegen müssen, was hier nicht der Fall war.

Nun beinhalten die IGV etliche brisante Passagen. Dazu gehört eine reichlich schwammige Definition des Pandemienotfalls infolge des Auftretens „einer übertragbaren Krankheit, die sich geografisch weit in mehreren Staaten ausbreitet oder bei der ein hohes Risiko besteht, dass sie sich in mehreren Staaten ausbreitet. Eine Pandemie, welche die Kapazitäten der Gesundheitssysteme in diesen Staaten übersteigt oder bei der ein hohes Risiko besteht, dass sie diese übersteigt; die erhebliche soziale und/oder wirtschaftliche Störungen verursacht oder bei der ein hohes Risiko besteht, dass sie erhebliche soziale und/oder wirtschaftliche Störungen verursacht, einschließlich der Störung des internationalen Verkehrs und Handels.“

Des Weiteren schreiben die neuen IGV vor, dass jedes WHO-Mitglied eigene nationale Behörden zur „wirksamen Umsetzung“ der Regelungen schaffen muss. Ebenso besteht nun die Pflicht, gegen angebliche „Fehl- und Desinformationen“ zu Gesundheitsthemen vorzugehen, was faktisch auf eine Zensur hinausläuft. Außerdem können auf der Basis der IGV Reisebeschränkungen verhängt werden, die vor allem für jene gelten, welche sich Impfungen oder „anderen erforderlichen Maßnahmen“ entziehen. Gleichzeitig kann jeder Staat, der Einreisende im Hinblick auf ihren Gesundheitszustand für „gefährlich“ hält, diese zur Isolation oder Quarantäne zwingen.

Neue IGV enthalten etliche brisante Passagen

Andererseits gibt es aber auch Lichtblicke. Denn viele weitere Wunschregelungen der WHO bezüglich des Pandemieabkommens fanden keinen Eingang in die neuen IGV. Dazu zählen vor allem die Streichung des Verweises auf die Notwendigkeit der Einhaltung der Menschenrechte bei der Pandemiebekämpfung sowie der erhoffte Blankoscheck an die WHO, was Vorgaben im Hinblick auf Impfstoffe und Medikamente sowie das Recht betrifft, auch andere Notfälle von angeblicher gesundheitlicher Relevanz wie den Klimanotstand auszurufen.

Allerdings hat der WHO-Generalsekretär Tedros Adhanom Ghebreyesus bereits angekündigt, den Kampf um den Pandemievertrag fortzusetzen, was der deutsche Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) mit den hoffnungsvollen Worten quittierte: „Die Vernunft wird siegen.“ Außerdem sandte Tedros eine explizite Drohbotschaft an alle Impfkritiker und -skeptiker rund um die Welt, welche er für das Scheitern des Pandemieabkommens maßgeblich mitverantwortlich macht: „Die Impfgegner stellen eine ernsthafte Herausforderung dar, und ich denke, wir müssen eine Strategie entwickeln, um wirklich zurückzuschlagen ... Ich denke, es ist an der Zeit, aggressiver gegen die Impfgegner vorzugehen.“ Die Zukunft wird zeigen, was der ambitionierte Äthiopier damit meinte.



Genf am 27. Mai: Tedros Adhanom Ghebreyesus eröffnet die Weltgesundheitsversammlung

Foto: pa/Reuters/Denis Balibouse

KROATIEN

Rechte Minister in der kroatischen Regierung

Die antiserbische Heimatbewegung bot sich als einziger Koalitionspartner an

Einen Monat nach den Parlamentswahlen vom 17. April wurde in Kroatien eine neue Regierung mit Unterstützung der Heimatbewegung (DP) gebildet, einer antiserbischen kroatisch-nationalistischen Gruppierung, die der Bürgermeister von Vukovar anführt.

Im alten Jugoslawien war die Stadt Vukovar die multiethnischste und multireligiöseste des ganzen Landes. Bis 1945 wohnten hier ein Drittel Serben, ein Drittel Deutsche und ein Drittel Kroaten. 1945 wurden die Deutschen vertrieben. Serben und Bosnier erhielten deren Häuser. Beim Zerfall Jugoslawiens begannen im August 1991 mit der Belagerung der Stadt die Feindseligkeiten. Fast drei Monate lang hatten die jugoslawische Armee und serbische paramilitärische Kräfte die Stadt unter Beschuss genommen. Am 20. November 1991 trieben serbische Einheiten 255 Kroaten und andere Nicht-Serben zusammen, ermordeten sie auf einem Hof nahe der Ortschaft Ovcara und begruben

sie in einem Massengrab. Die Stadt wurde zum Zentrum der serbisch kontrollierten Gebiete Ostslawonien und Baranja, ein Großteil der kroatischen Bevölkerung wurde vertrieben. Serben und Bosnier übernahmen die Wohnungen der vertriebenen Kroaten. Anders als die Deutschen von 1945 kamen die vertriebenen Kroaten jedoch nach sechs Jahren wieder zurück, sogar ohne dass sie das Gebiet militärisch erobert hatten.

Nach dem Abkommen von Erdut zwischen der kroatischen Regierung und einer serbischen Delegation kam das Gebiet 1995 zunächst unter provisorische UN-Verwaltung, um die friedliche Wiedereingliederung nach Kroatien vorzubereiten. Ab 1997 wurden kroatische Rückkehrer zugelassen, wobei es erneut zu Spannungen kam. 1998 wurde das Gebiet in Kroatien reintegriert, behielt aber ebenso wie die gesamte Gespanschaft Osijek-Baranja bestimmte Sonderrechte für die jetzt wieder zur Minderheit gewordenen Serben.

Fast 30 Jahre nach dem Ende des Krieges ist Vukovar wieder zu einer hübschen habsburgisch anmutenden Kleinstadt geworden. Die Gebäude wurden zu einem großen Teil mit EU-Mitteln restauriert, und die Stadt hat neue Parks, Einkaufszentren und sogar ein hochmodernes Schwimmbad bekommen.

Themen Nationalismus und Krieg

Seit zehn Jahren wird die 23.000 Einwohner zählende Gemeinde von Ivan Penava, einem Sportlehrer, verwaltet. Er wurde unter dem Banner der HDZ, der konservativen Partei von Premierminister Andrej Plenković, zum Bürgermeister gewählt, schloss sich später der 2020 gegründeten nationalistischen Heimatbewegung an, deren Führung er übernommen hat. Penava baute seine politische Karriere auf den Themen Nationalismus und „Vaterländischer Krieg“ auf, wie der Unabhängigkeitskrieg in Kroatien offiziell heißt. In Vukovar widersetzte er sich der Aufstel-

lung von zweisprachigen Schildern in Kroatisch und Serbisch und weigerte sich, die Entscheidungen des Verfassungsgerichts, das den Vertrag von Erdut kontrolliert, umzusetzen.

Nach den Parlamentswahlen vom 17. April war die Heimatbewegung die einzige Gruppierung, die anbot, mit der HDZ eine Regierung zu bilden. Allerdings unter der Bedingung, die Serbische Partei aus der neuen Mehrheit auszuschließen. Der Premierminister stimmte zu, und die DP erhielt drei Ministerien. Penava wurde zum Vizepräsidenten des kroatischen Parlaments gewählt. Bislang waren alle Regierungen von Plenković EU-freundlich, deshalb glauben viele Serben, dass der Premierminister keine ernsthaften Einschränkungen der Rechte der serbischen Minderheit zulassen wird. Doch das Programm der DP ist antiserbisch und es besteht die Möglichkeit, dass die öffentlichen Mittel für die Minderheit gekürzt oder gar ganz gestrichen werden. *Bodo Bost*

VON HERMANN MÜLLER

Nur wenige Tage vor der Wahl zum EU-Parlament überraschte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) mit einer Nachricht, auf die in den Landeshauptstädten Potsdam, Dresden, vor allem aber in der Lausitz bereits sehnsüchtig gewartet wurde. Habeck verkündete, die EU habe „grundsätzlich grünes Licht für die Entschädigung der LEAG für den Braunkohlausstieg gegeben“. Wie es in einer Mitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums heißt, sei ein Entschädigungsbetrag bis zu einer Höhe von 1,75 Milliarden Euro für die endgültige Stilllegung aller Braunkohlekraftwerke der LEAG „grundsätzlich mit den beihilferechtlichen Vorgaben und dem europäischen Binnenmarkt vereinbar“.

Im Fall des westdeutschen Versorgers RWE hatte die EU-Kommission bereits im Dezember 2023 eine Entschädigungszahlung über 2,6 Milliarden Euro abgesegnen. Bei der LEAG zog sich die Prüfung durch die EU mittlerweile schon so lange hin, dass sich in Brandenburg und Sachsen bereits Verstimmung breitmachte. Statt wie von Habeck zunächst angekündigt bis Ostern, wurde die Einigung mit Brüssel am 4. Juni, also kurz vor der EU-Wahl präsentiert. „Das Timing ist kein Zufall“, so die Bewertung der „Wirtschaftswoche“.

Die Ankündigung, es gebe nun grünes Licht für die LEAG-Entschädigung, wurde von Medien mit Schlagzeilen wie „Habeck ermöglicht Ostdeutschland Milliardenentschädigung“ oder aber „EU-Kommission genehmigt Milliarden-Entschädigung“ unter das Volk gebracht.

Habecks Formulierung, mit der EU sei eine „grundsätzliche Einigung“ gelungen, deutet allerdings bereits an, dass in Sachen Entschädigung längst noch nicht alles abschließend geklärt ist. Tatsächlich bleiben auch nach Habecks Ankündigung wichtige Fragen unbeantwortet. Angesichts der vorliegenden Ergebnisse drängt sich die Frage auf, ob der Bundeswirtschaftsminister nicht sehr voreilig einen Erfolg verkündet hat.

Einigung unter Vorbehalt

Bei dem, was Habeck präsentierte, handelt es sich nämlich nur um eine Einigung zwischen Bundesregierung und EU-Kommission unter Vorbehalt. Da aus Brüssel offenbar nur ein Brief von Vizekommissionspräsidentin Margrethe Vestager, aber keine finale Notifizierung vorliegt, ist die grundsätzliche Einigung nicht rechtssicher. Obendrein ist der Deal zwischen Berlin und Brüssel quasi auch noch auf den letzten Metern der Amtszeit der alten EU-Kommission vereinbart wor-



Zu früh zu viel versprochen? Bundeswirtschaftsminister Habeck auf der Pressekonferenz zur angekündigten LEAG-Entschädigung

BRAUNKOHLEAUSSTIEG

Potemkinsche Dörfer in der Lausitz

Robert Habeck stellte 2,6 Milliarden Euro Entschädigung für den Energiekonzern LEAG in Aussicht – Die Auszahlung ist keineswegs sicher

den. In einigen Wochen wird eine neu zusammengesetzte EU-Kommission ihre Arbeit aufnehmen. Ob diese sich an die nicht notifizierte Verabredung halten wird, ist keineswegs garantiert.

Wie unfertig der sogenannte Deal ist, wird aus einer Erklärung des Bundeswirtschaftsministeriums deutlich. Dieses räumt selbst ein: „Die Europäische Kommission wird ihre Prüfung fortsetzen und sie in den kommenden Monaten mittels einer förmlichen beihilferechtlichen Entscheidung zum Abschluss bringen ...“ Weiter heißt es aus Habecks Ministerium: „Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz wird sich weiterhin konstruktiv für einen baldigen Abschluss des Verfahrens einsetzen.“

Schon am Tag, bevor Habeck öffentlichkeitswirksam die Einigung mit Brüssel

verkündete, kursierte in Potsdam das Gerücht, die EU habe die Entschädigung für den Braunkohlausstieg in der Lausitz kräftig zusammengestrichen. Tatsächlich sieht das, was Habeck vorgelegt hat, eine Zweiteilung der Entschädigungszahlung vor. Sieht man davon ab, dass die gesamte Vereinbarung noch nicht rechtssicher ist, dann scheint bislang nicht die Gesamtsumme von bis zu 1,75 Milliarden Euro, sondern nur 1,2 Milliarden halbwegs sicher zu sein. Diese sollen unter anderem für die Rekultivierung alter Tagebaue in der Lausitz, Umschulungen und Sozialpläne verwendet werden.

In welcher Höhe der Restbetrag, immerhin 550 Millionen Euro, gezahlt wird, ist laut Bundeswirtschaftsministerium „an Voraussetzungen gebunden“. Nach Darstellung des Ministeriums soll damit

verhindert werden, dass es zu einer Überkompensation kommt, die beihilferechtlich angreifbar ist.

Erhalten soll die LEAG demnach das Geld, wenn die Kraftwerke in der Lausitz „auch über die im Kohleverstromungsbeendigungsgesetz vorgesehenen Stilllegungsdaten hinaus wirtschaftlich gewesen wären“. Entschädigt werden soll die LEAG dann für entgangene Gewinne aufgrund der gesetzlichen Ausstiegsregelung.

Schon jetzt weisen Grünen-Politiker in Sachsen und Brandenburg aber immer wieder darauf hin, dass die Braunkohleverstromung durch die steigende CO₂-Bepreisung schon ab 2030 nicht mehr rentabel sein wird. Damit wäre dann allerdings auch von entgangenen Gewinnen, die der Bund der LEAG entschädigen müsste, keine Rede mehr.

KERNKRAFT

Afrika setzt auf neuartige deutsche Reaktortechnik

Wachsender Energiebedarf – In Ruanda wird ein innovatives Demonstrations-Atomkraftwerk gebaut

Während die Ampel mit ihrer Ideologisierung der Wirtschaft Deutschland in eine Deindustrialisierung führt, setzen andere Länder auf technologischen Fortschritt, vor allem in Afrika, wo noch die Hälfte der Bevölkerung von 1,2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Energie hat. Dabei setzen viele afrikanische Länder auf die Kernkraft.

In Ruanda, das in mehrfacher Hinsicht für seine Innovationskraft bekannt ist – immerhin war es das erste Land, das Plastik komplett aus dem Wirtschaftskreislauf verbannt hat –, entwickeln deutsche Ingenieure ein Reaktorkonzept der Zukunft, das in Deutschland nicht mehr gefragt ist, da es sich laut Bundeskanzler Olaf Scholz bei der Kernenergie um ein „totes Pferd“ handelt. Damit hat der Kanzler im einst technologisch weltweit

wegweisenden Deutschland einen ganzen Forschungsbereich mit Hunderttausenden von Arbeitsplätzen ohne Not abgewürgt.

Obwohl ganze universitäre Fachbereiche und Kernforschungszentren abgestellt und durch Genderlehrstühle ersetzt werden, hält dies manche deutsche Physiker nicht davon ab, neuartige Kernreaktoren zu entwickeln, die in anderen Ländern gleichsam „lebendige Pferde“ werden. Deutsche Atomphysiker haben ein innovatives Zwei-Flüssigkeit-Reaktorkonzept entwickelt, das einen sicheren Betrieb und das gleichzeitige „Verbrennen“ von Atommüll ermöglichen soll. Für den Bau eines ersten Demonstrationsreaktors in Ruanda wurde jetzt der Vertrag unterzeichnet.

Außer in Südafrika, wo bereits in den 1960er Jahren ein Kernkraftwerk mit zwei

Reaktoren errichtet wurde, gibt es auf dem ganzen Kontinent kein einziges Atomkraftwerk. Allerdings befinden sich Kernkraftwerke in verschiedenen Planungs- oder Bauphasen in Ägypten, Algerien, Marokko, Namibia, Nigeria, Sudan, Uganda, Kenia und Tunesien.

Rosatom hat mehrere Aufträge

In den meisten dieser Staaten ist der russische Kernenergiegigant Rosatom mit dem Bau der Kernkraftwerke beauftragt. Bis das sonnenverwöhnte Afrika ganz mit Erneuerbaren Energien aus Wasserkraft und Sonnenenergie versorgt werden kann, braucht es eine Überbrückungstechnologie. Das soll die neue Art von sauberer Kernkraft werden.

Die Theorie der neuen Technologie hatten deutsche Wissenschaftler des Un-

ternehmens „Dual Fluid“ in Berlin entwickelt. 2021 verlegte das Unternehmen seinen Firmensitz nach Kanada. Dort wurde das neue Konzept entwickelt, das jetzt in Ruanda umgesetzt werden soll.

In Kigali, der Hauptstadt Ruandas, hat „Dual Fluid“ einen weiteren Standort. Weil der Brennstoff im „Dual Fluid“-Reaktor nicht in festen Brennstäben, sondern in einer Flüssigkeit vorliegt, soll er auch die Eigenschaft der Selbstregulierung besitzen. Unglücke wie das in Tschernobyl oder das in Fukushima. Letzteres war Anlass für den deutschen Ausstieg aus der Zukunftstechnologie Atomstrom war, sind damit grundsätzlich unmöglich. Wäre dem nicht so, wäre Ruanda das falsche Land zum Testen dieser Technologie, denn es ist das dichtbesiedelteste Afrikas.

Bodo Bost

MELDUNGEN

„Wir haben es verbockt“

Bad Saarow – Bundesfinanzminister Christian Lindner hat in einer Rede vor dem Ostdeutschen Wirtschaftsforum in Bad Saarow scharfe Kritik an der deutschen Energiepolitik geübt. Lindner stellte dabei auch Berechnungen von Wirtschaftsminister Robert Habeck zum Klima- und Transformationsfonds (KTF) infrage. Laut Lindner hat Habeck die Kosten des Fonds für dieses Jahr mit zehn Milliarden Euro kalkuliert, tatsächlich sei aber mit einem Fehlbetrag von 19 Milliarden zu rechnen. Als Ursache nannte Lindner Einspeisevergütungen für Betreiber älterer Windkraftanlagen und Solaranlagen. Demnach führen staatlich garantierte Einspeisevergütungen für diese älteren Anlagen dazu, dass den Betreibern bei sinkenden Großhandelspreisen für Strom ein Ausgleich aus dem Staatshaushalt gezahlt wird. Mit Blick auf die deutsche Energiepolitik insgesamt erklärte Lindner: „Wir haben es verbockt.“

H.M.

Aktienverkauf für Bahnausbau

Frankfurt/Main – Die bundeseigene Förderbank KfW hat 110 Millionen Aktien der Telekom verkauft. Durch den Verkauf hat der Bund schätzungsweise 2,43 Milliarden Euro Erlöst. Wie das Finanzministerium mitteilte, wird der Bund den Nettoerlös der Transaktion nutzen, um das Eigenkapital der Deutsche Bahn AG zu stärken und die Bahninfrastruktur in Deutschland „zukunftsweisend auszubauen“. Weiter erklärte das Finanzministerium, Bund und KfW würden gemeinsam weiter zentraler Aktionär der Deutschen Telekom AG bleiben. Durch den jüngsten Verkauf von Telekom-Aktien durch die KfW sank der Staatsanteil am Bonner Telekom-Konzern von 30,0 auf 27,8 Prozent. Aus dem Verkauf von Staatsbeteiligungen hat Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) Erlöse von insgesamt vier Milliarden Euro eingeplant, die in die Sanierung des Streckennetzes der Deutschen Bahn fließen sollen.

H.M.

EZB verhängt „Klimastrafen“

Frankfurt – Die Europäische Zentralbank (EZB) hat erstmals Geldstrafen gegen Banken verhängt, welche die EZB-Vorgaben zum Klimaschutz nicht einhalten. Laut Auskunft des New Yorker Informationsdienstleistungsunternehmens Bloomberg werden vier Geldinstitute wegen der Nichteinhaltung von Fristen zur Bewertung von „Klimarisiken“ gemahnt. Solche Risiken entstehen angeblich durch mangelnde Zurückhaltung bei Investitionen in Branchen, die zu viel Kohlendioxid produzieren. Die Strafzahlungen sollen täglich steigen und könnten bald um die fünf Prozent der durchschnittlichen Tageseinnahmen der betroffenen Banken ausmachen. Das EZB-Direktoriumsmitglied Frank Elderson nannte das Ganze ein „starkes Signal“ an die europäischen Finanzinstitute, ihre Anstrengungen auf dem Gebiet des Klima- und Umweltschutzes zu verstärken, und drohte: „Wenn sie nicht effektiv sind, können wir die Eskalationsleiter hochgehen.“

W.K.

ANALYSE

Kriegsangst allerorten

BODO BOST

Die einseitige Änderung der Seegrenzen hat in der Exklave Königsberg und in den sie umgebenden polnischen baltischen Gebieten die Kriegsangst in die Höhe getrieben. Wie in der Ukraine hat auch in Polen eine Ost-West-Wanderungsbewegung begonnen.

Neben den Seegrenzen, die Moskau vor einigen Wochen willkürlich geändert hat, wurden auch an den Grenzflüssen zu Estland, auf der Narwa und auch auf dem Peipussee einige Bojen willkürlich von russischen Grenzschützern entfernt. Estland hat sie danach mit Bojen mit dem NATO-Zeichen ersetzt. All dies hat die ohnehin schon latent vorhandene Kriegsangst entlang der Grenze noch einmal verschärft. Viele Einwohner von Königsberg fürchten eine Blockade ihrer Exklave, die komplett von EU- und NATO-Gebiet umgeben

Wie in der Ukraine hat auch in Polen eine Ost-West-Wanderungsbewegung begonnen

ist. Da es unmöglich ist, sie auf See zu durchbrechen, da die NATO-Flotte in der Ostsee die Oberhand hat, kann dies nur auf dem Landweg geschehen.

Die 80 Kilometer breite Landenge von Suwalki bildet die Grenze zwischen Polen und Litauen. Deshalb werden deutsche Truppen in Litauen verstärkt und schlägt die neue polnische Regierung Berlin vor, auch auf polnischem Gebiet deutsche Soldaten zu stationieren. Polen bereitet sich also auch auf einen Krieg vor, und zwar noch effektiver als die baltischen Staaten. In Polen ist bereits wie in der Ukraine eine starke Wanderungsbewegung vom Osten und Norden weg Richtung Westen der Republik zu verzeichnen.

Viele Einwohner Königsbergs fühlen sich mit der Dauer des Krieges immer mehr von Russland isoliert. Die Flugpreise steigen schnell, die Bahnpreise

auch. Die Regierung hat zwar für die Einwohner der Region eine Subventionierung der Tickets für Flüge von Königsberg nach Moskau und St. Petersburg eingeführt. Als diese Tickets in den Verkauf gingen, stellte sich allerdings heraus, dass es nur etwa 30.000 davon gab. Und in Königsberg leben etwa eine Million Menschen. Das heißt, die billigen Tickets konnten nur von denjenigen gekauft werden, die an Werktagen mehrere Stunden in der Schlange vor den Aeroflot-Schaltern verbrachten. Arbeitnehmer konnten also keine Tickets erwerben. Viele Menschen haben den Eindruck, dass Russland die Region vernachlässigt. Die Einwohner glauben, dass Moskau diese Gebiete nur brauche, um eigene Militäreinheiten dort zu stationieren. Um die Menschen kümmern sich Moskau weniger.

Die Preise sind in Königsberg innerhalb eines Jahres um fast zehn Prozent gestiegen, dabei wird die Qualität der Lebensmittel immer schlechter. Vor der Pandemie konnte man mit dem Bus nach Polen oder Litauen fahren und dort Käse, Butter, Schinken, Aufschnitt und sogar Brot kaufen. Viele taten es, weil die Qualität in der Europäischen Union besser ist. Das gehört der Vergangenheit an. Viele Einwohner Königsbergs fürchten, dass russische Bürger nach dem Ende des Krieges, egal wie er ausgeht, in der EU nicht mehr willkommen sein werden. Dabei ist das Gebiet von der EU umgeben, Moskau und St. Petersburg sind dagegen weit. Auch für Russlanddeutsche, die wegen ihrer Verwandten in Deutschland in das Gebiet gezogen sind, sieht die Zukunft nach dem Kriege düster aus.

Viele Russen glauben sogar, dass sich Russland auf einen weiteren Krieg vorbereitet. Es könnte die baltischen Staaten angreifen. Deshalb sprechen russische Politiker und verschiedene Experten einerseits davon, dass es zu einem Krieg kommen könnte, aber andererseits wiederholen sie, dass Russland niemanden zuerst angreifen wird. Genau das haben sie vor gut zwei Jahren, vor dem 24. Februar 2022, auch gesagt, und dann hat Russland die Ukraine angegriffen. Das Königsberger Gebiet wird immer stärker bewaffnet. Deutschland hat nach seiner Niederlage 1945 viele Gebiete verloren, das gleiche könnte Russland auch passieren, wenn es den Krieg verliert.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023:
Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Gründer und geschäftsführender Vorsitzender der Schweizer Stiftung und Lobbyorganisation „Weltwirtschaftsforum“, welche das gleichnamige Jahrestreffen in Davos veranstaltet: Klaus Schwab
Foto: Flickr/Regierung Thailands

KOLUMNE

Der „neue Mensch“

FLORIAN STUMFALL

„Bis zum Jahr 2030 werdet ihr nichts besitzen und glücklich sein.“ Dieses Wort wird dem Gründer des Weltwirtschaftsforums (WEF), Klaus Schwab, zugeschrieben. Ob es nun authentisch ist oder untergeschoben, spielt insofern keine Rolle, als sich darin kaum verhüllt – eine in der Geschichte immer wiederkehrende Zielvorstellung verbirgt, nämlich die Idee vom neuen Menschen. Ob Friedrich Nietzsches Übermensch, die arische Edelrasse der Nationalsozialisten, Ludwig Feuerbachs Mensch als des Menschen Gott oder der sozialistische Mensch des Karl Marx als Gattungswesen, um nur einige wenige Beispiele aus der europäischen Geistesgeschichte zu nennen – allen ist gemeinsam, dass sie sich mit dem Menschen, wie er ist, nicht abfinden wollen.

Denn die Erfahrung zeigt: Menschen sind eigennützig, zänkisch, unzuverlässig, oft gewalttätig, neidisch, unehrlich und rechthaberisch. Da aber die Väter jener von der Wirklichkeit abweichenden Vorstellung vom Menschen alle samt und sonders ideale Lebensverhältnisse und einen vollkommenen Staat schaffen wollen, müssen sie sich der Einsicht stellen, dass so etwas mit den Leuten, die man gemeinhin vorfindet, nicht zu machen ist. Daher der immer aufs neu ertönende Ruf nach dem neuen Menschen. Auf unvollkommenen Menschen nämlich baut kein vollkommener Staat. Der aber ist das Ziel, seit Immanuel Kant erklärt hat: „Der Endzweck der Menschheit ist die Erreichung einer vollkommenen Verfassung.“

Wahn der Gleichheit

Bezeichnend dabei ist, dass Ideologen dieser Art zwar die Fehler und Schwächen des Menschen erkennen, seine Vorzüge und Tugenden aber nicht berücksichtigen. Denn Menschen sind auch hilfsbereit und liebevoll, rücksichtsvoll, aufmerksam gegen andere, großzügig, verzeihend und verständnisvoll. Für die Errichtung der vollkommenen Welt aber reicht das nicht, denn ein einziger Mensch, der auch nur einen einzigen Fehler aufweist, intellektuell oder charakterlich, falsifiziert das gesamte Gedankenexperiment und damit die Grundlage für den „Endzweck der Menschheit“. Die Vollkommenheit trägt und duldet keine Ausnahme, und sei sie noch so gering.

Hier gründet auch der Unterschied zwischen Ideologien und Religionen. Während ihnen beiden gemeinsam ist, dass sie Heilslehren darstellen, sucht eine Ideologie ihre Verwirklichung in dieser Welt und mit den Mitteln dieser Welt. Eine Religion aber sieht ihre Erfüllung in einem Jenseits. Vor dem theologischen Maßstab finden daher alle Wesensarten des Menschen Berücksichtigung, er wird als eine individuelle Ganzheit begriffen, nicht als Variable gesellschaftlicher Bedingungen oder als Angehöriger einer Rasse. Ein weiterer wichtiger Unterschied:

Was Ideologien und Religionen gemein ist und was sie unterscheidet

Aus einer Glaubensgemeinschaft kann man, sofern es sich nicht um den Islam handelt, ohne Weiteres austreten; das ist bei einer ideologischen Formation, die politisch Gestalt angenommen hat, nicht möglich. Das beweisen die Hunderte von Toten an der innerdeutschen Grenze.

Es ist auch keineswegs Absicht der Strategen, den neuen Menschen nach dem Bilde etwa des Übermenschen von Nietzsche zu formen. Vielmehr soll er sich nach unten orientieren – ohne Widerspruch, ohne Willen, ohne Wünsche, ganz, wie ihn Graf Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi, der Gründer der Paneuropa-Union, beschrieben hat: „klug genug, um zu arbeiten, aber zu dumm, um Fragen zu stellen“. Der Philosoph Aldous Huxley schreibt: „Ein wirklich leistungsfähiger totalitärer Staat wäre einer, worin die allmächtige Exekutive politischer Machthaber und ihre Armee von Managern eine Bevölkerung von Zwangsarbeitern beherrschen, die gar nicht gezwungen zu werden brauchen, weil sie ihre Sklaverei lieben.“

Aufs engste mit dem Projekt „neuer Mensch“ verbunden ist der Wahn der Gleichheit. Wenn nämlich alle Menschen gefügig, bedürfnislos und frei von Empfindungen sind, wenn sie ferner ihre früheren Merkmale des Charakters, der Neigungen und Talente verloren haben, dann sind sie einander gleich. Der neue Mensch ist austauschbar, jeder ein Modul gleicher

Bauart und Größe. Es kann daher nicht erstaunen, dass von allen Einschränkungen, welche die Politik den Menschen zumutet, die Beschneidung der Meinungsfreiheit am schmerzlichsten empfunden, von den Regierenden aber am rücksichtslosen vorangetrieben wird.

Die Elite steht über der Doktrin

Gleiche Menschen haben keine ungleichen Meinungen. Wo solche aber laut werden, bilden sie das ernsteste Kennzeichen dafür, dass sich die Menschen noch dagegen wehren, „neue Menschen“ zu werden. Sie halten weiterhin ihr Denken und Empfinden für ihre eigene Angelegenheit, sie fühlen sich ihrem Milieu, der Familie vor allem, näher als einer politischen Lehre, sie ziehen ihr nächstes Umfeld, die Heimat und deren Besonderheiten, fremden Einflüssen vor, und wollen vor allem bei der Abwägung all dieser Faktoren nicht bevormundet werden.

Die Unvollkommenheit der Menschen aber besteht bei jedem einzelnen in seiner Differenz zum Ideal. Um es mit einem Bild auszudrücken: Bemüht sich eine gewisse Anzahl von Probanden, mit freier Hand einen Kreis zu zeichnen, so wird jeder die ideale Form verfehlen, aber jeder in einer anderen, ihm eigenen Art der Abweichung. Doch alle haben sich am selben Ideal orientiert. So ist auch ganz grundsätzlich jeder einzelne Mensch durch seine persönliche Art der Abweichung vom Ideal beschrieben und gekennzeichnet. Jeder Versuch, solche Unterschiede einzuebren, kann zwar den Zweck, nämlich die Gleichheit, nicht erbringen, aber die Menschen in ihrem Tiefsten verletzen und zerstören.

Dass es den Strategen der Gleichheit gar nicht um ihr vorgeschobenes Ziel, sondern um die Macht geht, zeigt Wladimir Iljitsch Lenin, marxistischer Theoretiker und Gründer der Sowjetunion, in seiner Schrift „Was tun?“ von 1920. Dort weist er der Partei – völlig losgelöst von der Lehre der Gleichheit – die Aufgabe zu, die Massen zu indoktrinieren und zu lenken auf dem Weg zum neuen Menschen. Die Elite steht über der Doktrin, ebenso wie heute. Und dann gilt der anonyme Vers: „Das ist's, dass sich der Plan zur Tat verdichtet – der neue Mensch erscheint, der alte wird vernichtet.“

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Griff nach der Regionalmacht

Aus Anlass des 600. Jubiläums der Verleihung der Kurwürde: Meißen präsentiert die ersten „Königsmacher“ aus Sachsen

VON VEIT-MARIO THIEDE

Normalerweise steht die 1878 geschaffene Skulptur Friedrichs des Streitbaren auf hohem Sockel in der Großen Hofstube der Meißner Albrechtsburg. Von dem ist die lebensecht wirkende Figur hinabgestiegen, um uns in der Sonderschau „Königsmacher – Ein Wettiner wird Sachse“ willkommen zu heißen. Schließlich ist Friedrich der Streitbare (1370–1428) die Hauptperson der Ausstellung: Der Markgraf von Meißen erlangte vor 600 Jahren als erster Wettiner die Kurwürde.

Aufgeboten werden historische Objekte, Nachbildungen, Texttafeln, Hörstationen und laufende Bilder. In Siebenmeilenstiefeln geht es durch die Geschichte Sachsens. Am Ende stehen wir vor dem „Regal der Sachsen“, das heutige Landesbewohner mit Objekten bestückt haben. Die zeigen, was Menschen mit Sachsen verbindet und sind mit einer persönlichen Geschichte verknüpft, die man abrufen kann.

Als künstlerisch wertvollstes Exponat wird uns das in der Vergangenheit offenbar nicht immer pfleglich behandelte, nun aber eigens für die Schau restaurierte Altarretabel der Kirche von Chemnitz-Ebersdorf vorgestellt. Es war vermutlich eine Stiftung von Friedrich dem Streitbaren und seiner Gemahlin Katharina von Braunschweig-Lüneburg, die im November 1420 eine Wallfahrt zum Marienaltar der Ebersdorfer Kirche „Zu Unserer Lieben Frauen“ unternahmen. Das aus Holz geschnitzte gotische Kunstwerk zeigt in der Mitte die Mondsichelmadonna mit dem Kind. Die links und rechts in kleinerem Maßstab knienden Figuren vertreten mit gefalteten Händen im immerwährenden Gebet die beiden Stifter. Es ist ungewiss, ob die Figuren porträtgetreu Friedrich und Katharina wiedergeben.

Das zentrale Exponat der Schau aber ist die originale „Urkunde der Belehnung Friedrichs IV., Landgraf zu Thüringen und



Künstlerisch wertvollstes Exponat der Ausstellung: Altarretabel der Kirche von Chemnitz-Ebersdorf

Foto: ALB/Andre Forner

Markgraf zu Meißen, mit dem Kurfürstentum, dem Herzogtum und der Herrschaft zu Sachsen durch König Sigismund, 6. Januar 1423“. Eine ungewöhnliche Häufung von Unglücksfällen unter den Askanieren war für den Wettiner Friedrich zum Glücksfall geworden.

Die Askanier hatten die an das Herzogtum Sachsen-Wittenberg geknüpfte Kurwürde inne. Ihr letzter Vertreter war Albrecht III., der im November 1422 ohne männlichen Erben starb. Somit fielen das Herrschaftsgebiet Sachsen-Wittenberg und die Kurwürde an das Reich zurück.

Auf recht dreiste Art meldete der 1417 von König Sigismund mit der Markgrafschaft Brandenburg und der damit verbundenen Kurwürde bedachte Friedrich

von Zollern für seinen Sohn Johann den Anspruch auf die Nachfolge in Sachsen-Wittenberg an, indem er das Herzogtum besetzte. Zwei Zollern als Kurfürsten und damit künftige „Königsmacher“ waren Sigismund jedoch zu viel. Er entschied sich für Friedrich den Streitbaren, der ihn seit 1420 im kostspieligen Kampf gegen die Hussiten unterstützte.

Die Geburt des heutigen Sachsens

Sigismund schickte seinen Hofrichter Johannes von Lupfen zu Kurfürst Friedrich von Brandenburg und dessen Sohn mit der Aufforderung, das Herzogtum Sachsen-Wittenberg an Friedrich den Streitbaren zu übergeben. Darüber stellten Vater und Sohn am 25. Februar 1423 in Wit-

tenberg die Verzichtsurkunde aus. Zwei Tage zuvor hatte der Wettiner ihnen eine erhebliche Entschädigungssumme zugestanden. Bei der Belehnung 1423 war der neue Kurfürst übrigens nicht anwesend. Die kurfürstlichen Insignien – Mantel, Hut und Schwert – nahm Friedrich der Streitbare erst 1425 von König Sigismund persönlich entgegen und war nun auch förmlich in den erlauchten Kreis der drei geistlichen und vier weltlichen Königswähler aufgenommen.

Der Markgraf von Meißen nannte sich nun Kurfürst von Sachsen. Es dauerte noch lange Zeit, bis analog die Markgrafschaft Meißen als Sachsen bezeichnet wurde – und noch heute so als deutsches Bundesland bezeichnet wird.

Die ab 1471 von Friedrichs Enkeln Ernst und Albrecht erbaute Albrechtsburg gilt als ältester Schlossbau auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik. Er ist eng verzahnt mit dem 1401 geweihten Dom zu Meißen. Vor dessen Westportal ließ Friedrich der Streitbare ab 1420 die Fürstenkapelle erbauen. Die von den Wettinern bis 1539 als Grablage genutzte Fürstenkapelle ist in der Sonderschau einbezogen. Von den Pfeilern blicken die Skulpturen der zu Märtyrern gewordenen römischen Soldaten Mauritius und Viktor sowie die Madonna mit dem Kind und die Heiligen Drei Könige auf uns herab.

In der Mitte der Kapelle befindet sich das Hochgrab des ersten wettinischen Kurfürsten. Die Deckplatte gilt als eines der ersten vollständig in Bronze ausgeführten Grabdenkmäler im deutschen Raum. Ihr Relief zeigt den mit den kurfürstlichen Insignien ausgestatteten Friedrich. Seine Nachkommen müssen sich mit flach auf dem Steinboden liegenden Bronzeplatten begnügen. Vor und hinter ihm sind seine Söhne Kurfürst Friedrich der Sanftmütige und Bischof Sigismund von Würzburg beigesetzt, neben dem ein Ururenkel des ersten Kurfürsten liegt: Herzog Friedrich, Hochmeister des Deutschen Ordens.

Links und rechts neben Friedrich dem Streitbaren sind seine Enkel Ernst und Albrecht bestattet. Sie einigten sich 1485 auf die Landesteilung und begründeten die ernestinische und die albertinische Linie der Wettiner. Zunächst hatten die Ernestiner die Kurwürde inne. Der Albertiner Moritz kämpfte an der Seite Kaiser Karls V. im Schmalkaldischen Krieg gegen seinen ernestinischen Vetter Johann Friedrich, der ihm nach seiner Niederlage 1547 Sachsen-Wittenberg – und somit die Kurwürde – abtreten musste.

● Bis 20. Oktober, in der Albrechtsburg (täglich geöffnet von 10 bis 17 Uhr, Eintritt: 7 Euro) und im Dom zu Meißen. www.albrechtsburg-meissen.de

AUSSTELLUNG

Vom Charme des Beauharnais

Vor 200 Jahren starb Eugen Herzog von Leuchtenberg – Wanderausstellung in bayerischen Museen

Nicht nur Goethe verehrte Eugène de Beauharnais. Auch Theodor Fontane befand sich im Bann des smarten Franzosen und widmete ihm gleich zwei Balladen. Ein Vers der zweiten Ballade lautet: „Am Ostseestrand, ich war ein Kind, / Hat man von ihm erzählt. / Ich merkt' es mir, hab ihn geschwind / Zum Liebbling mir erwählt. / Ein nobler Sinn prägt uns Fontans, / Fehlt's gleich am Portemonnaie, / Wir träumen von den Lusignans, / Vom Charme des Beauharnais.“

Eugène de Beauharnais (1781–1824) war Napoleons Stief- und Adoptivsohn und dessen treuer Gefolgsmann. Daher zögerte er nicht, aus politischen Gründen die schöne Prinzessin Auguste Amalie von Bayern, Tochter des Kurfürsten Max IV. Joseph, zu heiraten. Der Brautvater bekam dafür von Napoleon den Titel König von Bayern. Nach dem Sturz Napoleons erhielt Eugène im Gegenzug von seinem Schwiegervater den Titel eines Herzogs von Leuchtenberg und Fürsten von Eichstätt und führte fortan ein ruhiges Leben in der Heimat seiner Gattin.

Die arrangierte Ehe war überraschend glücklich. Die Kinder heirateten in verschiedenen Königs- und Kaiserhäuser ein.

Eugène selber investierte als einer der reichsten Männer Bayerns große Summen in diverse Bauvorhaben. In München ließ er Leo von Klenze von 1817 bis 1821 am Odeonsplatz das größte Palais der Stadt erbauen. 15 Kilometer nördlich hatte er bereits 1816 in Ismaning ein Schloss als Sommersitz gekauft.

Während das Münchner Palais Leuchtenberg im Krieg zerstört wurde – heute steht an der Stelle ein Neubau mit originalgetreuer Fassade –, überdauerte das bereits 1803 erworbene Hôtel Beauharnais in der Rue de Lille 78 im 7. Pariser Arrondissement die Zeitläufte unversehrt. Am 1. Februar 1818 verkaufte Eugène das Gebäude samt Möblierung an den preußischen König Friedrich Wilhelm III. Seither spiegelt das Palais Beauharnais wie kein anderes Bauwerk die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen. Es diente zunächst als preußische, nach 1871 als kaiserliche Gesandtschaft.



Peter Jakob Horemans: „Hofkonzert im Schloss Ismaning“ (Ausschnitt). Später wohnte dort Eugène de Beauharnais

Zum Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Anlage beschlagnahmt und 1961 im Zuge des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages zurückgegeben. In den darauffolgenden Jahren umfassend restauriert, ist das Palais seitdem die Residenz des deutschen Botschafters in Frankreich.

Unter der Schirmherrschaft von Franz Herzog von Bayern und Nicolaus Herzog von Leuchtenberg folgt zum 200. Todestag des Eugène de Beauharnais eine reich bebilderte Wanderausstellung den wichtigsten Stationen seines Lebens. Aktuell ist die Schau im Museum Tegernseer Tal zu sehen, wo gleich zu Beginn zwei im Stil feinsten pompejanischer Malerei ausgestaltete Prunkräume präsentiert werden.

Helga Schnehagen

● „Ein freier Geist im Wandel. Eugène de Beauharnais 1781–1824 zu seinem 200. Todestag“ im Museum Tegernseer Tal bis 11. August, danach in Eichstätt in der Johanniskirche am Domplatz vom 29. August bis 29. September.

MELDUNG

Ein malender Visionär

Hamburg – Als einer der eigenwilligsten Dichter und Künstler Englands gilt William Blake. In seinen „Songs of Innocence“ (Lieder der Unschuld) hat er bereits Ende des 18. Jahrhunderts in prophetischer Weise esoterische Mittel einfließen lassen. Psychedelisch anmutende Elemente finden sich auch in seinen Bildern und Graphiken, weshalb viele seiner Motive von der Popkultur der 1960er Jahre aufgegriffen wurden. Die Hamburger Kunsthalles präsentiert vom 14. Juni bis 8. September mit „William Blakes Universum“ das malerische Œuvre dieses Künstlers, dessen Werk außerhalb Englands noch immer wenig bekannt ist. Die Ausstellung setzt Blakes Werk, in dem er seine Kritik an der damaligen Welt mit einer Vision von universeller Erlösung verknüpfte, anhand von rund 90 Arbeiten auf Papier in Bezug zu ausgewählten Arbeiten europäischer Zeitgenossen, sodass insgesamt rund 170 Werke zu sehen sein werden. www.hamburger-kunsthalles.de *tws*

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

Blaupause für die Regime Changes in Lateinamerika

Auf Initiative eines US-Obstkonzerns stürzte die CIA vor 80 Jahren den demokratisch gewählten Präsidenten Guatemalas

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nach dem Sturz des Diktators Jorge Ubico Castañeda wurde Juan José Arévalo Bermejo im März 1945 erster freigeählter Präsident Guatemalas. Anschließend startete er ein Reform- und Verstaatlichungsprogramm unter dem Banner des „Geistigen Sozialismus“. Das stieß insbesondere bei der US-amerikanischen United Fruit Company (UFC), dem heutigen weltweit größten Bananenexporteur Chiquita Brands International, auf Argwohn, denn diese genoss seit 1936 umfassende wirtschaftliche Privilegien in dem lateinamerikanischen Staat.

Zunächst blieb die UFC jedoch ungeschoren. Das änderte sich erst nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Jacobo Árbenz Guzmán im März 1951. Árbenz verfügte die Enteignung von rund 160.000 Hektar Plantagenland der UFC und dessen Vergabe an Kleinbauern. Der Konzern verlangte dafür eine Entschädigung in Höhe von 15,8 Millionen US-Dollar, erhielt aber lediglich 600.000, weil er den Wert des Bodens deutlich zu niedrig angegeben hatte, um Steuern zu sparen. Daraufhin schmiedeten der neue Direktor des US-Auslandsgeheimdienstes CIA sowie frühere Anwalt und Lobbyist der UFC, Allen Welsh Dulles, und dessen Bruder John Foster Dulles, seit 1953 Außenminister der Vereinigten Staaten, den Plan, Árbenz zu stürzen und durch eine US-Marionette zu ersetzen.

Dabei kam den beiden zugute, dass der eigentlich sozialdemokratisch orientierte Staatspräsident mit der kommunistischen Partei des Landes, der PGT, kooperierte. Diese unterstützte seine Landreformen und organisierte zugleich heimliche Käufe von Rüstungsgütern in der Tschechoslowakei, die nötig waren, weil die USA für ein allgemeines Waffenembargo gegen Guatemala gesorgt hatten. Der Deal mit Prag flog jedoch bereits nach der Ankunft des ersten Transportschiffes mit 15.424 Kisten Kriegsmaterial an Bord auf.

Eisenhower unterstützte den Putsch

Die Folge waren nachgerade hysterische Reaktionen in den Nachbarländern Honduras und Nicaragua sowie den USA. Beispielsweise verkündete der Sprecher des US-Repräsentantenhauses, John McCormack, dass „diese Waffenladung wie eine Atombombe ist, die in unserem Hinterhof



Die zeitgenössische Karikatur aus der britischen Tageszeitung „Daily Mirror“ spricht Bände:

Vor sich ein Schild mit der Aufschrift „Befreier Oberst Armas“, neben sich Munitionskisten mit der Aufschrift „Liberator Colonel Armas“, hinter sich ein Bild von US-Außenminister John Foster Dulles, spricht Carlos Castillo Armas ins Mikrophon: „Natürlich haben wir Guatemalteken keine Hilfe von außen bekommen – So wie es General Franco vor achtzehn Jahren nicht getan hat!“

Foto: Ullstein-mirrorpix

platziert wurde“. Darüber hinaus befürchtete die guatemaltekeische Militärführung, Árbenz wolle mit den tschechischen Waffen Arbeitermilizen unter Führung der PGT und der Gewerkschaften ausrüsten und so ein ihm ergebendes Gegengewicht zu den regulären Streitkräften schaffen.

Das erklärt dann auch die geringe Gegenwehr der Armee, als am 18. Juni 1954 rund 480 Söldner im Rahmen der von der CIA initiierten Geheimoperation PBSUCCESS zur „Zurückdrängung des Kommunismus“ von Honduras kommend in Guatemala einfielen. Die ange-

benen Befreiungskämpfer unter dem Befehl von Oberst Carlos Castillo Armas, der 1950 wegen einer Revolte gegen Arévalo zum Tode verurteilt worden war, aber ins Ausland hatte entkommen können, agierten mit dem Wissen und der Billigung von Dwight D. Eisenhower. Der republikanische 34. Präsident der Vereinigten Staaten hatte die Operation im August 1953 genehmigt und insgesamt sieben Millionen Dollar für deren Durchführung bereit gestellt.

Während die deutlich überlegene guatemaltekeische Armee am 20. und 21. Juni den Armas-Aggressoren pro forma zwei

kleinere Gefechte lieferte, suchte Árbenz Unterstützung im UN-Sicherheitsrat. Der allerdings entschied am 25. Juni nach massivem diplomatischen Druck seitens der USA, den Fall Guatemala nicht auf die Tagesordnung zu setzen. Daraufhin forderte die Armeeführung um Oberst Carlos Enrique Díaz de León Árbenz auf, zurückzutreten mit der Begründung, dass sonst Washington die Invasionsstreitmacht von Armas mit eigenen Truppen verstärken und einen offenen Angriffskrieg gegen Guatemala anzetteln könnte. Weil Díaz Árbenz zugesagt hatte, die Erregungenschaften der Regierungen seit 1945

zu sichern, gab der Präsident am 27. Juni auf. Danach übernahm eine Junta um Díaz die Amtsgeschäfte des Präsidenten.

Bürgerkrieg und Chaos

Da es nicht im Sinne der CIA war, einem Verfechter von Árbenz' politischem Kurs die Macht zu überlassen, sorgte sie dafür, dass der Putschist Armas am 7. Juli an die Spitze der Junta in Guatemala-Stadt rückte und zwei Monate später auch Präsident des Landes wurde. Zu dessen ersten Amtshandlungen gehörte dann die Rückgabe der enteigneten Ländereien an die UFC.

Am 26. Juli 1957 fiel Armas einem mysteriösen Attentat zum Opfer. Guatemala stürzte ins Chaos. Von 1960 bis 1996 herrschte im Land Bürgerkrieg zwischen Guerillaorganisationen und ständig wechselnden Militärregierungen. Es ist von bis zu 250.000 Kriegstoten die Rede. Auch nach dem Bürgerkrieg blieb der mittelamerikanische Staat eher eine Diktatur als eine Demokratie.

Eine Wende brachte der Amtsantritt des aktuellen Präsidenten Bernardo Arévalo am 15. Januar dieses Jahres. Der Sohn des ersten frei gewählten Staatsoberhauptes Guatemalas verfolgt eine Politik nach dem Vorbild seines Vaters und seines vor 70 Jahren gestürzten und 1971 unter ungeklärten Umständen im mexikanischen Exil ums Leben gekommenen Vorgängers Árbenz. Als natürlichen Verbündeten sieht Arévalo die Volksrepublik China, die derzeit überall in Lateinamerika Einfluss gewinnt. Das lässt sich auch als Spätfolge der Operation PBSUCCESS interpretieren, da diese dazu führte, dass das Ansehen der USA in deren vermeintlichem Hinterhof deutlich schwand. Der schnelle Erfolg von 1954 könnte sich also langfristig gesehen für die USA als nachteilig erweisen.

Die CIA wurde durch ihre erste große Operation in Mittelamerika zum Sturz einer unerwünschten Regierung zu einem weltweit gefürchteten Geheimdienst, der offensichtlich sehr viel mehr vermag und auch tut, als nur zu spionieren. Allerdings beging die CIA den Fehler, die Operation PBSUCCESS als Blaupause für den Sturz der kommunistischen Regierung auf Kuba zu nehmen. Fidel Castro und dessen Gefolgsleute hatten jedoch aus den Fehlern der Guatemalteken gelernt, und so geriet die Invasion in der Schweinebucht im April 1961 für die CIA zu einem Fiasko.

HEINRICH FRANKE

Kohls Duzfreund in der Bundesanstalt für Arbeit

Chef der BA – Die Präsidentschaft des vor 20 Jahren verstorbenen gebürtigen Preußen währte von 1984 bis 1993

Der am 26. Januar 1928 in Osnabrück geborene gebürtige Preuße Heinrich Franke war ein typischer Vertreter des Sozialflügels der CDU. Er war überzeugter Katholik und entstammte einfachen Verhältnissen. Entsprechend dem heutigen modernen Familienideal arbeiteten beide Elternteile. Die Mutter verwirklichte sich als Waschfrau, der Vater als Chemiarbeiter. Er selbst begann nach dem Besuch der Volksschule 1842 eine Flugzeugmotorenlehre, musste diese jedoch 1943 wegen eines Sportunfalls abbrechen und besuchte ab 1944 eine Ingenieurschule. Auch dieses Studium musste er abbrechen, weil er im letzten Kriegsjahr erst zum Reichsarbeitsdienst und dann zur Wehrmacht einberufen wurde. Als Soldat wurde er in Pilsen von der Roten Armee

gefangenommen, konnte jedoch 1947 aus tschechoslowakischer Kriegsgefangenschaft fliehen und gelangte über Österreich nach Osnabrück zurück.

Zurück in seiner Heimatstadt arbeitete er dort bei der Post als technischer Zeichner. Auf der Abendschule bildete er sich zum Techniker weiter, wechselte 1950 zu Siemens und stieg dort 1962 zum sogenannten Siemens-Ingenieur für Schwachstromtechnik auf.

Noch vor der Gründung der Bundesrepublik beziehungsweise Verkündung des Grundgesetzes, trat er 1948 der CDU und deren Jugendorganisation Junge Union bei. In beiden stieg er schnell auf und fand in der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA) eine politische Heimat. Seine gewerk-



Heinrich Franke

FOTO: IMAGOSIEN/SIMON

schaftliche Heimat fand der Christdemokrat und Angestellte in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG).

1955 zog Franke in den niedersächsischen Landtag ein, zehn Jahre später wechselte er in den Bundestag. Dort wurde er in seiner Fraktion Vorsitzender, erst 1976 des Arbeitskreises Sozial- und Gesellschaftspolitik, dann 1980 der Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Soziales.

Nach der „Wende“ 1982 wurde er Parlamentarischer Staatssekretär in dem nun von Parteifreund Norbert Blüm geführten Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Früh wusste er jedoch, dass sein Duzfreund Helmut Kohl ihn als Nachfolger Josef Stिंगls an der Spitze der Bundesanstalt für Arbeit wollte. So kam es denn auch, als Stिंगl 1984 in den Ruhestand ging,

Franke übernahm die Anstalt in unruhigen Zeiten. Die Arbeitslosigkeit war hoch, und es tobte ein Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche. Gegen seine bald nach Amtsantritt gefällte Entscheidung, mittelbar von Streik und Aussperrung betroffenen Arbeitnehmern keine Unterstützung zu gewähren, ging die Gewerkschaftsseite letztlich erfolgreich vor. Auch die Vereinigung Deutschlands mit ihren Verwerfungen fiel in Frankes Amtszeit.

1993 schied er altersbedingt aus dem Amt. Er zog sich vollständig aus der Politik ins Privatleben zurück. 2004, im selben Jahr wie sein Vorgänger Stिंगl, starb Heinrich Franke am 19. März 2004 in einem Nürnberger Krankenhaus an Bluthrombose. Manuel Ruoff

RAINER BARZEL

THEO SCHÖLLER

Der Ostpreuße, der Kanzler Brandt stürzen wollte

Vor 100 Jahren begann das als „bühnenreifes Drama“ beschriebene „gewagte Leben“ des CDU-Partei- und -Fraktionschefs, Oppositionsführers, Kanzlerkandidaten, Ministers und Bundestagspräsidenten

VON BODO BOST

Rainer Candidus Barzel wurde am 24. Juni 1924 in Braunsberg im Ermland geboren. Den zweiten, lateinischen Vornamen erbe er von seinem Vater Candidus Barzel, einem angesehenen Studienrat, der aus Lötzen stammte. Das Ermland war im Gegensatz zum ansonsten rein protestantischen Ostpreußen überwiegend katholisch und somit eine konfessionelle Diaspora. Barzels Mutter, Maria Skibowski, stammte aus Lyck. Sein Vater, der im Ersten Weltkrieg Fliegerleutnant der Luftstreitkräfte war, wechselte 1919 als Studienrat an das Gymnasium Hosianum nach Braunsberg. 1922 promovierte er mit einer volkswirtschaftlichen Arbeit an der Universität Königsberg.

Die Familie war im katholischen Milieu Braunsbergs fest verankert. Von den insgesamt acht Kindern wurde der Älteste, Werner, Mitglied des Jesuitenordens, zu dem die Familie enge Kontakte pflegte. Obschon er bereits mit sechs Jahren aufgrund einer Versetzung des Vaters mit der Familie von Braunsberg nach Berlin zog und nur noch in den Ferien nach Ostpreußen kam, empfand sich Barzel immer als Ostpreuße. Er zählte sich nach 1945 zu den Heimatvertriebenen.

In Berlin wurde Barzel 1934 Schüler auf einem Jesuiten-Gymnasium. Im Zuge des sogenannten Röhms-Putsches wurde im Sommer 1934 auch der katholische Jugendführer Erich Klausener, ein Freund der Familie, ermordet. Barzels Mutter versorgte heimlich eine jüdische Familie aus Braunsberg in ihrem Berliner Versteck mit Nahrungsmitteln. Nach dem Notabitur verpflichtete sich der 16-Jährige freiwillig zum Dienst in der Luftwaffe.

Wie sein Vater im Ersten wurde er im Zweiten Weltkrieg Militärpilot. Das Kriegsende erlebte Barzel in Flensburg, der Kriegsgefangenschaft konnte er sich geschickt entziehen. Seine Verlobte Kriem-

hild, die er seit 1940 kannte und 1948 heiratete, stammte aus Köln. Dort schrieb sich Barzel für Jura und Volkswirtschaftslehre an der Universität ein. Das Kölner katholische Milieu und seine Institutionen waren für den vormaligen Jesuiten-Schüler Starthilfe in Westdeutschland.

Seine akademische Ausbildung schloss Barzel nach sechs Hochschulsemestern und anschließender Promotion zum Dr. iur. im Jahr 1949 ab. Bevor er seine volkswirtschaftlichen Studien beenden konnte, trat er die Stelle als Persönlicher Referent des nordrhein-westfälischen Ministers für Angelegenheiten des Bundesrates, Carl Spiecker (Zentrum), an.

Adenauer förderte den Ostpreußen

Mit dem Kölner Konrad Adenauer hatte er schon früh ebenfalls engen Kontakt. Anders als Adenauer schwankte Barzel zunächst noch zwischen CDU und Zentrum, da sein Vater Zentrumskommunalpolitiker war. Dennoch absolvierte Barzel eine der steilsten Politikerkarrieren in der jungen Bundesrepublik. Er galt als begabt, intelligent, fleißig und mit einer schnellen Auffassungsgabe gesegnet. 1957 schaffte er auf Anhieb als Direktkandidat der CDU in Ostwestfalen mit fast siebzig Prozent der Stimmen den Einzug in den Bundestag. 1962/63 wurde er Adenauers jüngster Minister, der für Gesamtdeutsche Fragen. Er wollte daraus ein Ministerium für gesamtdeutsche Antworten machen, pflegte er zu sagen. Ihm gelang es als Erstem, politische Gefangene aus Walter Ulbrichts Verliesen herauszuholen.

Als 1966 Deutschland in eine Rezession rutschte und die FDP aus der von Ludwig Erhard geführten Regierung ausstieg, schlug die Stunde von Barzel. Adenauer wollte ihn zum Bundeskanzler einer Großen Koalition machen, aber Barzels Intimfeinde, Franz-Josef Strauß (CSU) und der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Helmut Kohl, verhinderten ihn. Bundeskanzler wurde Kurt Georg Kiesinger,

aber Barzel und Helmut Schmidt zogen in der ersten Großen Koalition als Fraktionsvorsitzende die Fäden. Das Bündnis aus CDU/CSU und SPD zwischen 1966 und 1969 erwies sich als äußerst effizient. Barzel verschob die Machtverhältnisse innerhalb der CDU von der Partei, die von Adenauer bis zum 23. März 1966, von Erhard bis zum 23. Mai 1967, von Kiesinger bis zum 5. Oktober 1971 und danach von ihm selbst geführt wurde, in die von ihm seit 1964 geführte Fraktion. Mit 42 Jahren war er auf dem Höhepunkt seiner Macht.

SPD-Fraktionschef Schmidt wurde zu einem kongenialen Partner und Freund. Als die CDU nach der Bundestagswahl von 1969 infolge der sozialliberalen Koalition Oppositionspartei wurde, wurde Barzel Oppositionsführer. Auf dem 19. CDU-Bundesparteitag in Saarbrücken am 4. und 5. Oktober 1971 wurde der CDU-Fraktionsvorsitzende zusätzlich zum Parteivorsitzenden gewählt, doch in Helmut Kohl stand ein noch jüngerer Herausforderer bereit, der sich als Ziehsohn Adenauers ausgab und gegen Barzel intrigierte.

Kohl und Strauß bremsten ihn aus

Die neue Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel spaltete ab 1969 das Land. Während Bundeskanzler Willy Brandt von „zwei Staaten in Deutschland“ redete, sah Barzel die Wiedervereinigung in Gefahr. Als der Schlesier Herbert Hupka im Februar 1972 wegen der Entspannungspolitik von der SPD zur CDU wechselte und eine Handvoll weiterer Abgeordneter folgte, darunter auch Erich Mende, der FDP-Vorsitzende, schienen Brandt und seine Ostpolitik am Ende. Dabei war Barzel nicht gegen die Ostverträge, sondern er wollte bessere aushandeln. Das Misstrauensvotum gegen Brandt verlor Barzel, weil mindestens zwei eigene Abgeordnete – wahrscheinlich mit Hilfe des damaligen parlamentarischen Geschäftsführers der SPD und Agenten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR, Karl Wienand

– sich von der Stasi kaufen ließen und gegen ihn votierten. Nach dem gescheiterten Misstrauensvotum und der anschließenden verlorenen Bundestagswahl mit ihm als Kanzlerkandidaten begann die langsame Demontage Barzels durch die eigenen Parteikollegen. Bis Mai 1973 verlor Barzel sowohl den Partei- als auch den Fraktionsvorsitz und musste in die einfachen Abgeordnetenreihen zurückkehren. Sein Nachfolger als Fraktionsvorsitzender wurde der spätere Bundespräsident Karl Carstens, sein Nachfolger als Parteichef der spätere Bundeskanzler Kohl.

Nach der sogenannten Wende von der sozialliberalen zur christlich-liberalen Koalition wurde Barzel unter Kohl 1982 erneut Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen. Nach der vorgezogenen Bundestagswahl von 1983 wurde er Richard Stücklens Nachfolger als Bundestagspräsident. Von diesem Amt musste er nach nur einem Jahr unehrenhaft zurücktreten, weil er in die Flick-Parteispenden-affäre verwickelt gewesen sein soll, was nie bewiesen wurde.

Barzels Leben war ein „bühnenreifes Drama“ schrieb sein Biograph Kai Wambach. Mit erst 49 Jahren hatte er alle Spitzenämter verloren. „Ein gewagtes Leben“ – so nannte Barzel rückblickend das, was andere als politisch gescheitert, verunglückt und am Ende „unerfüllt“ beschrieben. Die Jahre nach seinem Abstieg waren von persönlichen Schicksalsschlägen überschattet. Seine Tochter beging Suizid, die erste Ehefrau starb an Leukämie, die zweite durch einen Verkehrsunfall.

Seine ostpreußische Heimat hat er nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und vor dem Fall des Eisernen Vorhangs zweimal gesehen: zu seinem 50. Geburtstag 1974 und Ende der 1980er Jahre für den Dreh eines ZDF-Films. Der Film über Ostpreußen hieß: „Zu Besuch, aber nicht als ein Fremder“. Der Film ist eine Liebeserklärung an die Region und die Stadt seiner Kindheit.

Nürnberger „Eiskönig“ ohne Erben

Theo Schölller lag das Unternehmertum im Blut. Schon als 15-Jähriger handelte der am 18. Januar 1917 in Nürnberg geborene Sohn eines durch Krieg und Inflation gebrochenen Büromöbelfabrikanten zusammen mit seinem älteren Bruder mit Kinoprogrammen. Nachdem er Eis am Stiel statt als Kugeln in der Waffel oder im Becher kennengelernt hatte, versuchten er und sein Bruder es mit diesem industriell und damit entsprechend günstig herzustellenden Speiseeis. 1937 erwarben sie von Josef Pankofer die Lizenz, dessen JOPA-Eiskrem herzustellen und in Nordbayern zu vertreiben. Hierfür gründeten sie die „Karl Schölller Jopa-Eiskremfabrik“.



FOTO: PACLAUS FELIX

Vor 20 Jahren gestorben: Th. Schölller

Dort produzierten 25 Beschäftigte 15.000 Eis am Stiel am Tag.

1938 begann für Theo Schölller eine unfreiwillige Auszeit. Er wurde in die Wehrmacht eingezogen, nahm am Zweiten Weltkrieg teil, wurde schwer verwundet, geriet in US-amerikanische Kriegsgefangenschaft und hatte das Glück im Unglück, noch 1945 aus dieser wieder entlassen zu werden und in die Geschäftsführung zurückkehren zu können.

1955 trennte er sich von seinem Bruder Karl und wurde Alleininhaber der „Allgemeinen Lebensmittelbetriebe Inh. Theo Schölller“. 1960 löste er auch die Bande zu Pankofer und vertrieb nun „Schölller-Eiskrem“. Bis 1967 machte Schölller sein Unternehmen zum mit 1200 Mitarbeitern zweitgrößten deutschen Speiseeishersteller nach der „Langnese-Iglo GmbH“. Das Unternehmen expandierte weiter und zu Beginn der 1990er Jahre stand es mit nun 6500 Beschäftigten abermals auf dem zweiten Platz unter den Speiseeisherstellern, aber diesmal nicht in Deutschland, sondern in Europa. Der Zenit war erreicht.

Tragischerweise hielt Schölller keine seiner vier Kinder, die allesamt aus seiner ersten Ehe stammten, für geeignet, sein Erbe anzutreten. Er gründete deshalb mit seiner zweiten Ehefrau 1988 die gemeinnützige „Theo und Friedl Schölller-Stiftung“. Sein unternehmerisches Werk versuchte Schölller in einem größeren Ganzen aufgehen zu lassen. Bis Ende der 80er Jahre verkaufte er 49 Prozent der Anteile an seinem Werk an die „Südzucker AG“, mit der er 1995 die „Schölller-Holding GmbH & Co. KG“ gründete, in die er seine verbliebenen Anteile einbrachte. Diese Holding, an der er 35 Prozent hielt, wurde 2001/02 von „Nestlé“ übernommen. Wenige Jahre später, am 23. Juni 2004, starb der sogenannte Eis-König in seiner Geburtsstadt. Manuel Ruoff



Vergeblich versuchte der Christdemokrat, den Sozialdemokraten zu stürzen: Rainer Barzel (l.) mit Willy Brandt am 26. Mai 1971 bei einem Pressetermin Foto: imago/Sven Simon

VON WOLFGANG KAUFMANN

Insgesamt 26 Mitglieder der linksterroristischen Rote Armee Fraktion wurden zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Später kamen dann sechs dieser RAF-Täter durch Gnadenakte der Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, Roman Herzog und Johannes Rau frei. Laut Artikel 60 Absatz 2 des Grundgesetzes übt das deutsche Staatsoberhaupt „im Einzelfalle für den Bund das Begnadigungsrecht aus“. Es kann also die Haftentlassung von Delinquenten verfügen, deren Verurteilung durch den Bundesgerichtshof erfolgte, welcher zu meist Mitglieder und Unterstützer terroristischer Vereinigungen, Spione, Landesverräter oder Kriegsverbrecher ins Gefängnis schickt.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass der Bundespräsident Beamte, Soldaten und andere Personen begnadigt, die von Disziplinargerichten des Bundes abgestraft wurden. In allen übrigen Fällen sind die Regierungschefs oder Justizminister der Länder für Begnadigungen zuständig.

Der Sinn des Rechtsaktes der Begnadigung gemäß Artikel 60 des Grundgesetzes besteht darin, eine rechtskräftige Einzelentscheidung abzumildern – beispielsweise, um unbillige Härten von Strafurteilen zu kompensieren. Dagegen darf der Bundespräsident keine Amnestien aussprechen, also gerichtlich verhängte Strafen für ganze Tätergruppen aufheben, oder laufende Verfahren stoppen beziehungsweise deren Einstellung verfügen.

Spitzenreiter Walter Scheel

Nach Auffassung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages kann das Staatsoberhaupt bei den Begnadigungen nach freiem, nicht weiter geregeltem politischen und persönlichen Ermessen entscheiden, weil seine Gnadenerlasse juristische Akte sui generis seien. Das heißt, sie bilden eine rechtliche Kategorie für sich und unterlaufen das Prinzip der klassischen Gewaltenteilung.

Die meisten Begnadigungen, nämlich 301, sprach Bundespräsident Walter Scheel zwischen 1974 und 1979 aus. An zweiter Stelle rangiert Richard von Weizsäcker, der von 1984 bis 1994 auf 289 Begnadigungen kam. Platz drei belegt Karl Carstens, welcher zwischen 1979 und 1984 192 Personen begnadigte, gefolgt von Roman Herzog mit 111 Begnadigungen während der Jahre von 1994 bis 1999. Dagegen agierten Johannes Rau, Horst Köhler und Joachim Gauck vergleichsweise zurückhaltend. Die Zahl ihrer Begnadigungen belief sich auf 56, 28 und elf. Darüber hinaus traf Frank-Walter Steinmeier in seiner ersten Amtszeit von 2017 bis 2022 insgesamt 15 Gnadenentscheidungen.

Natürlich ist von erheblichem gesellschaftlichen Interesse, wer außer den pro-



Das Schloss Bellevue schweigt: Die Frage, wer im Einzelnen begnadigt wurde, beantwortet das Bundespräsidialamt nicht

Foto: imago/Metodi Popov

RECHTSPRECHUNG

Eine „Gnade“ mit großen Fragezeichen

Der Bundespräsident darf Straftäter nach eigenem Belieben begnadigen – und zwar in aller Stille. Was sympathisch wirkt, wirft jedoch große verfassungsrechtliche Fragen auf. Die Kritik wächst

minenten RAF-Terroristen noch von den Gnadenakten profitierte. In diesem Punkt gibt sich das Bundespräsidialamt jedoch äußerst schmallippig. Das Begnadigungsrecht des Bundespräsidenten unterliege keinen normativen Bindungen und keiner gerichtlichen Kontrolle – außerdem werde es im Stillen ausgeübt. Daraus ergebe sich, dass keine Informationspflicht gegenüber der Öffentlichkeit bestehe.

Dies sieht der Journalist und Gründer der Transparenzplattform „FragDenStaat“, Arne Semsrott von der Open Knowledge Foundation Deutschland, allerdings anders. Deshalb zog er zunächst vor das Verwaltungsgericht Berlin und dann vor das Obergericht Berlin-Brandenburg, um das Bundespräsidialamt zu Auskünften über die Namen der Begnadigten, deren Verfehlungen und das Datum der Begnadigungen zu zwingen. Dabei urteilte die zuletzt angerufene höhere Instanz am 4. April, dass der Bundespräsident „bei der Ausübung seines

Begnadigungsrechts nicht als Behörde, sondern ... als Verfassungsorgan“ handle, was einen Anspruch der Presse auf Auskunftserteilung ausschließe.

Zuvor hatte das Verwaltungsgericht Berlin bereits klargestellt: „Mit dem Begnadigungsrecht übt der Bundespräsident eine Gestaltungsmacht besonderer Art aus, welche nicht den Sicherungen, den Gewaltenschränkungen und -balancierungen unterliegt, die gewährleisten sollen, dass Übergriffe der Exekutive durch Anrufung der Gerichte abgewehrt werden können.“ Und das ist die geltende Rechtslage hierzulande, seit das Bundesverfassungsgericht am 23. April 1969 zu dem gleichen Ergebnis gelangt war – allerdings nur mit hauchdünner Mehrheit.

Und wieder das AfD-Argument

Später kam ein weiteres Urteil des Karlsruher Gerichts hinzu, in dem es hieß, die Begnadigung ergehe in einem internen Verfahren, welches keine justizförmigen

Garantien kenne. Die einzige Ausnahme hiervon sei der Widerruf von bereits ausgesprochenen Begnadigungen, denn dann habe der Betroffene ein einklagbares Recht auf Vertrauensschutz.

Für die Strafrechtsprofessorin Elisa Hoven von der Universität Leipzig, die seit 2020 auch als Richterin am Sächsischen Verfassungsgerichtshof fungiert, ist der Artikel 60 des Grundgesetzes in der Auslegung durch das Bundesverfassungsgericht ein „antiquiertes Majestätsrecht, das abgeschafft gehört“, weil es dem Staatsoberhaupt in einem demokratischen Rechtsstaat nicht zustehen dürfe, Urteile in rechtsstaatlichen Verfahren zu unterlaufen.

Ganz ähnlich argumentierten 1969 auch die vier Karlsruher Richter, die mit ihrer Auffassung in der Minderheit blieben: „Die frühere Vorstellung, dass eine mit einem besonderen Charisma begabte Persönlichkeit nach ihrem Gutdünken einen justizfreien Gnadenakt setzen kann,

ist mit der rechtsstaatlichen gewaltenteilenden Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, in der alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, unvereinbar.“

Angesichts des aktuellen Urteils des Obergerichtes Berlin-Brandenburg mehren sich nun Stimmen wie die von Hoven und Semsrott, welche eine tiefgreifende Reform des Begnadigungsrechts fordern. Dieses müsse zwingend verfassungsrechtlichen Mindeststandards unterworfen werden, damit niemand am Willkürverbot und der Würde des Menschen vorbei entscheiden könne. Darüber hinaus solle gegenüber der Öffentlichkeit maximale Transparenz herrschen.

Ansonsten drohe in Zukunft vielleicht die klammheimliche Freilassung von Rechtsterroristen wie Beate Zschäpe vom Nationalsozialistischen Untergrund durch einen Ministerpräsidenten, Justizminister oder Bundespräsidenten „von Gnaden der AfD“.

KRIMINALITÄT

Die drei meistgesuchten Frauen der Welt

FBI und Europol fahnden nach ihnen wegen Betrugs, Drogenhandels und Mordes – und das schon seit Jahren

Zu den 60 meistgesuchten Kriminellen dieser Welt gehören drei Frauen. Das geht aus den aktuellen „Most wanted“-Listen der US-amerikanischen Bundespolizei FBI und der europäischen Polizeibehörde Europol hervor.

Das Federal Bureau of Investigation, welches zugleich als Inlandsgeheimdienst der Vereinigten Staaten fungiert, fahndet nicht nur nach Mördern, Drogenbaronen und Gangsterbossen, sondern auch nach der 1980 geborenen „Crypto Queen“ Rujana Ignatova. Die Bulgarin, welche im Schwarzwald aufwuchs und später im Fach Jura promovierte, gründete 2014 die Firma OneCoin und versprach, europä-

sche Alternativen zu der Kryptowährung Bitcoin zu schaffen. Allerdings basierte das Ganze auf einem Schneeballsystem, mit dem Ignatova die Investoren um insgesamt vier Milliarden US-Dollar prellte.

2017 verschwand sie spurlos von der Bildfläche, und es gibt Gerüchte, dass sie von ihrem Mittäter, dem bulgarischen Drogenhändler Hristoforos Amanatidis alias „Taki“, ermordet worden sei. Das FBI glaubt dagegen fest an ein Weiterleben der „Crypto Queen“ nach operativen Veränderungen ihres Aussehens und hat für Hinweise, welche zur Festnahme der Betrügerin führen, eine Belohnung von 250.000 US-Dollar ausgesetzt.

Eine der beiden Frauen auf der Europol-Liste „Europe's most wanted fugitives“ ist die Schwedin Tania Gomez. Die 31-Jährige erlangte internationale Bekanntheit, weil sie eine Hilfsorganisation für streunende Hunde namens „HundGärrin“ gründete und sich in den Sozialen Medien als Retterin der Vierbeiner präsentierte.

Tatsächlich diene Gomez' Engagement lediglich als Tarnung, um große Mengen an Bargeld und illegalen Drogen für verschiedene Verbrechenyndikate von Land zu Land zu schmuggeln. Außerdem soll Gomez in ein Netzwerk verwickelt gewesen sein, das illegal mit Tieren

handelte. Sie tauchte im März 2021 unter und wird seitdem von Europol gesucht – dabei winkt aber keine Belohnung für Hinweise auf ihren Aufenthaltsort.

Letzteres gilt gleichermaßen für die weibliche Nummer Zwei auf der Fahndungsliste der europäischen Polizeibehörde mit Sitz in Den Haag: die slowakische Floristin Eva Zámečnicková. Die 42-Jährige hatte Anfang 2014 den vermeintlichen Auftragsmörder Martin Adamkovič angeheuert, um ihren Ehemann loszuwerden. Adamkovič verzichtete indes auf die versprochenen 50.000 Euro und offenbarte sich der Polizei, welche Zámečnicková eine Falle stellte, in die

sie auch prompt hineintappte. Daraus resultierte eine Verurteilung durch das Fachgericht für Strafsachen in Pezinok wegen versuchten Mordes zu acht Jahren Haft, wobei der reuige Killer als Kronzeuge der Anklage fungierte.

Allerdings verschwand die verhinderte „Schwarze Witwe“, welche ihren Mann tot sehen wollte, um ihn „nicht weiter ernähren“ zu müssen, vor dem Haftantritt. Deshalb erließ das Oberste Gericht der Slowakischen Republik in Pressburg am 14. Januar 2020 einen europäischen Haftbefehl gegen Zámečnicková wegen „einer besonders schweren Straftat in der Vorbereitungsphase“.

W.K.



ALLENSTEIN

Tag der Minderheiten in lockerer Atmosphäre

Neuer Veranstaltungsort Dragonerkasernen – Viele Minderheitenvertreter waren der Einladung gefolgt

VON DAWID KAZANSKI

Obwohl der Tag der Nationalen Minderheiten ein wiederkehrendes Ereignis ist, wird er jedes Jahr zu etwas Besonderem. Dieses Mal brachte das Minderheitenfest in Allenstein, das zum 32. Mal stattfand, eine Reihe von Neuerungen mit sich. Die erste war, dass die Feierlichkeiten an einem neuen Veranstaltungsort stattfanden – in der sogenannten Sozialschmiede (Kuznia Społeczna), einer Nichtregierungseinrichtung, die ihren Sitz in den historischen, restaurierten Dragonerkasernen hat und deren Ziel es ist, verschiedene Gemeinschaftsinitiativen zu unterstützen.

Die Einzigartigkeit des diesjährigen Tags der Nationalen Minderheiten im Vergleich zu früheren Veranstaltungen bestand auch darin, dass sich die Teilnehmer, einschließlich Familien mit Kindern, wie bei einem Familienpicknick fühlen durften. Dank des reichhaltigen künstlerischen Programms und der verschiedenen Aktivitäten, welche die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM) vorbereitet hatte, konnte sich jeder an diesem Tag amüsieren. Der diesjährige Tag der Minderheiten wurde am 1. Juni, dem internationalen Kindertag, gefeiert. Neben Bühnenauftritten und zahlreichen Ständen, an denen Organisationen und Vertreter einzelner Minderheitenverbände ihre Aktivitäten vorstellten, gab es Animationen, Spiele und Wettbewerbe für Jung und Alt.

Die Feier fand am internationalen Kindertag statt

Beispielsweise gab es die Möglichkeit, sich an einem Stationenspiel zu beteiligen, bei dem die Teilnehmer verschiedene Aufgaben rund um das Thema Minderheiten lösen mussten. Darüber hinaus wurde ein Treffen für Familien angeboten, die sich für das Thema Zweisprachigkeit und bilinguale Erziehung interessieren, das im Rahmen der Kampagne des Hauses der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit „Bilingua – einfach mit Deutsch“ organisiert wurde.

Dabei wurden die Hauptziele des Projekts erreicht, nämlich die Präsentation



Einladende Dekorationen der Stände: Blick auf das Gelände des Veranstaltungsorts

Foto: D.K.

der künstlerischen und kulturellen Leistungen von Vertretern nationaler und ethnischer Minderheiten, die Förderung der Zusammenarbeit und des Verständnisses zwischen den Minderheiten und den polnischen Einwohnern der Region sowie die Betonung der Bedeutung von Toleranz, Akzeptanz und Respekt angesichts kultureller Unterschiede.

Auf der Bühne traten Gesangsgruppen deutscher Minderheitenorganisationen wie der Chor der Gesellschaft der Deutschen Minderheit „Ermland“ in Heilsberg, der Chor aus Neidenburg oder die neu gegründete Gesangsgruppe „Ermlandklang“ der AGDM auf, deren Präsentation anlässlich des Minderheitentags ein Bühnendebüt war. Außerdem hörte das Publikum begeistert dem Bläserchester aus Scheufelsdorf zu, das ein Repertoire deutscher Musikstücke präsentierte.

Die ukrainische und lemksische Kultur sowie Sprache präsentierten auf der Künstlerbühne das Duett Lena Hnatiuk und Piotr Cholewka sowie das Quartett „ToJa“. Die ukrainische Folklore brachten außerdem die Tanzgruppen „Lubystok“ und „Vesna“ in ihren Auftritten zum Ausdruck. Ein besonderer Gast der Kulturveranstaltung war die Musikband der Litauer. Die Gruppe, bestehend aus Rafał Osipowicz, Evelina Voloskova, Sabina Komoliubio und Andrzej Stankiewicz, servierte den Zuschauern eine echte Dosis litauischer Musik, begeisterte alle mit wunderschönen Stimmen und klangvollen Rhythmen. Sie versetzte viele in eine nostalgische Stimmung.

Die wichtige Rolle des Treffens für die Integration der Minderheiten in die Mehrheitsgesellschaft wurde durch die Anwesenheit der Ehrengäste bestätigt, darunter

die Senatorin der Republik Polen, Ewa Kaliszuk, der Allensteiner Stadtpräsident Robert Szewczyk, die stellvertretende Marschallin der Woiwodschaft Sylwia Jaskulska, der Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Allenstein, Wojciech Wrzecionkowski, die Woiwodschaftsräte Jarosław Sloma und Teresa Astramowicz-Leyk, der Vorsitzende der Allensteiner Lebensmittelbank Marek Borowski, der Vizevorsitzende des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) Michał Schlueter, der Geschäftsführer des Hauses der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit, Lucjan Dzumla, sowie Werner Schaffrin, der die Stadtgemeinschaft Allenstein vertrat.

In ihren Reden betonten die Vertreter der lokalen Behörden, wie wichtig es sei, die Minderheitengemeinschaften zu respektieren, und wie wertvoll alle Initiativen

seien, die darauf abzielen, die kulturelle Identität der in der Republik Polen lebenden Nationen zu pflegen. Die Ehrengäste erklärten ihre Unterstützung für die Minderheitengemeinschaften. Unter Bezugnahme auf die Ergebnisse der polnischen Parlaments- und Kommunalwahlen wiesen sie einstimmig darauf hin, dass infolge der politischen Veränderungen die Zeit der Diskriminierung der Deutschen Minderheit durch die Wiedereinführung des Unterrichts von Deutsch als Minderheitensprache mit drei Stunden pro Woche endlich zu Ende gegangen sei.

Zeit der Diskriminierung der Deutschen Minderheit vorbei

Der Vorsitzende des Ausschusses für Nationale und Ethnische Minderheiten des Woiwodschaftstages Ermland-Masuren, Jarosław Sloma, wies zudem auf die notwendige Unterstützung der Ukrainer in ihrem Kampf gegen Russland hin, denn sie würden nicht nur ihr Land verteidigen, sondern auch die demokratischen Werte und Interessen Europas.

Zur Teilnahme an der Feier der Minderheiten waren auch Vertreter von Minderheitenstrukturen eingeladen, die an den speziellen Ständen den Veranstaltungsbesuchern ihre kulturellen Errungenschaften in Form von Büchern, Zeitschriften, Handzetteln, Kunsthandwerk und Kostümen präsentierten. In Kooperation mit der Sozialschmiede und dem Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit sorgte man auch für eine Vielzahl von Attraktionen für die Jüngsten. Auf die Kinder warteten Sprachanimatoure, Integrationsspiele, ein Stand mit Gesichtsbemalung und Geschicklichkeitsspiele.

Das diesjährige Minderheitenfest wurde dank der finanziellen Unterstützung mehrerer Institutionen, darunter des Ministeriums für Inneres und Verwaltung in Warschau, des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit, Familie und Soziales, des Generalkonsulats der Bundesrepublik Deutschland in Danzig, der Selbstverwaltung Woiwodschaft Ermland-Masuren, der Stadtgemeinschaft Allenstein sowie dank Partnern der AGDM ermöglicht.

KÖNIGSBERG

Schwere Überschwemmungen in der Pregelmetropole

Die Dominsel und mehrere Straßenzüge der Innenstadt standen nach Wolkenbrüchen unter Wasser

Innerhalb von nur zehn Minuten verwandelten sich am Sonntag, dem 2. Juni, viele Straßen in Königsberg in Seelandschaften. Die heftigen Regenfälle verursachten Sturzfluten, die Straßen und die darauf parkenden Autos sowie Grünflächen überschwemmten. Die Straßen Ober- und Unterlaak, Altstädtische Langgasse, Steindamm, Vorstädtische Langgasse, Wrangelstraße, Mitteltragheim, Litauer Wall und andere im Zentrum standen unter Wasser. Besonders betroffen war die Insel Lomse sowie der Kneiphof.

Selbst der Königsberger Dom stand im Wasser. Auch in Einkaufszentren, Tiefgaragen und die Keller der Wohnhäuser drangen die Wassermassen ein. Die Überschwemmung verlief entlang der Buslinie 11 vom Bernsteinmuseum bis zum Süd-

bahnhof. Die Bewohner hatten keine Chance, etwas dagegen zu tun. In den so-

zialen Netzwerken tauchten unzählige Videos auf, die dokumentierten, wie Au-



Verheerende Folgen: Autos und Grünanlagen versanken in den Fluten

tos bis zum Dach im Wasser steckten, Menschen hüfthoch durch die entstandenen Seen wateten oder gar schwammen. Mutige versuchten dennoch, mit ihren Fahrzeugen durch die Fluten zu gelangen.

Ein Unwetter solchen Ausmaßes und mit solch verheerenden Auswirkungen hatte man laut offiziellen Stellungnahmen im Königsberger Gebiet seit 20 Jahren nicht mehr erlebt. Riesige Hagelkörner prasselten herab, es soll mehr als 1000 Blitzschläge gegeben haben, es regnete stundenlang. Die Regenmassen brachten das Abwassersystem komplett zum Erliegen.

Ruslan Orumbekow, Direktor des städtischen Unternehmens Hydrotechnik, versicherte, dass alle Kanalleitungen erst vor zwei Wochen gründlich gereinigt

worden seien. Eine Verstopfung könne also nicht vorgelegen haben. Als Grund für die Überschwemmungen gab er an, dass die Regenwasserleitungen zu eng für solche Wassermassen seien und dies zu einem Rückstau geführt habe. Teilweise stammen die Leitungen aus den 1980er Jahren und sind für die wachsende Stadt, deren Zentrum immer mehr verdichtet wird, nicht mehr geeignet.

Der amtierende Gouverneur Alexej Besproswannych sagte, er habe Stadtpräsidentin Jelena Djatlowa angewiesen, zu erfassen, welche Stadtteile Königsbergs nach starken Regenfällen regelmäßig unter Wasser stehen, und gleichzeitig einen Aktionsplan zu entwickeln, damit solche Situationen in Zukunft nicht mehr vorkommen. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Bessel, Else, geb. Stadie, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 17. Juni
Lampe, Edith, geb. Reimer, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 20. Juni

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bremer, Charlotte, geb. Hörner, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 20. Juni
Führer, Hans, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 20. Juni
Kröhnke, Gerhard, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 19. Juni
Wysocki, Manfred, aus Lyck, am 14. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Forberg, Hildegard, geb. Czichy, aus Ortelsburg, am 20. Juni
Michelkowski, Walter, aus Koschainen, Kreis Mohrungen, am 19. Juni
Schneider, Ingeborg, geb. Bendrick, aus Lötzen, am 19. Juni
Steinmann, Anneliese, geb. Nowotzyn, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 17. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Karsten, Joachim, aus Ortelsburg, am 14. Juni
Katschmarek, Hildegard, geb. Offschany, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 16. Juni
Kohls, Edmund, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 19. Juni
Schulz, Irma, geb. Warschuhn, aus Pregelwalde, Kreis Wehlau, am 18. Juni
Stanzick, Hertha, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 19. Juni
Timm, Ruth, geb. Kapeller, aus Schützenort, Kreis Ebenrode, am 14. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Buhr, Irmgard, geb. Federmann, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 20. Juni
Nelius, Margarete, geb. Warstat, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. Juni
Rehfeldt, Bruno, aus Lyck, am 16. Juni
Rose, Günter, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 19. Juni
Schiffner, Edeltrud, geb. Dombrowsky, aus Schenken, Kreis Wehlau, am 18. Juni
Wadewitz, Hildegard, geb. Brozio/Arndt, aus Keipern, Kreis Lyck, am 15. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Buehler, Hildegard, geb. Brandtner, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 13. Juni
Edling, Hildegard, geb. Sanio, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 15. Juni

Fette, Gretel Erna, geb. Gudlautzki, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 19. Juni
Pietruk, Ulrich, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 18. Juni
Seidel, Brigitte, geb. Herold, aus Hagenau, Kreis Mohrungen, am 15. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dorobeck, Ruth, geb. Siegmund, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 15. Juni
Falß, Ursula, geb. Cziesso, aus Seeligen, Kreis Lyck, am 16. Juni
Gayko, Emilie, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 19. Juni
Gräwer, Erna, geb. Porsch, aus Goldbach, Kreis Mohrungen, am 18. Juni
Gronau, Dr. Heinrich, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 19. Juni
Kiefer, Lucie, geb. Seidler, aus Rothof/Fliegerhorst, Kreis Lyck, am 19. Juni
Kludszuweit, Gerhard, aus Wittkampen, Kreis Ebenrode, am 16. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Krieg, Hildegard, aus Neidenburg, am 15. Juni
Neschokat, Waltraud, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 18. Juni
Nolde, Helga, geb. Stripling, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. Juni
Pallaks, Hilda, geb. Rimkus, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 17. Juni
Szechowiak, Günter, aus Lyck, am 15. Juni
Wandel, Ingrid, geb. Mlinarzik, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 16. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Behrend, Dora, geb. Domnick, aus Alexwangen, Kreis Fischhausen, am 14. Juni

Diegner, Barbara, geb. Stöltzing, aus Garbseiden, Kreis Fischhausen, am 19. Juni
De Vries, Helga, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 14. Juni
Ehrig, Manfred, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, am 17. Juni
Holzke, Helmut, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 18. Juni
Liedtke, Harald, aus Wehlau, am 19. Juni
Möller, Gerda, geb. Lasarzewski, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 17. Juni
Seifert, Marlene, geb. Tubenthal, aus Treuburg, am 17. Juni
Taday, Wilhelm, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 18. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Arndt, Annelie, geb. Pruskowski, aus Rohden, Kreis Mohrungen, am 16. Juni
Göhlich, Renate, geb. Maszutt, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 19. Juni
Hellriegel, Gerhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Juni
Herrmann, Alfred, aus Narwickau, Kreis Ebenrode, am 17. Juni
Höpfner, Gerd, aus Seestadt Pillau, Kreis Fischhausen, am 19. Juni
Neumann, Karl-Heinz, aus Bartenhof, am 20. Juni
Rogowski, Hannelore, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 15. Juni
Seibert, Elfriede, geb. Tanski, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 14. Juni
Wischniewski, Werner, aus Treuburg, am 16. Juni
Zeller, Hildegard, geb. Schmuck, aus Sortlack, Kreis Preußisch Eylau, am 20. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Blasberg, Waltraut, geb. Buttkus, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 14. Juni
Blume, Irene, geb. Wilks, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 14. Juni

Braun, Günter, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 14. Juni
Busse, Helmut, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 15. Juni
Händel, Lieselotte, geb. Poppek, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 20. Juni
Harling, Gisela, geb. Nehm, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 18. Juni
Hess, Renate, geb. Hess, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, am 15. Juni
Hill, Hedwig, geb. Waldhof, aus Lyck, am 14. Juni
Jarmer, Erika, geb. Tiedtke, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 14. Juni
Jestrzembki, Otto, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 18. Juni
Klimmek, Marietta, geb. Meyer, aus Gollen, Kreis Lyck, am 16. Juni
Kühn, Wolfgang, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 18. Juni
Luxa, Herbert, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 15. Juni
Popien, Anton, aus Altwartenburg, Kreis Allenstein, am 13. Juni
Schütz, Siegfried, aus Mohrungen, am 10. Juni
Stolz, Heinz, aus Wetzhausen, Kreis Neidenburg, am 20. Juni
Wilhelm, Siegfried, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Guschan, Heinz, geb. Guszmann, aus Skuldeinen, Kreis Elchniederung, am 16. Juni
Heitkamp, Brunhild, geb. Makath, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 17. Juni
Höhne, Gisela, geb. Matz, aus Sonnenborn, Kreis Mohrungen, am 14. Juni
Klein, Karl-Heinz, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 18. Juni
Kopp, Hans-Georg, aus Heideckshof, Kreis Elchniederung, am 17. Juni
Kukowski, Dietmar, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 15. Juni
Maxisch, Ursula, geb. Theophil, aus Mildenheim, Kreis Ebenrode, am 14. Juni

Naujokat, Edith, geb. Weber, aus Treuburg, am 14. Juni
Rattay, Ursula, geb. Lucka, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 20. Juni
Riegel, Anita, geb. Stolzenwald, aus Quehnen, Kreis Preußisch Eylau, am 18. Juni
Schenk, Ulrike, geb. Sabobielski, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 16. Juni
Schwanenberg, Waltraud, geb. Pielath, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 17. Juni
Stenzel, Edith, geb. Zeikau, aus Mohrungen, am 16. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Görke, Frauke, geb. Hasenpusch, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. Juni
Lilge, Dipl.-Ing. Jürgen, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. Juni
Nichterwitz, Christa, geb. Semann, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 16. Juni
Trusch, Dr. Ursula, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 16. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Fischer, Ursula, geb. Höfer, aus Klein Engellau, Kreis Wehlau, am 18. Juni
Willamowius, Bernhard, aus Pöjstieten, Kreis Fischhausen, am 15. Juni

Glückwünsche an:

Ulrike Groddeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: groddeck@paz.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Forum Baltikum
– Dittchenbühne

Infos zum **Reparatur-Service** am Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ unter Telefon (04121) 898710, E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

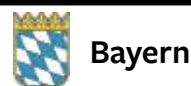
AZ-02-B

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie40 Euro
Prämie

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Altmühlfranken – Sonnabend, 15. Juni, 15:30 Uhr, Karlshalle am Karlsplatz, Ansbach: Vortragsveranstaltung aus Anlass seines 300. Geburtstages „Immanuel Kant in Königsberg – Der Weltgelehrte in seiner Welt“ mit Jörn Pekrul, Berlin.



Hessen

Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Jahresprogramm

Wetzlar – Sonnabend, 6. Juli: Grillfest



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Dienstag, 9. Juli, 18 Uhr, „Haus am Rhein“, Elsa-Brändström-Straße 74. Sommerstammtisch, lockere Gespräche zu aktuellen Themen, insbesondere aus landsmannschaftlicher Sicht.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Kiel – Die LO Landesgruppe Schleswig-Holstein lädt zu Sonntag, den 23. Juni zu ihrer Mitgliederversammlung den Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) der Landesgruppe Schleswig-Holstein e.V., den Ehrenvorsitzenden Edmund Ferner sowie die Einzelmitglieder der Landesgruppe, die Vorsitzenden der Ortsgruppen der LO und deren Mitglieder, sowie die Gäste und Freunde der Landsmannschaft herzlich ein.

Neben den routinemäßigen Vereinsregularien wird Herr Berttram Graw – Vorstandsmitglied der LO Landesgruppe – einen Vortrag halten zum Thema: „Ostpreußen: Kalter Kaffee oder Auftrag auch im digitalen Zeitalter?“

Im zweiten Beitrag am Nachmittag zeigen wir u.a. zum aktuellen Immanuel Kant Jahr den preisgekrönten Film:

Immanuel Kant „Das Experiment mit der Freiheit“ von Wilfried Hauke (45Min) mit Bildern

von Königsberg und der Lebensstätte von Immanuel Kant.

Immanuel Kant (* 22. April 1724 in Königsberg (Preußen); † 12. Februar 1804 ebenda) der deutsche Philosoph der Aufklärung und einer der bedeutendsten Vertreter der abend - ländischen Philosophie.

Die Veranstaltung findet statt im „Haus der Heimat“ Kiel, Wilhelmminenstr. 47-49, 24103 Kiel. Anmeldungen: dieter.wenskat@gmx.de und Telefon: 04121 85501

Zu diesen aktuellen Themen würden wir uns über eine rege Beteiligung freuen.

Hans-Albert Eckloff

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Ankündigung
Mittwoch, 03. Juli, 16. Uhr Grillen im TSB-Heim. Anmeldung bitte bis zum 25. Juni bei Frau Kunde 0461-91170 bzw. rehekunde@aol.com

Bericht

An unserer ½-Tages-Fahrt nach Eckernförde nahmen leider etwas weniger Mitglieder teil als gewohnt, dafür war der Bus größer und jeder hatte ausreichend Platz. Am späten Vormittag ging es bei sonnigem Wetter von Flensburg zunächst nach Gammelby. Hier, nicht weit hinter Schleswig, machten wir im sehrenpfelnswerten Landgasthof erste Station; das leibliche Wohl ist ja wichtig. Zuvor aber hatte uns unser Mitglied

Fortsetzung auf Seite 16



Forum Baltikum – Dittchenbühne

Bärenstarker Selbstbehauptungskurs: **Kinder lernen, Konflikte zu lösen**

Elmshorn - Das kann in den besten Familien vorkommen: Das Kind erzählt plötzlich nichts mehr aus der Schule, von der Freizeit, aus dem Sportverein. Oder man bemerkt, dass es von anderen Kindern beschimpft und getriezt wird. Plötzlich geht es nicht mehr so gern in die Schule wie früher, ist ständig traurig, hat keine Freundinnen und keine Freunde mehr, ist immer allein...

Da sollten dann auch in den besten Familien die Alarmglocken schrillen – und in normalen sowieso: Denn dieses Verhalten kann bedeuten, dass das Kind in Not ist. Deshalb sollte man dafür sorgen, dass das Kind darüber sprechen kann, was sich in letzter Zeit verändert hat, dass es seine Gefühle und Bedürfnisse äußern kann, und dass es das ausdrücken kann, was es bekümmert.

Möglich ist genau das bei den Selbstbehauptungskursen für Kinder an der Elmshorner Dittchenbühne. Sie richten sich an Kinder im Alter von 6 bis 11 Jahren. Leiterin Ilona Prell: „Die Kinder lernen ihr Herz gegen Beleidigungen zu schützen, auf

ihre Gefühle zu hören, eigene Bedürfnisse klar zu formulieren, ihren Fähigkeiten zu vertrauen, Konflikte selbstständig und gewaltfrei zu lösen sowie Gefahren zu erkennen und Hilfe zu holen.“ Bärenstarke Übungen für ein Leben voller Freude und Leichtigkeit...

Der nächste Kurs findet am Sonnabend, 22. Juni, von 10 bis 14 Uhr an der Dittchenbühne statt und kostet 59 Euro pro Kind. Information unter baerenkraft@mail.de, Anmeldung im Büro des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Telefon 04121/89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Ostpreußisches Landesmuseum

Dienstag, 18. Juni 2024, 14.30 Uhr, Eintritt: 7,00 € (inkl. Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck)

„Die Flucht aus Ostpreußen 1945“ - Vortrag und Führung mit Dr. Eike Eckert in der Reihe „Museum Erleben“

Nachdem die Rote Armee bereits am 16. Oktober 1944 die Reichsgrenze in Ostpreußen überschritt, stoppte sie überraschend im November ihren Vormarsch. Am 13. Januar 1945 begann dann die sowjetische Großoffensive und bereits am 26. Januar 1945 hatte die Rote Armee das Frische Haff erreicht. Ostpreußen war eingekesselt und der Bevölkerung der direkte Fluchtweg über Land nach Westen versperrt. Der Vortrag befasst sich sowohl mit dem Verlauf der Flucht, den unterschiedlichen Fluchtwegen zu Land und zu Wasser und geht der Frage nach, wie es unter der Zivilbevölkerung zu den hohen Opferzahlen während der Flucht kommen konnte. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-ig.de ist erforderlich.

Freitag, 21. Juni 2024, 18:30 Uhr, Eintritt: 4,00 €

Geschichte einer Mühle in Ostpreußen - eine Spurensuche - Vortrag und Gespräch mit Burchard Dabinnus, Henri Rösch und Dr. Christian Rohrer

In der Vorkriegszeit gab es in Bartenstein einen großen modernen Mühlenbetrieb, der der jüdischen Familie Meyer gehörte. Nach 1933 begann in Ostpreußen - wie in ganz Deutschland - der

Prozess der so genannten „Arisierung“, bei dem jüdischer Besitz zwangsweise an neue, arische Eigentümer übertragen wurde. So gelangte die Meyer Mühle in die Hände der deutschen Familie Dabinnus. Einem Teil der Familie Meyer gelang es, noch vor Kriegsausbruch aus Deutschland zu emigrieren, andere wurden Opfer des Holocausts. 80 Jahre später versucht Burchard Dabinnus, Schauspieler und Regisseur aus München, dessen Großeltern die Mühle der jüdischen Nachbarn übernommen hatten, die „Mühlengeschichte“ aufzuklären. Gemeinsam mit den Meyer Nachfahren analysiert er historische Fakten, recherchiert und wertet überlieferte Dokumente aus, sucht nach Berichten von Verwandten und Zeitzeugen. War die Übernahme lediglich ein getarnter Versuch, den Besitz der befreudeten jüdischen Familie zu „verstecken“, oder handelte es sich um eine Enteignung zu einem Schleuderpreis? Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-ig.de ist erforderlich.

Sonntag, 23. Juni 2024, 10-18Uhr, Familienkarte für alle Museen und Kloster Lüne: einmalig 15,00 € **Ferienstarter 2024 - Familientag der Lüneburger Museen** Zum Ferienstart können die Familien durch die Stadt von Museum zu Museum ziehen und sich von den abwechslungsreichen Angeboten und Ausstellungen begeistern lassen. Die Familien-Eintrittskarte (zwei Erwachsene plus max. fünf Kinder) gibt es für einmalig

15 Euro an diesem Tag an jeder Museumskasse. Die Tickets berechnen zum Eintritt in die Museen (Kloster Lüne, Museum Lüneburg, Ostpreußisches Landesmuseum, Salzmuseum) sowie zur Teilnahme an allen Ferienstarteraktionen. Wer sich bei jedem Museum einen Stempel abholt, kann zudem an einer Verlosung teilnehmen und mit etwas Glück einen Museums-Kindergeburtstag gewinnen.

Donnerstag, 27. Juni 2024, von 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei!

Der Luchs - die größte Raubkatze Europas - Kinderclub mit Noemi Ronge

Es geht auf eine Entdeckungsreise in die Tierkunde-Abteilung. Dort ist die größte Raubkatze Europas zu finden: den Luchs. Wenn man in Deutschland vom Luchs spricht, ist der Eurasische Luchs gemeint. Nach Bär und Wolf ist er das größte Raubtier in Europa. Viele Jahre lang wurden Luchse verfolgt. Erst seit einigen Jahren durchstreifen sie wieder die Wälder Europas. Die Lebensweise dieser schönen Tiere wird vermittelt, danach wird im Atelier eine Landschaft mit Luchs gemalt oder ein kleiner Luchs aus Ton geformt.

Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Ostpreußisches Landesmuseum

Künstlerkolonien im Vergleich: Ahrenshoop – Nidden – Schwaan: Studienreise nach Ahrenshoop, Schwaan und Ribnitz-Damgarten vom 8. bis 10. Oktober: Wissenschaftliche Begleitung: Dr. Jörn Barfod, Autor des Buches „Nidden: Künstlerkolonie auf der Kurischen Nehrung“. Kostenbeitrag: 410 Euro im Doppelzimmer (Einzelzimmer-Zuschlag 110 Euro)

Als Künstler am Ende des 19. Jahrhunderts das Land für sich entdeckten, stießen sie an der Ostseeküste auf das Fischerdorf Ahrenshoop. Zu den ersten, die sich ab 1892 dort ansiedelten, gehörte Paul Müller-Kaempff (1861–1941), der als Begründer der Malerkolonie gilt. Im Jahr 1894 errichtete er die erste Malerschule, das heutige Künstlerhaus Lukas. Aus der Malerkolonie entwickelte sich ein Künstlerort mit besonderer Ausstrahlung, der bis heute Künstler und Künstlerfreunde in seinen Bann zieht. Die Künstlerkolonie Nidden entwickelte sich wiederum ab etwa 1880 im Fischerdorf Nidden um das Gasthaus von Hermann Blode. Hier traf sich im Sommer ein Kreis von Künstlern mit dem Maler Ernst Bischoff-Culm (1870–1917) und weiteren. Hieraus er-

wuchs der später weithin bekannte Ruf als Künstlerort auf der Kurischen Nehrung.

Das Ostpreußische Landesmuseum lädt zu einer Reise nach Ahrenshoop und Schwaan ein. Erfahren Sie mehr über die Geschichte der Künstlerkolonien in Deutschland. Welche Faktoren trugen zu ihrer Entstehung bei? Wie hat die Landschaft die Künstler in ihrem Schaffen beeinflusst und wie prägten die Künstler ihrerseits das Erscheinungsbild der Orte? Welche Kunststile und -techniken waren besonders populär? Während der Exkursion haben Sie die einzigartige Möglichkeit, Parallelen und Unterschiede der Künstlerkolonie Ahrenshoop zur ostpreußischen Künstlerkolonie

nie Nidden festzustellen, da das Kunstmuseum Ahrenshoop vom 21. September bis zum 30. März 2025 die Ausstellung „Künstlerkolonie Nidden“ zeigt. Auf dem Programm steht auch eine Besichtigung des Kunstmuseums in Schwaan, das ausdrucksstarke Landschaften der Künstlerkolonie Schwaan im 19. und 20. Jahrhundert zeigt. Diese Künstlerkolonie wird oft als Worpsswede von Mecklenburg bezeichnet. Die Besichtigung des Bernsteinmuseums in Ribnitz-Damgarten rundet das Programm ab. Weitere Informationen und Anmeldung: Agata Kern, Kulturreferent am Ostpreußischen Landesmuseum; Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg; Telefon (04131) 7599515; E-Mail: a.kern@ol-ig.de



Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Waltraut Grimm mit einem Kurzreferat in die Geschichte Eckernfördes eingeführt, sodass wir nicht ganz unvorbereitet waren. Das Heimatmuseum, unser Hauptziel, empfing uns mit einer liebevoll gestalteten Darstellung der regionalen Historie, mit angemessener Detailkunde ergänzt, durch unsere Führerin Martha. Aber auch der eine oder die andere von uns konnte aus eigenem Erleben etwas beitragen und bei manchen Exponaten gab es ein Aha-Erlebnis in Erinnerung an die eigene Jugend. Da so viel Wissensaufnahme Appetit macht und die Beine müde wurden, kam die anschließende Kaffeestunde im Kaffeehaus Heldt gerade recht, bevor wir uns wieder auf den Heimweg machten.

Michael Weber

Zeit nehmen, die Landschaft zu genießen.

Grundlegend obliegt die Anreise jedem Teilnehmer selbst. Für eine Vernetzung der Teilnehmer zur gemeinsamen Anreise stellen wir uns gerne zur Verfügung. Kinder werden im Programm berücksichtigt.

Organisatorische Hinweise: Altersschwerpunkt: Junger Altersschwerpunkt (16-35 Jahre) Einzelne Teilnehmer der mittleren Generation auf Anfrage zum Selbstkostenpreis.

Anmeldeschluss: 25. Juni, die Zahl der Plätze ist begrenzt. Anmeldung/Auskunft: kontakt@junge-ostpreussen.de

Veranstalter: Bund Junges Ostpreußen i.d. LO, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Beginn: 25. Juli, bei individueller Anreise, Ende: 31. Juli, gemeinsame Abreise.

Unterkunft: Zeltlager auf privaten oder gewerblichen Grundstücken.

Mitzubringen: Zelt, Isomatte, Schlafsack, Badesachen, Geschirr, Tasse, Sonnen- und Mückenschutz, sportliche und wetterfeste Kleidung, festes Schuhwerk, Personalausweis, Taschenlampe, wer hat: Musikinstrumente, Liederbücher, Kulturbeiträge zu Ostpreußen, Marschkompaß.

Unkostenbeitrag: Berufstätige Teilnehmer aus der Bundesrepublik: für BJO-Mitglieder: 200€, für Nichtmitglieder: 300€. Schüler, Studenten, Erwerbslose: für BJO-Mitglieder: 170€, für Nichtmitglieder: 230€. Wohnhaft in Ost- und Westpreußen, Heimatverbliebene: für BJO-Mitglieder: 80€

(380PLN), für Nicht-Mitglieder: 100€ (475PLN)

Eltern dürfen gerne ihre Kinder mitbringen und müssen für kleine Kinder keinen Zusatzbeitrag zahlen.

Der Unkostenbeitrag ist bis zum 1. Juli unter dem Stichwort „Sommerfahrt 2024“ auf das Konto des BJO zu überweisen. Andernfalls fällt der Platz an die Warteliste.

Verpflegung: Zwei einfache Mahlzeiten am Tag sind im Beitrag inbegriffen.

Haftung: Der Veranstalter übernimmt keine Haftung für Personen- und Sachschäden bei der An- und Rückreise und während der Veranstaltung. Minderjährige benötigen eine schriftliche Erlaubnis der Eltern.

Anreise: Bitte teilt uns mit, von wo ihr anreist und wer noch Plätze im PKW frei hat, um ggf. Fahrgemeinschaften bilden zu können.

PAZ-Abo vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen - Termine 2024

- 22. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Heilsberg
20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal (gT)
2. November: Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V. in Wuppertal (gT)



Historische Postkarte aus Treuburg Liebchensruh mit Blick auf das Gästehaus „Masurenhof“ am Treuburger See 1938 - 1944. Auf der nächsten Seite ist eine Nahaufnahme des Gästehauses

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Bund Junges Ostpreußen

Vorsitzender: Ingrun Renker
Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

Ostpreußen erleben! - 25. bis 31. Juli

Liebe Freunde, auch im Jahr 2024 wollen wir uns gemeinsam in Ostpreußen treffen.

Wir reisen gemeinsam durch das südliche Ostpreußen rund um Allenstein. Auf der Reise werden wir unter anderem alte Burgen besichtigen, alte deutsche Städte wie Allenstein erkunden und uns die

Zusendungen für die Ausgabe 25/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 25/2024 (Erstverkaufstag 21. Juni) bis spätestens Dienstag, den 11. Juni, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Vertretung

Bis einschließlich Ausgabe 25 (Erstverkaufstag 21. Juni) wird Frau Rinser-Schurt durch Frau Renker vertreten. Bitte senden Sie in dieser Zeit Ihre Texte an: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Rätsel

Large crossword puzzle grid with various clues in German. Includes a small 4x4 grid at the top left and a 10x10 grid at the bottom left.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with numbers 1-9 in some cells and empty cells for solving.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonal crossword puzzle grid with numbers 1-6 in some cells.

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Tiere. 1 Gewinn, Ausbeute 2 zum Verzehr geeignet 3 Vollversammlung 4 verwirrt, unerschlossen 5 Finkenvogel 6 sportlicher Freizeitspaß

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für „mit überzeugenden Argumenten stützen“.

Diagram for the 'Kreiskette' puzzle showing a path of numbers 1-5 in a circular arrangement.

Heimatkreisgemeinschaften



Historische Postkarte aus Treuburg Liebchensruh, Gästehaus „Masurenhof“ am Treuburger See 1938 - 1944. Auf der linken Seite ist ein Foto vom Treuburger See mit Ausblick auf das Gästehaus

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, E-Mail: kreisvertreter@kreis-gerdauen.de, Internet: www.kreis-gerdauen.de

fens wird derzeit erarbeitet und rechtzeitig an dieser Stelle, in unserem Heimatbrief und auf unserer Internetseite unter www.kreisgerdauen.de veröffentlicht.
Walter Mogk, Kreisvertreter

Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Anlässlich des Ostpreußentreffens in Wolfsburg, haben wir eine Mitgliederversammlung durchgeführt. In dieser Versammlung haben die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Lötzen e.V. zwei neue Vorstandsmitglieder gewählt, die den Vorstand komplettieren. Es sind Herr Michael Dirk Hölzner aus Petershagen bei Berlin und Herr Hans Joachim Weis aus Wernigerode. In der nächsten Vorstandssitzung werden die beiden Herren vorgestellt und mit Aufgaben betraut.

Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, Telefon (06772) 9699799, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck, Telefon (02043) 9824112, E-Mail: k.kalinski@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

In diesem Jahr finden satzungsgemäß die Wahlen zum Kreistag statt. Wer Interesse hat, sich als Vertreter oder Vertreterin eines Landbezirks, einer Stadt oder als

sachkundiges Mitglied zur Wahl zu stellen, melde sich bitte beim 1. Vorsitzenden Marc Plessa (m.plessa@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de). Die Wahlzettel werden über den Heimatboten verteilt. Es besteht auch die Möglichkeit, auf dem Hauptkreistreffen zu wählen.

Dieses findet wie gewohnt am dritten Sonntag im September statt, also am 15. September im Kulturzentrum der Stadt Herne. Der Saal ist ab 9 Uhr geöffnet, die Feierstunde beginnt um 11:30 Uhr.

**Die PAZ
zum Probelesen
Vier Wochen gratis
Telefon (040) 41400842**



Ostpreußisches Landesmuseum

Noch bis 13. Oktober 2024 **Kant 300. Ein Leben in Königsberg.** Pünktlich zur 300. Wiederkehr seines Geburtstags widmet das Ostpreußische Landesmuseum dem Philosophen Immanuel Kant eine **Sonderausstellung.**

Kant ist der größte deutsche Aufklärer und eine zentrale Figur der europäischen Moderne. Diese berühmte Persönlichkeit wird in einer einprägsamen Inszenierung vorgestellt. Zu sehen sind einzigartige, zum Teil noch nie öffentlich gezeigte Originalobjekte: Haare von Kant, sein Spazierstock, zahlreiche Ölgemälde, das „Kant-Glas“ mit persönlichen Gravuren und vieles mehr, Kurioses wie Erhellendes. Im Mittelpunkt der Ausstellung steht die Person Kants, nicht seine Philosophie. Wie wurde aus dem Handwerkersohn ein Gelehrter? Warum spielte Kant Billard? Wer waren seine Freunde? Fast sein gesamtes Leben verbrachte Immanuel Kant in seiner Heimatstadt Königsberg. Virtual Reality-Stationen lassen das historische Königsberg aus der Zeit Kants in 3D wieder auferstehen und bieten spielerische Zugänge zu seinen Ideen.

ANZEIGE

Landkarte Ostpreußen als Schreibunterlage

Schreibunterlage mit Landkarte Ostpreußen und geschichtlichem Abriss
Format: 65 x 45 cm
Ausführung: alle Ecken gerundet, ringsum randgeschweift

Bestellung: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstr. 4, 22087 Hamburg
Tel. 040/41 40 08 0
selke@ostpreussen.de

29,95 € inkl. Versand

Bund der Vertriebenen Hessen

Über Heimat(en) und Identität(en)

Einladung zum Kulturabend des hessischen Bundes der Vertriebenen (BdV) am 29. Juni in Wiesbaden

Im Rahmen seiner diesjährigen Kulturtagung unter dem Titel „Von Heimat(en) und Identität(en) - (Spät-) Aussiedler aus den postsowjetischen Staaten, aus Polen und aus Rumänien“ lädt der BdV-Landesverband Hessen am 29. Juni zum Kulturabend ein. Die drei Kulturschaffenden Helena Goldt, Matthias Nawrat und Thomas Perle begeben sich ab 19:30 Uhr im Theater im Pariser Hof in Wiesbaden auf eine literarische und musikalische Spurensuche über Heimat(en) und Identität(en). Die Veranstaltung, die vom Hessischen Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz gefördert wird, findet in Kooperation mit dem Ober-

schlesischen Landesmuseum (OSLM) und der Interessengemeinschaft der Deutschen aus Russland in Hessen (IDRH) statt.

Wann: Samstag, 29. Juni, 19:30 Uhr

Wo: Theater im Pariser Hof, Spiegelgasse 9, Wiesbaden
Eintritt: 8,00 Euro, Abendkasse

Programm

Heimatklänge aus der Ferne - Konzert mit Helena Goldt
Die diplomierte klassische Sängerin und Botschafterin der russlanddeutschen Kultur präsentiert Lieder, die sie mit Heimat verbindet, und entführt das Publikum gleichzeitig in die musikalische Welt der 1990er-Jahre – der Zeit des Ankommens in der „neuen“ Heimat.

Über allem ein weiter Himmel - Lesung mit Matthias Nawrat
Der Autor mit oberschlesischen

Wurzeln nimmt das Publikum mit auf eine Reise zwischen Opole und Berlin und in eine globalisierte Gegenwart. Eine literarische Spurensuche zwischen geografischen und kulturellen Räumen, eine Kompilation aus Gedicht, Tagebucheintrag und Essay.

wollen helfen bei den blühenden Landschaften, herr Kohl. - Lesung mit Thomas Perle

Der Autor und Dramatiker mit rumäniendeutschen Wurzeln „über ein Übergangsleben. über das ankommen. über deutschland in den neunziger Jahren.“

Im Anschluss findet eine Podiumsdiskussion über Erinnerungskultur und postmigrantisches Perspektiven statt.



Deutsches Kulturforum östliches Europa

Filmpremiere - **Mit Kunst zu Kant. Ein Film von Anke Kältür** Dienstag, 18. Juni 2024, 17:30 Uhr, Programmkino »Gondel«, Schwachhauser Heerstr. 207, 28211 Bremen Eintritt frei

2024 wird weltweit an den 300. Geburtstag des Königsberger Philosophen Immanuel Kant (1724-1804) erinnert. Im Film „Mit Kunst zu Kant“ wählt Regisseurin Anke Kältür einen ungewöhnlichen und ganz persönlichen Zugang zu Kant und seinem Werk: Sie besucht internationale Künstlerinnen und Künstler in ihren Ateliers oder lässt sich ihre Werke in der Ausstellung der Bundeskunsthalle zum Kant-Jubiläum von Kuratorin Agnieszka Lulinska zeigen. Dabei geht sie der Frage nach, warum die Künstlerinnen und Künstler sich in ihren Gemälden, Zeichnungen, Installationen, Programmen oder Performances mit Kant beschäftigen. Was hat sie jeweils fasziniert –

seine Person, ein bestimmtes Werk wie die Kritik der reinen Vernunft oder die Schrift „Zum ewigen Frieden?“

Vorgestellt werden Werke von Leo Katunarić Kadele, Zagreb/Kroatien, Werner Horvath, Linz/Österreich, Philipp Goldbach, Köln, Ralf Peters, Köln, Alevtina Kakhidze, Kyiv/Ukraine, und Anselm Kiefer, Paris. Die große Aktualität für unsere heutige Zeit und das vielfältige Spektrum von Kants Themen macht auch der Philosoph Marcus Willaschek in seinen Ausführungen über Kants Philosophie deutlich.

Ein Film, der neugierig macht, mehr über moderne Kunst und den Philosophen Kant zu erfahren!

Die Premiere findet als Kooperation mit der Wittheit zu Bremen, der wissenschaftlichen Gesellschaft der Freien Hansestadt Bremen, in Anwesenheit des Filmteams und von Mitwirkenden

den statt. Es moderiert Barbara Lison (Bremen).

Der Film entstand im Auftrag des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte des östlichen Europa (BKGE) und des Vereins Freunde Kants und Königsbergs e.V., in Kooperation mit dem Deutschen Kulturforum östliches Europa (im Rahmen des **Jahresthemas 2024 Kant und Königsberg**) und mit freundlicher Unterstützung der Karin und Uwe Hollweg-Stiftung. Projektkoordination: Maria Luft (BKGE), auf der Basis des Projekts „Immanuel Kant in Werken der modernen Kunst“ von Matthias Weber und der Publikation Immanuel Kant 1724 – 2024. Ein europäischer Denker

Ab dem 19. Juni 2024 ist der Film auch auf dem YouTube-Kanal des Kulturforums abrufbar. Eine weitere Präsentation findet am 27. Oktober 2024 um 11 Uhr im Bundesplatzkino Berlin statt.

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

ALPINISTIK

Ein Schornsteinfeger in den Bergen

Fritz Eskes Tod in der Eiger-Nordwand beendete auch die Förderung des Bergsports in der DDR

VON WOLFGANG KAUFMANN

Als der Landwirtssohn Fritz Eske am 19. Mai 1935 in dem kleinen ostpreußischen Dorf Jodszunen unweit von Gumbinnen das Licht der Welt erblickte, ahnte niemand, dass er 30 Jahre später zu den besten Bergsteigern der Welt zählen würde.

Zum Kriegsende verschlug es seine Familie nach Meißen bei Dresden, wo Eske den Schornsteinfegerberuf erlernte und als Turner erste sportliche Lorbeeren erntete. Dann begann er 1953 mit dem Klettern in der Sächsischen Schweiz. Drei Jahre darauf tat Eske das, was damals auch rund 80 Prozent der anderen Bergenthusiasten in der jungen DDR taten: Er wechselte in die Bundesrepublik, um leichteren Zugang zu den Alpen und weiteren Hochgebirgen der Welt zu haben. Allerdings hielt es Eske nur einige Monate im Westen, dann kehrte er in die DDR zurück. Dort wurde ihm wenig später eine Leitungsposition im Deutschen Verband für Wandern, Bergsteigen und Orientierungslauf (DWBO) übertragen. Anschließend machte Eske durch äußerst schwierige Neutouren in der Sächsischen und Böhmisches Schweiz von sich reden. Dazu gehörten der Herbstweg am Freien Turm, die Nischenkante am Heringstein, der Dresdner Weg am Kastenturm und die Königshangel am Frienstein.

Ergündete schwierige Neutouren

Letzterer Aufstieg schien nachgerade unmöglich. Deshalb hatten andere Anwärter es vorher mit unkonventionellen Methoden wie einer menschlichen Pyramide aus „Kunstkraftsportlern“ versucht, die den Vorsteiger in die Höhe heben sollte. Eske, dessen Energie legendär war, überwand die stark überhängende Hangelrippe am 12. August 1965 ohne derartige Tricks. Damit eröffnete er die erste Route im neun-



Lebensgefährlich: Bergsteigen an der Eiger-Nordwand

Foto: Adha65

ten Grad im Elbsandsteingebirge, die erst 17 Jahre später von der sächsischen Bergsportlegende Bernd Arnold wiederholt wurde.

Als er die Königshangel bezwang, war Eske bereits Meister des Sports und zum Vorsitzenden der Zentralen Fachkommission Alpinistik des DWBO avanciert. Außerdem gehörte er der Nationalmannschaft Alpinistik der DDR an, was den bisherigen Schornsteinfegermeister quasi zum Profisportler machte. Dass sich die finanziell schwach aufgestellte DDR eine eigene Nationalmannschaft fürs Bergsteigen leistete, resultierte aus einem Brief an

Staats- und Parteichef Walter Ulbricht vom 13. Februar 1960. Darin hatten Eske und andere Spitzenkletterer wie Herbert Richter gefragt, warum die Bergsportler der DDR keine Möglichkeit hätten, ihr sozialistisches Heimatland durch international bedeutsame Erfolge zu repräsentieren.

Die Ziele der Nationalmannschaft waren von Anfang an hoch gesteckt: Bis 1972 sollten in allen Hochgebirgen der Erde schwere Touren durchgeführt werden. Den Anfang machten Besteigungen im zur Sowjetunion gehörenden Kaukasus und den Julischen Alpen in Jugoslawien. Eske nahm an den meisten wichtigen Unter-

nehmungen teil. Dazu gehörten Winterbegehungen der mächtigen Nordwände des Triglav, Spik und Travnik, welche die Bergsteigerszene stark beeindruckten.

Die drei großen Probleme der Alpen

Dem folgte im Sommer 1967 der nächste Paukenschlag: Gemeinsam mit Günther Kalkbrenner aus Dresden, Günter Warmuth aus Heidenau und Kurt Richter aus Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) kämpfte sich Eske am 15. und 16. Juli 1967 die 1200 Meter hohe, seinerzeit zu den „drei großen Problemen der Alpen“ zählende Nordwand des Matterhorns hinauf. Danach

fühlten sich die Vier auch für die noch berühmtere Eiger-Nordwand in den Berner Alpen gerüstet.

Während der Trainer der Nationalmannschaft Karl Däweritz und der Ersatzmann Helfried Hering im Tal zurückblieben, stieg die Gruppe um Eske am 21. Juli 1967 in die 1800 Meter hohe sogenannte „Mordwand“ ein. Diese war erstmals im Juli 1938 von einer altreichsdeutsch-österreichischen Seilschaft nach mehreren tragischen Unfällen mit neun Toten bezwungen worden. Und nun sollte sie auch den vier DDR-Spitzenbergsteigern zum Verhängnis werden. Bei schönstem Wetter erreichte das Quartett den sogenannten Schwierigen Riß im unteren Wanddrittel. Dann zogen Wolken auf, sodass Däweritz und Hering den Sichtkontakt verloren. Abends suchten die beiden in der Wand nach ihren Kameraden, wurden aber nicht fündig. Am nächsten Tag mussten sie erfahren, dass andere Bergsteiger drei Tote am Zerschundenen Pfeiler entdeckten hatten – dabei handelte es sich um Eske, Richter und Warmuth. Kalkbrenner blieb zunächst verschollen, bis tschechische Alpinisten zehn Tage später auch auf seine Leiche stießen.

Der offiziellen DDR-Version zufolge kamen die Mitglieder der Nationalmannschaft des „Arbeiter-und-Bauern-Staates“ durch den für die Eiger-Nordwand typischen Steinschlag ums Leben. Dahingegen vermutete Hering, dass sich ein Sicherungshaken gelöst hatte, an dem alle vier hingen. Auf jeden Fall geriet das Unglück zur Zäsur für das DDR-Bergsteigen: Weitere Unternehmungen in den Alpen wurden sofort abgeblasen und am 19. März 1969 beschlossen das Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die Führung des Deutschen Turn- und Sportbundes der DDR ganz offiziell, nur noch solche Sportarten zu fördern, in denen olympische Medaillen winkten.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Schiffbruch mit dem Rettungsboot der „Gustloff“?

Die Förderung wird von der Republik Polen auf die Bundesrepublik Deutschland umgeleitet – wem fällt das auf?

Im Zeichen des 2026 anstehenden 35. Jubiläums der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags soll die Bundesregierung die Ausarbeitung eines neuen Vertragswerks mit Polen nach dem Vorbild des Aachener Vertrages zwischen Deutschland und Frankreich prüfen. Das hatten Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer und sein brandenburgischer Amtskollege Dietmar Woidke am 30. April in Boxberg in der Niederschlesischen Oberlausitz beschlossen – die übrigen vier Ostbundesländer beschlossen, dieser Initiative beizutreten. Insbesondere bei Jugendbegegnungen sei eine Erhöhung des Beitrages an das Deutsch-Polnische Jugendwerk anzustreben. Ebenfalls solle der Bundesrat die Bundesregierung bitten, ein deutsch-polnisches Haus umzusetzen.

Mit der Unterstützung dürfte Kretschmer auf den „Transferraum Heimat“ abgezielt haben, der vom CDU-Parteifreund Frank Hirche nur 25 Kilometer westlich von Boxberg geführt wird und dessen nun erweiterte Räumlichkeiten am 8. Juni eingeweiht wurden. Das Areal, auf dem auch der BdV-Landesverband mit seinem Vorsitzendem Hirche seinen Sitz hat, ergänzt das Gelände der riesigen alten Brikettfabrik. Genau einen Tag vor den Europa- und Kommunalwahlen waren zahlreiche Busse mit Vertriebenengruppen angereist.

Zum Geschehen waren BdV-Präsident Bernd Fabritius und von den Deutschen aus Polen deren Chef Rafał Bartek sowie sein Vorgänger und nunmehriger Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) im Volksgruppenverband „Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten“ (FUEN), Bernard Gaida, angereist. Während den Deutschen in der Republik Polen über die Jahre nach und nach institutionelle Förderungen aus der Bundesrepublik beschnitten und auf Projektförderungen umgestellt wurde, und auch hier in Knappenrode institutionelle Hilfe in der Bundesrepublik aufgebaut wird, durfte Bartek im Festzelt neben dem „Transferraum Heimat“ für den Verband der Deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) und den Chrosntauer Bildungsverein „WUNDER“ 2000 Euro im Rahmen des Zukunftserbepreises 2024 aus den Händen des Ministerpräsidenten entgegennehmen.

Der „Transferraum Heimat“ beeindruckt industriearchitektonisch – so ragt aus ihm ein gedeckter Güterwagen der Bauart Oppeln nach außen über. Mit diesem weitverbreiteten Reichsbahnwagen haben Millionen Ostdeutsche ihre Vertreibung in den Westen erlebt. Während im 80 Kilometer entfernten Görlitz das Schlesische Museum das Kulturerbe eher durch

Schaustücke und für die wissenschaftliche Forschung präsentiert und viele Touristen anzieht, setzt Knappenrode auf den von Woidke und Kretschmer betonten Aspekt der Jugendarbeit. Hirche erläuterte bei der Einweihung, dass auch die Deutschen aus Polen problemlos zu Begegnungen nach Knappenrode eingeladen sind. Schwierig stelle sich jedoch dar, schon Lehrer aus der

Lausitz von der Relevanz der ostdeutschen Kulturarbeit zu überzeugen, damit diese mit ihren Klassen zu Projekten kommen. Ein besonderer Clou sei, dass zum Abschluss von Begegnungen Jugendliche mit einem Rettungsboot der „Wilhelm Gustloff“ über den aus der Tagebaumstrukturierung geschaffenen Geierswalder See schippern können. Zwei Ärgernisse konnte

wohl auch Hirche nicht verhindern. Der die Vertreibung verharmlosende Begriff „Transfer“-Raum geht auf den Vorschlag der polnischen Kuratorin Julita Izabela Zapucka zurück, die sonst eigentlich Gespür für Feinheiten des Wortes hat und als Museumsdirektorin in Hirschberg im Riesengebirge auch schon einmal mit Dankesworten in niederschlesischer Mundart überrascht. Neben zahlreichem Interieur darf in Knappenrode aber auch das politische Narrativ der Migration fröhliche Urständ feiern und scheint der notwendige Kotau zu sein, damit Politik und Lehrer sich diesen Fragen überhaupt zuwenden. Auf einer Bank sitzen zwei Frauenpuppen – eine oberschlesische Trachtlerin und neben ihr eine schwarzafrikanische Migrantin mit Säugling, die den Zuzug heute in eine Beziehungslinie mit Vertreibung setzt. Auf einem Monitor läuft daneben eine Einblendung „Flucht gestern – Flucht heute“. Links ein polnischer Vertreibungsbefehl in deutscher Sprache – rechts ein Foto von politischen und/oder Wirtschaftsmigranten im Fluchtboot Marke Eigenbau.

Der russlanddeutsche Chor aus Leipzig, der Krappitzer Chor aus Oberschlesien und die vielen anwesenden deutschen Vertiebenen freuten sich, dass die Politik ihre Existenz wahrnimmt und reisten zufrieden ab. Till Scholtz-Knobloch



Warten auf den Ministerpräsidenten: Lausitzer Trachtenmädchen

FOTO: SCHOLTZ-KNOBLOCH

RELIGION

Friedliche Mission vor 900 Jahren

Von Bayern in das „Land am Meer“ – Bischof Otto von Bambergs erste Pilgerreise nach Pommern

VON OLIVER HENCKE

Wenn man alten Überlieferungen glauben mag, steuerten im August 1124 drei Schiffe eines Wolliner Kaufmanns Stettin an, die das Leben mit ihrer Ankunft maßgeblich verändern sollten – denn auf ihnen reiste der heute als Pommernapostel bekannte Otto von Bamberg mit 18 priesterlichen Begleitern aus Franken. Er ist dem Ruf Boleslaw III. gefolgt. So war er denn von Pyritz über Cammin und Julin (Wollin) dem wichtigsten Handelsplatz des Landes zugestrebte, denn die Juliner hatten ihm erklärt, dass sie nur dem Beispiel der ältesten und angesehensten Stadt Stettin, einer Siedlung von vielleicht 6000 dort lebenden Wenden, folgen wollten.

Gemeinsam mit dem Burggrafen Paulitz soll er also vor den Rat gezogen sein, um seine Absichten vorzustellen. Jedoch hielt sich deren Interesse an der christlichen Missionierung des Bamberger Bischofs von Anfang an im Zaum. Aber sie ließen ihn gewähren, wohl wissend, dass er kaum auf offene Ohren stoßen würde.

Erfolg blieb zunächst aus

Zwar erregten die Fremden in ihren Messgewändern in den nun folgenden Tagen und Wochen auf dem Markt die Aufmerksamkeit der Einwohner, doch ein Erfolg war ihnen dennoch nicht beschieden. Dies änderte sich erst, als der Bischof Paulitz zu Boleslaw entsenden wollte, um anzufragen, ob er noch länger in der trotzigen Stadt verharren sollte. Erschrocken wollten nun auch die Stettiner Gesandte schicken. Bevor diese jedoch von Boleslaw zurückkehrten, ließen sich nun zwei Söhne des reichen Stettiners Domizlaff er-



Relief über dem Portal der Wartislaw-Gedächtniskirche in Stolpe an der Peene: Jesus Christus legt Wartislaw I. die Hand auf das Haupt, Bischof Otto von Bamberg präsentiert das Modell der Kirche

weichen. Sie wurden ohne Wissen der Eltern getauft.

Als ihre Mutter, eine aus einem Land mit christlichem Glauben entführte Frau, nun davon hörte, soll sie bestürzt zum Bischof geeilt sein. Zu seinen Füßen fand sie die beiden Söhne in neuen Gewändern vor, und ihre Erinnerung an Heimat und Glauben sollen sie dazu gebracht haben, dem Beispiele der beiden Kinder zu folgen. Ebenso erging es dem zunächst entristeten Vater, der sich jedoch schon bald mit 500 zu seinem Hausstand gehörenden Leuten dem Christentum zuwandte. Sie alle ließen sich taufen.

Die Kunde eilte nun rasch durch Stettin und veranlasste den Oberpriester Triglaffs, ein heidnischer Götze, eine Zusammenkunft anzuberaumen. Zum gleichen Zeitpunkt sollen auch die Stettiner Gesandten und Paulitz eingetroffen sein. Letzterer verlas einen lateinisch abgefassten Brief von Boleslaw, der den Stettinern Mord, Brand und Feindschaft schwor, wenn sie sich nicht dem Christentum zuwenden würden. Ließen sie sich aber taufen, versprach er ihnen Frieden, Schutz und Beistand.

Damit gab es auch bei den Stettinern einen Meinungsumschwung. Der Göt-

zenpriester musste die Versammlung verlassen und Otto von Bamberg wurde hinzugeholt. Dieser rüste sich mit seinen Getreuen durch Messe und Abendmahl, um dann die vier Götzentempel – in Stettin „Gontinen“ genannt – zu zerstören.

Nachdem das Volk sah, dass niemand die Christen strafte, als sie alles abbrachen, schritten sie dann zum Bau zweier Kirchen. Die eine, die sich innerhalb der Stadt befand, weihten sie dem heiligen Adalbert. Die andere Kirche, die sich am Fuße des Burgwalls befand, wurde den Apostelfürsten Petrus und Paulus geweiht. 900 Familien sollen in diesem Zuge für das Christentum gewonnen worden sein.

Schwieriger Umschwung

Doch entsagten die Stettiner noch einmal dem Glauben, da sie sich mehr aus Angst vor den Polen hatten taufen lassen. Erst die Rückkehr Otto von Bambergs nach Stettin mit Unterstützung des Pommernherzogs Wartislaw im Jahre 1128 sorgte erneut für einen Umschwung. Furchtlos stellte er sich wieder den durch Götzenpriester aufgebrauchten Stettinern entgegen, zerstörte einen zwischenzeitlich errichteten Götzenaltar, bewahrte aber seine Gegner auch vor den ebenfalls in Wut gebrauchten Christen unter den Stettinern.

Der Rat der Stadt hatte indessen den erneuten Übertritt zum Christentum beschlossen, der am Folgetag mit einer Messe und der Aufnahme der Heiden in die Kirche begangen wurde. Der neue Glaube war, ohne einen Tropfen Blut zu vergießen, nun endgültig und im Frieden angenommen worden. Zu den Wenden wanderten auch die Deutschen ein und schrieben nun gemeinsam die Geschichte vom „Land am Meer“.

KOMMUNALWAHLEN

Von Bürgern, Parteien und Unmut

Wahlen in Vorpommern bestätigten, was lange „in der Luft“ lag – Bündnisse allerorten bestimmten die Wahl

Am Sonntag wurde in Vorpommern gewählt – nicht nur das Europäische Parlament, sondern auch Kreistage, Städte- und Gemeindevertretung sowie Bürgermeister standen zur Wahl. Schon Wochen zuvor gab es dabei ungewöhnliche Entwicklungen, für die vor allem die etablierten Parteien sorgten.

So erklärte beispielsweise der Staatssekretär für Vorpommern, Heiko Miraf, seine Kandidatur auf der SPD-Liste für den Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen. Ob es sich, vorausgesetzt er erhält ein entsprechendes Mandat vom Wähler, um einen Interessenkonflikt handelt, bleibt abzuwarten. Es verdeutlicht aber in jedem Fall, dass es den Sozialdemokraten in Vorpommern an Bindekraft und Persönlichkeiten zu fehlen scheint.

Probleme der Etablierten

Auch die Schwäche der CDU, die in den ersten beiden Jahrzehnten nach 1989 die politische Landschaft Vorpommerns prägte, zeigt sich an ihren Mitgliedern. Beispiel Rügen: Hier wunderte ein Parteimitglied aus Lohme, welches sowohl für das Bürgermeisteramt als auch für die Gemeindevertretung kandidierte und sich noch vor der Wahl mit einem Rundbrief an die Bürger wandte. In diesem rief er zur Wahl der mit der CDU konkurrierenden Wählergemeinschaft „Bewahrt Lohme!“ auf. Zuvor hatte die eigene Ortsgruppe versucht, seine Kandidatur zu ver-

hindern. Als dies nicht möglich war, ließen die Parteifreunde ihre Mitgliedschaften ruhen und gründeten eine eigene Wählerinitiative.

Überhaupt die CDU! Während man in Garz, der ältesten Stadt der Insel Rügen, in der vergangenen Wahlperiode die eigenen Sympathisanten verlor, die nun mit einer eigenen Wählergruppe bei dieser Wahl in Konkurrenz zur CDU angetreten war, konnte die CDU-Ortsgruppe des Ostseebades Binz nicht widerstehen, die Wahlwerbung der Wählergemeinschaft „Bürger für Binz“ einem eigenen „Faktencheck“ zu unterziehen.

Bevormundung kritisiert

Die Bürger haben sich in vielen Städten und Gemeinden formiert. Sie nennen sich selbstbewusst „Gemeinsam für ...“ oder „Bürger für ...“ und „Bündnis für ...“. Auslöser war übrigens oft der Unmut über die Politik, welche in den vergangenen Jahren „über die Köpfe der Bürger hinweg“ entschieden habe. In Beggerow bei Demmin ging es „gegen Windräder“, auf Rügen „gegen ein LNG-Terminal“ (wir berichteten). Der Unmut war also schon vor der Wahl spürbar – nun mobilisierte er.

Messbar war das in der Wahlbeteiligung zwischen 61,4 Prozent (Vorpommern-Rügen) und 64,4 Prozent (Vorpommern-Greifswald) und in den Stimmengewichtungen. In beiden pommerschen Kreistagen werden nun nach der Wahl am

vergangenen Sonntag die CDU (mit 28,8 beziehungsweise 23,9 Prozent) und die AfD (25,8 Prozent beziehungsweise 29,6 Prozent) den politischen Diskurs bestimmen. SPD, Linke und Grüne können dem nichts entgegensetzen.

Das Wahlergebnis der Linken hat sich im Vergleich zur letzten Wahl im Landkreis Vorpommern-Rügen von 16,3 Prozent auf etwa 9,4 Prozent fast halbiert. So jedenfalls der Stand der Auszählung am 10. Juni um 3.07 Uhr. Zu diesem Zeitpunkt fehlte in beiden pommerschen Landkreisen noch je das Ergebnis eines Wahlbezirks (Quelle: wahlen.mvnet.de).

Basis fehlt

Allerdings können auch die Wahlergebnisse auf der Kreistageebene nicht darüber hinwegtäuschen, dass es den Parteien in den Gemeinde- und Stadtvertretungen an Zustimmung fehlt. Allen Parteien ist gemein, dass es ihnen an einer Basis auf der unteren Ebene fehlt, was auch die Landes- und Bundespolitik besser erklärt. Auf kommunaler Ebene stehen alle Parteien mit den Bürgern und deren Wählergemeinschaften in direkter Konkurrenz.

Zur Realität gehört auch, dass die Parteien in einigen Gemeinden längst keine eigenen Kandidaten mehr aufstellen können, das gelingt eher in den Städten. Dazu kommt, dass die Bürger wiederum mit ihren Initiativen längst auch erste Mandate in den beiden Kreistagen erringen – wie

die „Bürger für Vorpommern-Rügen“ oder die „Bürger für Stralsund“. Letztere hatten in der vergangenen Wahlperiode Großdemonstrationen auf dem Alten Markt von Stralsund veranstaltet, zu denen Tausende von der Insel Rügen und dem pommerschen Festland strömten. Die Mobilisierung war für Wählergruppen ungewöhnlich, die überregionale Bekanntheit ist gegeben.

Schlangen vor Wahllokalen

So wunderte es nicht, dass sich an diesem Sonntag schon früh Schlangen vor Wahllokalen bildeten. Bis zu 45 Minuten in Greifswald oder 60 Minuten in Binz mussten die Wähler zur Wahl anstehen.

In Waase auf der Insel Ummanz gingen sogar die Wahlzettel aus. Einige Wähler gaben entnervt auf und machten sich auf den Heimweg.

Erbitterter Kampf in Sassnitz

Mit viel Spannung wurde das Ergebnis der Stadtvertretung in Sassnitz auf Rügen erwartet. Die Stadt kam durch die Auseinandersetzung um einen LNG-Standort im Ortsteil Mukran bundesweit in die Schlagzeilen. Der Schlagabtausch war erbittert. Zwei Bürgerbegehren wurden durch CDU und SPD verhindert. Die Initiatoren des Bürgerentscheides sind zwischenzeitlich vor Gericht gezogen, Vertreter beider Parteien wurden im Wahlkampf auf Flugblättern für „unwählbar“ erklärt.

MELDUNGEN

Entdeckerzoo, Baltops 24 und Villa Lentz

Stettin – Am 8. Juni wurde ab 11 Uhr zu einem Kultur-Brunch in den Garten der Villa Lentz geladen. Schauspieler Konrad Pawicki schlüpfte dazu in die Rolle des Gastgebers August Lentz. Musikalisch untermalt von einem Streichquartett war der Tag dem Gründer des Stettiner Musiktheaters Jacek Niezyczowski gewidmet. TS

Grimmen – Der 1957 angelegte Tierpark soll umgebaut werden. Mit einer Investition von zehn Millionen Euro soll ein Entdeckerzoo entstehen, in dem vor allem heimische Tiere den Schwerpunkt bilden. Investiert wird unter anderem in ein Wirtschafts- sowie ein Eingangsgebäude. TS

Swinemünde – Wie jüngst bekannt wurde, sind etwa 50 Schiffe verschiedener Klassen, 45 Hubschrauber und Flugzeuge zur Operation „Baltops 24“ aufgebrochen. Treffpunkt der 12.000 Soldaten aus 20 NATO-Mitgliedsländern ist der Hafen Memel. TS

Pasewalk – Wie das Friedrich-Loeffler-Institut (Insel Riems) am 6. Juni mitteilte, wurde in einem Pasewalker Schweinemastbetrieb die Afrikanische Schweinepest festgestellt. Die Krankheit verläuft bei Wild- und Hauschweinen tödlich. Die 3500 Tiere der Mast werden getötet. TS

Köslin – Am 30. Juni findet der EMKA-Lauf statt, der über einen etwa 1000 Meter langen Hindernisparcours geht. Botschafterin der Veranstaltung ist Olympiasiegerin Małgorzata Holub-Kowalik, die 2018 und 2022 Staffelläuferin bei der EM feiern konnte. TS

Der „politische Flurschaden“, der hier im Zuge von LNG durch die Landes- und Bundespolitik bei SPD und CDU entstanden ist, lässt sich nun auch in Zahlen der Wahl zur Stadtvertretung messen – AfD: 23,9 Prozent, Bürger für Sassnitz 22,3 Prozent, dahinter abgeschlagen die SPD mit 13,8 Prozent und die CDU mit 12,6 Prozent, Alternative Freie Wählergemeinschaft 8,5 Prozent, Linke 5,9 Prozent, FDP 4,1 Prozent (Quelle: NDR, Stand: 10. Juni, um 5:37 Uhr).

Zündstoff LNG-Terminal

Dieses Ergebnis wird in den kommenden Tagen für Betrachtungen und Interpretationen sorgen. Abzuwarten bleibt, ob die Partei Alternative für Deutschland in der Lage sein wird, diesen massiven Protest gegen das Flüssiggas-Terminal auch in Sachpolitik umzusetzen. Zweifel daran sind nicht unberechtigt, weil in der vergangenen Wahlperiode die Fraktion der Partei zerfiel und die Mandatsausübung schließlich zum Erliegen kam.

Festzustellen ist aber auch: Es sind neue Mandatsträger, die an den LNG-Protesten beteiligt waren. Wenn nun ein Bürgerentscheid gegen das Flüssiggas-Terminal im Sassnitzer Hafen Mukran durch die neuen Mehrheiten in der Stadtvertretung zustande käme, wäre es letztlich das, wofür Tausende Bürger in Sassnitz gekämpft und auch ihre Unterschrift geleistet haben. *Torsten Seeger*

„Ein Bekenntnis zu unserer alten Heimat“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Wie immer bin ich mit Ihrer Zeitung sehr zufrieden und freue mich wöchentlich auf die neue Ausgabe“

Dr. Martin Diestelhorst,
Halle/Saale



Ausgabe Nr. 22

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

WERTSCHÄTZUNG FÜR KUJAT
ZU: „GEFAHR EINER SCHRITTWEISEN ESKALATION ZU EINEM DIREKTEN MILITÄRISCHEN KONFLIKT MIT RUSSLAND“ (NR. 22)

Wie bin ich vor einem Jahr auf die PAZ aufmerksam geworden? Es waren die Interviews, die der Chefredakteur René Nehring regelmäßig mit General a.D. Harald Kujat führte.

Durch die fundierten und nachvollziehbaren Aussagen des erfahrenen, ehemaligen Generalinspektors der Bundeswehr konnte man schon Ende August 2023 wissen, dass die große Offensive der ukrainischen Armee schrecklich und äußerst blutig, verlustreich gescheitert war. Bei ARD und ZDF sprach man aber noch Anfang Oktober von angeblich großen Erfolgen der ukrainischen Armee und Durchbrüchen durch die russischen Verteidigungslinien, die ganz unmittelbar bevorstünden.

Mein Vater (Jahrgang 1935) hörte nach den Bombennächten über Köln 1943/44 neben dem Reichsrundfunk immer auch den Schweizer Sender „Radio Beromünster“, was meine Oma immer in Angst versetzte, weil es ja laut Kriegsrecht verboten war. Was für meinen Vater damals im Krieg Radio Beromünster war, um an bessere Informationen zu kommen, ist für mich heute unter anderem die *Preußische Allgemeine Zeitung*.

Wie mein Vater (als neunjähriger Volksschüler) im Krieg damals, so habe auch ich im Krieg heute das große Vertrauen in die regierungsnahen Medien weitgehend verloren. Deshalb gilt mein besonderer Dank den Beiträgen und der Redaktion der PAZ, sowie Anerkennung und Wertschätzung für General a.D. Harald Kujat. *Ottfried Wallau, Siegburg*

ALLE WAREN BEGEISTERT
ZU: OSTPREUSSENTREFFEN (NR. 23)

Das Ostpreußentreffen war wieder sehr eindrucksvoll. Alles hatte gestimmt: der

feierliche Fahneneinzug, die Ansprachen, die vielen interessanten Stände, das gut organisierte schmackhafte Essen, die charmant vorgeführten Volkstänze, der begeisterte Chor aus Memel sowie der heimatliche Beitrag des Moderators Bernstein. Und überall Begegnung mit frohen, sich einander zugehörig fühlenden, lächelnden Gesichtern.

Wir waren mit sieben Frauen gekommen, darunter Nicht-Ostpreußinnen, die ganz begeistert waren. Danke allen Verantwortlichen und bis zum baldigen nächsten Treffen!

Rosemarie Sieglinde Winkler, Buchen

DAUERHAFT PERSPEKTIVE
ZU: OSTPREUSSENTREFFEN (NR. 23)

Auf dem diesjährigen Ostpreußentreffen konnte erneut ein eindrucksvolles Bekenntnis zu unserer alten Heimat abgelegt werden. Dass dies 80 Jahre nach Flucht und Vertreibung noch immer möglich ist, hat Dank und Anerkennung verdient, der all denjenigen gebührt, die zum Gelingen dieses Treffens der Landsmannschaft Ostpreußen beigetragen haben.

Für mich als Vertreter der Bekenntnisgeneration steht im Rückblick damit zugleich die Hoffnung, dass auch diese Großveranstaltungen unserer Landsmannschaft eine dauerhafte Perspektive haben und wir noch oft und zahlreich einen Einzug der Fahnstaffel der ostpreußischen Heimatkreise im Anschluss an das Glockengeläut des Königsberger Doms erleben werden.

Dr. Martin Wormit, Berlin

AFD AUF MEDIALEM SCHAFOTT
ZU: DIE AFD ZELEBRIERT AUF OFFENER BÜHNE IHRE POLITIKUNFÄHIGKEIT (NR. 22)

Schon die Überschrift erstaunt. Welche Bühne? Der AfD wird grundsätzlich keine Bühne geboten, und wenn, dann nur zum Talk sechs passend ausgewählter Gäste

gegen einen AfDler. Eine zweite Gegenstimme gibt es nicht.

Die Bühne, die Sie meinen, ist ein mediales Schafott, auf welches die AfD gezerrt wird wegen einzelner Ereignisse, die mit Politikfähigkeit überhaupt nichts zu tun haben. Und überhaupt nichts mit den Problemen gemein haben, die uns auf einen Kurs zu einem „Dritte-Welt-Staat“ führen.

Eines ist klar: Die AfD will die EU fundamental neugestalten, und das schmeckt natürlich der italienischen Regierungschefin nicht, ebenso nicht Marine Le Pen, die sich gute Chancen auf eine Regierungsbeteiligung ausrechnet. Deutschland ist weitaus größter Nettozahler in die EU-Kasse, wenn Sie wollen, sogar mit „Bonuszuschlägen“. Wer will schon auf diese Gelder verzichten? Da hört selbst die Freundschaft unter „Glaubensbrüdern“ auf.

Ihr Artikel erweckt den Eindruck, dass wir es mit einer ganz normalen Regierung zu tun haben, die nur etwas Pech in ihrem Handeln hat. Nein, der deutschen Bevölkerung wird von linksgrünen Ideologen ein Kultur- und Existenzkampf aufgezungen, der alle hergebrachten Werte zerstört. So soll mit dem beabsichtigten „Demokratiefördergesetz“ ein linker Autoritarismus etabliert werden, mit dem lästige Parteien wie die AfD, die eine Erneuerung der Demokratie nach Schweizer Modell fordert, verboten werden können.

Axel Schröder, Schönwalde-Glien

EINE EINSEITIGE BEURTEILUNG?
ZU: DIE AFD ZELEBRIERT AUF OFFENER BÜHNE IHRE POLITIKUNFÄHIGKEIT (NR. 22)

Der Artikel zeigt mir, dass auch in ihrem Blatt eine einseitige Beurteilung der allgemeinen politischen Lage Einzug hält. So lange man die „Brandmauer“ aufrecht erhält, wird der AfD keine Möglichkeit gegeben, ihre Fähigkeiten in der Praxis zu beweisen. Mit Ausgrenzung, Verleumdungen, Unwahrheiten und lächerlichen Anklagen wird von den anderen Parteien die

einzigste Oppositionspartei in Deutschland unmöglich gemacht.

Es ist beschämend, mit welchen Mitteln der politische Gegner vernichtet werden soll von Parteien, deren Affären zum Teil bis zum heutigen Tag nicht geklärt oder unter den Tisch gekehrt wurden. Gleichzeitig wird damit von den kriminellen Machenschaften anderer, führender Politiker in Deutschland und Europa abgelenkt und ins Vergessen gedrängt.

Unter diesen Gesichtspunkten ist eine Politikunfähigkeit wahrlich nicht nachzuweisen. Genau wie im Ukrainekrieg wird hier der allgemeinen staatlichen Meinung beigegeben, und kein Journalist wagt sich, eine andere Sicht auf die Geschehnisse zu werfen. Dieser Zustand ist mir aus der ehemaligen DDR sehr bekannt und gerade deshalb unakzeptabel.

Karl-Heinz Becker, Waldhufen

NICHT ÜBERALL ZU LESEN
ZU: MYTHOS KAFKA (NR. 22)
UND: LESERFORUM (NR. 22)

Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen zu sagen, wie gut mir die politischen Artikel auf den Seiten 1 bis 6 gefallen haben. Vor allem schätze ich sehr an Ihrer Zeitung, dass hier Informationen vermittelt und Meinungen geäußert werden, wie sie nicht überall zu lesen sind.

Beeindruckt hat mich auch der Artikel „Mythos Kafka“, der die interessante Odyssee und Bearbeitung von Kafkas Texten eindrucksvoll schildert.

Kritisch muss ich mich zu dem Leserbrief „Sumpf der Inkompetenz“ von Herrn Kristen äußern. Ich kann zwar verstehen, dass die Redaktion bei dem Abdrucken von Leserbriefen ein breites Spektrum darlegen will. Wenn aber vom „grün-roten Sumpf der Inkompetenz“, von „Massenverdummungen“, von „gleichgeschalteten Massenmedien“ und von einer „totalen Ideologisierung der Gesellschaft“ geredet wird, so ist das erschreckend und sollte nicht die Bühne einer seriösen Zeitung betreten dürfen.

Dr. Christian Tietze, Bremen

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

PAZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

INDUSTRIEGESCHICHTE

Nicht mal Adam Opel fährt 'nen Opel

Zu Fuß in der Autostadt Rüsselsheim – Vor 125 Jahren wurde in der Stadt am Main mit der Automobilproduktion begonnen

VON BETTINA MÜLLER

Nicht „jeder Popel fährt 'nen Opel“. Manche reisen auch mit der Deutschen Bahn in die Opel-Stadt Rüsselsheim. Kaum dem Bahnhof entronnen, ist man auch schon mittendrin im vermeintlichen Paradies der motorisierten Welt der hartnäckigen Fußgängerweigerer.

Verlässt man das Bahnhofsgebäude, ist er auch gar nicht zu übersehen: Da lebt der Firmengründer Adam Opel in bronzenen Form jovial und freundlich weiter, seit man ihm 1937 diese Statue gewidmet hat. Aber wenigstens ein Partyhütchen hätte man ihm, der heute über sein riesiges Alt-Werk hinter ihm wacht, aufsetzen können, denn dieses Jahr hat Opel so einiges zu feiern: Vor 125 Jahren begann man hier mit der Automobilproduktion. Vor 100 Jahren war Opel der erste deutsche Hersteller, der die Großserienproduktion mit Fließbandtechnik einführt. Und vor 25 Jahren fuhr der 50-millionste Wagen aller Opel-Produktionsstandorte in Rüsselsheim vom Band. Heute gehört Opel zum Automobilkonzern Stellantis mit Sitz in den Niederlanden. Dieser ging 2021 aus der Fusion der damaligen Opel-Mutter, der französischen Groupe PSA, mit Fiat Chrysler Automobiles hervor.

Rüsselsheim ist die Wiege Opels, und die hat eine lange Tradition. Es war im Jahr 1862, als der Firmengründer Adam Opel den Grundstein für das heutige Imperium legte und es zielstrebig und zügig von einer kleinen Nähmaschinenproduktion zu einem Imperium aufbaute. 1886 stieg man auf die Fahrradherstellung um, 1899 schließlich auf die Automobilproduktion. Bereits 1900 hatte sich das Werk zum Großbetrieb entwickelt.

1929 aber, als das Leben der Familie Opel zunehmend von Geldsorgen und Familientragödien gezeichnet war, verkaufte man kurzerhand an die amerikanische General Motors (GM). Da war der Firmengründer Adam Opel schon lange tot. Er hätte sich nach diesem Verkauf wohl im Grabe herumgedreht.

Die Bedeutung des Werks spiegelt sich jedoch nicht kongruent zu der Erfolgsgeschichte im Innenstadtkern wider, was



Ein Automobilist auf Schusters Rappen: Adam-Opel-Statue am Bahnhof vor dem alten Werksportal

Foto: imago/Jan Hübner

vor allem daran liegt, dass die Stadt im Zweiten Weltkrieg sehr gelitten hat und der historische Ortskern weitestgehend zerstört wurde. Man sieht dort nicht, dass Rüsselsheim eigentlich eine uralte Stadt ist, die 830 erstmals urkundlich erwähnt wurde und die 1437 Stadtrecht bekam.

Es gibt viel Leerstand und Tristesse

Verschont vom Bombenhagel wurde jedoch unter anderem das bereits erwähnte Alt-Werk, mit dem man hier aber nicht so recht etwas anzufangen weiß. Es steht in Teilen leer, ist mit riesigen Werbebannern verunstaltet, deren grelle Farben recht unsanft mit dem Rotbraun der denkmalgeschützten Backsteinarchitektur kontrastieren.

Die Reklame preist vollmundig Vermietungsangebote an, doch man kann auch Führungen durch die Hallen des stillgelegten Werkes buchen, das an verschiedenen Standorten mit seinen Back-

steinfassaden in der Stadt immer mal wieder in den Blickpunkt gerät. Wie ein Krake umklammert es die Stadt und will sie partout nicht mehr loslassen. Denn Opel ist gewissermaßen die Daseinsberechtigung dieser Stadt, von der man nicht sagen kann, dass sie zu den schönsten Deutschlands gehöre.

Rüsselsheim ohne Opel, das ist nach wie vor undenkbar, an einem Standort, der einst mit mehr als 30.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber der Region war. Doch im volatilen Automobilgeschäft, das keinerlei Garantie für einen Erfolgskurs gibt, auch nicht, wenn man auf E-Mobilität und eine „grüne Firmenzentrale“ setzt, was mittlerweile auch in Rüsselsheim die Zauberworte sind, ist dessen Mitarbeiterzahl derzeit stetig am Schrumpfen.

Trotz allem konnte man 2023 mit insgesamt 670.000 weltweit verkauften Fahrzeugen den Absatz deutlich steigern.

Man ließ sich nicht lumpen: Auch die deutschen Stellantis-Beschäftigten erhielten 2023 eine Bonuszahlung von 1850 Euro. Und im April kam schließlich auch wieder ein neues Modell auf den Markt: der Opel Frontera.

Der Gang durch die Fußgängerzone ist tatsächlich ernüchternd. Es gibt viel Leerstand und Tristesse. Verrentete „Opelner“, wie man die Werksangehörigen hier bezeichnet, bevölkern die Cafés und langweilen sich. Ein großes alteingesessenes Schuhgeschäft hat Räumungsverkauf. Womit soll man denn jetzt auf das Gaspedal drücken? Für Einkaufsstüchtige ist die Stadt eher uninteressant.

Grüne Erhol-Oasen

Eine Stadt kann sich nicht dauerhaft auf den von Adam Opel geschaffenen Automobil-Lorbeer ausruhen. Sie muss sich ständig neu erfinden und Alternativen anbieten, was in Zeiten angespannter Haus-

haltslagen nicht immer einfach ist. Dennoch lockt der alljährliche Kultursommer oder die Jazzfabrik mit hochkarätigen Veranstaltungen. Es sind vor allem aber (Industrie-)Kulturfans, die hier auf ihre Kosten kommen, zumal der Ort unbedingt auch im Kontext der „Industriekulturroute Rhein-Main“ gesehen werden muss, mit der man seit Jahren versucht, auch dieser Stadt und Gegend neues touristisches Leben einzuhauchen.

Die beste Anlaufstelle, um tief in die wechselvolle und interessante Geschichte von Rüsselsheim einzutauchen, ist für den Besucher das Stadt- und Industriemuseum, das sich mitten in der uralten hessischen Landesfestung am Main befindet, deren Wallanlagen, Rondelle und Kasematten teilweise noch erhalten sind.

Am Main konzentrieren sich dann auch – neben Alt-Werk, Festung und Industriemuseum – die weiteren Sehenswürdigkeiten der Stadt. Das sind vor allem die beiden Opelvillen, die auch ein Zentrum für Kunst und Kultur beherbergen sowie ein Restaurant. Beide Villen gehörten Fritz Opel, dem Sohn Adams, für den das ganze Ensemble bis zu seinem Tod 1938 sein „Schloss am Main“ war.

Und dann wird es – trotz aller Technik – sogar ein wenig romantisch, auch das kann Rüsselsheim. Vergessen sind Verbrenner-Autos und verpestete Luft. Man betritt den Vernapark, diese grüne Oase in der Nähe des Mains, die nur einen Steinwurf entfernt von den Ruinen der Festung liegt. Benannt wurde er nach Wilhelmina von Verma, die das Anwesen, ein ehemaliges Amtshaus mit Garten, 1839 erworben hatte. Doch bereits 1843 starb ihr Mann bei einem Reitunfall, und die Witwe war bis zu ihrem Tod im Jahr 1878 damit beschäftigt, sich dort zum Trost ihr ganz persönliches Refugium zu erschaffen.

Das ist heute eine fast klösterlich anmutende Idylle mitten in der Stadt, mit Weiher und Mühle, Springbrunnen und Spazierwegen, die mittlerweile von der Gemeinde gekauft und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wurde. Natürlich nur für Fußgänger – so wie Adam Opel einer war. Die Statue am Bahnhofsplatz zeigt den Mobilisten ausgerechnet als Spaziergänger.

SOZIALDIENST

Endstation für eine Tasse Kaffee

Ein Berliner gründete die erste Bahnhofsmission – Testfahrten zu den sozialen Auffangstationen an Bahnhöfen im Rheinland

Sollte ein Reisender im Bahnhof einer Großstadt stranden, dann braucht er Hilfe. Dafür sind die Bahnhofsmission zuständig, von denen es mehr als 100 über ganz Deutschland verteilt gibt. Die Anfänge der Bahnhofsmission liegen in der beginnenden Industrialisierung in Deutschland. Immer mehr alleinstehende junge Frauen und Mädchen strömten auf der Suche nach Arbeit und Auskommen vom Land in die wachsenden Städte. Die dort angesiedelte Blech- und Metallindustrie oder die Anstellung als Dienstmädchen blendeten mit ihren Versprechungen.

Dabei drohten aber Gefahren durch unseriöse Vermittler. Um den Mädchenhandel, Prostitution und „sittliche Gefahren“ zu bekämpfen, taten sich ab 1882 Frauen aus dem gehobenen Bürgertum und dem Adel zusammen, um orientierungslosen jungen Damen bei der Suche nach Arbeit und Unterkunft zu helfen.

Im Jahr 1894 gründete der evangelische Pfarrer Johannes Burckhardt die ers-

te evangelische Bahnhofsmission in Berlin. Im Jahre 1897 kam dann ein katholisches Gegenstück in München hinzu. Heute sind die hauptsächlich von ehrenamtlichen Mitarbeitern geführten Bahnhofsmissionen ökumenisch ausgerichtet. Von kleineren Unterstützungen wie einer Tasse Kaffee oder einem Pflaster über Reisehilfen bis zur Vermittlung in Therapieeinrichtungen reicht die Hilfepalette.

Soweit zur Theorie. Doch wie sieht die Praxis aus? Die Reise beginnt in Kleve am Niederrhein. Die Regionalbahn fährt von dort nach Düsseldorf. Wie in der Region so üblich, gibt es weder in Kleve noch entlang der Strecke eine Bahnhofsmission – und das, obwohl am Bahnhof von Weeze für Reisende in Richtung Weeze-Flughafen ein Umstieg erforderlich und Kavelaer ein Wallfahrtsort ist. Am Hauptbahnhof von Krefeld gibt es zwar gut sichtbar Räumlichkeiten der Bahnhofsmission, anders als im Internet angegeben wirken sie aber schon seit Jahren verwaist.

Am Zielort Düsseldorf angekommen, befindet sich die Bahnhofsmission im Quergang zwischen Nordtunnel und Eingangshalle. Auf den ersten Blick sieht es hier luxuriös aus, was beispielsweise an der Lounge für Kinder liegt. Der Hauptraum der Bahnhofsmission liegt aber di-



Bietet soziale Hilfe an: Bahnhofsmission

rekt neben dem Eingangsbereich der öffentlichen Toilette. Und viel schlimmer noch: Bedingt durch eine Glaswand ist der Aufenthaltsraum komplett einsehbar. So wird schnell und leicht sichtbar, dass sich hier regelmäßig einkommensschwächere Freunde berausender Substanzen mit erhöhtem Beratungs- und Hilfsbedarf aufhalten. Eine Einladung zum Verweilen sieht anders aus.

Fährt der Reisende mit dem Zug weiter nach Elberfeld, macht die Bahnhofsmission schon einen deutlich angenehmeren Eindruck. Hier gibt es allerdings nur wenige Sitzplätze, bei gutem Wetter sind es zwei direkt vor der Eingangstür. Der Besucher erhält dafür auf Wunsch Kaffee und eine kleine Mahlzeit wie belegte Brötchen oder – sofern vorhanden – auch Suppen. Die Bezahlung erfolgt auf freiwilliger Basis. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter bieten bei Bedarf freundlicherweise Gespräche und eine Begleitung zum Bahngleis an.

Die letzte Fahrt führt von dort aus bis zum Kölner Hauptbahnhof. Die dortige Bahnhofsmission schießt im wahrsten Sinne des Wortes den sprichwörtlichen Vogel ab. Neben einem Heißgetränk (Kostenpunkt: 50 Cent), einer Aufenthaltsmöglichkeit und einer Toilette ist die dortige Bahnhofsmission auch schon positiv durch Live-Musik in den Fußgängerpassagen im Bahnhof, die Teilnahme am Kölner Krippenweg, den Besuch des karnevalistischen Dreigestirns sowie Filmaufnahmen für eine Dokumentation des ZDF über Ehrenamtler aufgefallen.

Auf dem Heimweg wird noch Station in der Duisburger Bahnhofsmission gemacht. Sie liegt etwas unscheinbar in einem Seitenarm der Empfangshalle. Sie ist eine Mischung aus Aufenthaltsraum, Kaffeetankstelle (Kostenpunkt: 40 Cent), kostenlose Essensausgabe (Brot) und Kleiderkammer. Immerhin ist auch sie eine Ruhe-Oase in einem betriebsamen Umfeld.

Andreas Rüdiger

● FÜR SIE GELESEN

Spannender Olsen-Krimi

Das dänische Dezernat Q für ungelöste Fälle hat ein großes Problem: Ihr Chef, Kriminalkommissar Carl Mörck wurde wegen des Verdachts auf Mord, Drogenhandel und Korruption verhaftet und ins Gefängnis gesperrt. Dort wartet er auf eine schnelle Entlassung, denn er hat sich nichts zuschulden kommen lassen, außer, dass er den Koffer eines verstorbenen Kollegen auf dem Dachboden aufbewahrt hat.

Die Mithäftlinge starren ihn bedrohlich an – sie trachten ihm nach dem Leben, denn er hat bei vielen dafür gesorgt, dass sie im Gefängnis gelandet sind. Als auch noch Mörcks Anwalt kaltblütig auf dem Bürgersteig überfahren wird, bekommt Mörck es mit der Angst zu tun. Er hofft, dass sein Team Beweise findet, um zu bestätigen, dass seine Verhaftung und die Anschuldigungen unbegründet sind. Erschwerend kommt hinzu, dass die unabhängige Polizeiklagebehörde DUP jede andere Ermittlung ausdrücklich verboten hat.

Jussi Adler Olsen hat mit „Verraten“, dem zehnten und letzten Band der Sonderdezernat-Q-Reihe, einen spannenden Krimi geschrieben. Wer die Ermittler kennt und mag, wird einige Déjà-vu-Effekte bemerken, aber das tut der Spannung keinen Abbruch.

Angela Selke



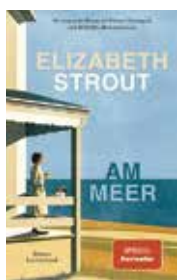
Jussi Adler Olsen: „Verraten“, dtv, München 2024, gebunden, 608 Seiten, 26 Euro

Umgang mit der Pandemie

Die New Yorker Schriftstellerin Lucy wird von ihrem geschiedenen Mann William bedrängt, mit ihm in den Bundesstaat Maine zu reisen. Sie hält es erst für einen Urlaub, aber ihr Ex-Mann, ein Parasitologe weiß, dass bald eine Pandemie ausbrechen wird, und möchte sie in Sicherheit bringen. Nur nach und nach begreift Lucy das Ausmaß des Virus und erfährt durch die Nachrichten und Anrufe ihrer Töchter, dass viele Menschen, besonders in New York, daran sterben. Beim Einkaufen werden Lucy und William aufgefordert, wieder nach New York zurückzufahren. Sie harren in ihrem einsamen Feriendomizil aus und hoffen, dass ihren Lieben zuhause nichts geschehen und alles bald wieder normal sein wird.

Elizabeth Strout erzählt in ihrem Roman „Am Meer“ in kleinen Kapiteln das Ausmaß der Corona-Pandemie in Amerika. Sie bleibt jedoch oberflächlich und gefühlsarm, indem sie die täglichen banalen Aktivitäten des Paares beschreibt. Der Roman ist für Leser geeignet, die sich dafür interessieren, wie die drei Jahre der Pandemie die amerikanischen Bürger betroffen haben.

A.S.



Elizabeth Strout: „Am Meer“, Luchterhand Verlag, München 2024, gebunden, 287 Seiten, 24 Euro



Psychische Gesundheit im Fluss

Wohlbefinden im Gehirn aus neurowissenschaftlicher Perspektive

FOTO: SHUTTERSTOCK

Sport, Schlaf und Ernährung, Placebo, Antidepressiva, Psychotherapie, Elektrokonvulsionstherapie, Tiefe Hirnstimulation und Alltagsdrogen. Die Neurowissenschaftlerin und Leiterin des Mental Health Neuro-

science Lab an der University of Cambridge, Camilla Nord, erläutert sehr unterhaltsam, vielleicht manchmal zu flapsig, was im menschlichen Gehirn passiert und dass es nicht immer die eine Lösung für alle gibt. CRS



Camilla Nord: „Das ausgeglichene Gehirn“, Kösel-Verlag, München 2024, gebunden, 352 Seiten, 25 Euro

STETTIN

Spaziergänge durch die alte Hansestadt

Edda Gutsche beschreibt in acht abwechslungsreichen Wanderungen eine Stadt, in der sich Geschichte und Gegenwart überlagern

VON MATTHIAS VOSS

Stettin [Szczecin] ist eine der größten Städte der Republik Polen, nur wenige Kilometer von der bundesdeutschen Grenze entfernt, mittlerweile immer besser auf Straße und Schiene sowie auf dem Wasser zu erreichen. Am Ausbau der Verbindungen wird gearbeitet. Es ist eine moderne, aufstrebende Stadt mit einem leistungsfähigen Hafen und fünf Universitäten. Und es ist eine Stadt mit jahrhundertelanger Geschichte, deutscher und polnischer. Und so wie sich Stettin an der Oder zu einer grenzüberschreitenden deutsch-polnischen Metropolregion entwickelt hat, betrachtet die heutige polnische Generation das historische Erbe als eine gemeinsame Verantwortung.

Edda Gutsche lädt mit ihrem Buch „Stadt der Magnolien“ zu acht Spaziergängen durch die Stadt ein, in der sich Geschichte und Gegenwart überlagern. Als Tourist oder auf den Spuren der eigenen Familie in Stettin unterwegs, kann man sich an ihren Routenvorschlägen orientieren. Aber genauso kann man sich zwischen Namen, Steinen, Baustilen und landschaftlichen Reizen verirren, denn Gutsche ist eine Meisterin gründlicher Recherche.

Sie führt die Leser auf und unter der Erde durch die Stadt, durch Parks und Flussinseln, erzählt von Brunnen und Wasserpumpen, Schlössern, Kirchen und Bibliotheken. Und immer wieder von Menschen, die diese Stadt prägen oder

von ihr geprägt wurden. Alfred Döblin wurde hier geboren, Carl Loewe komponierte seine Balladen und Kurt Tucholsky wurde in Stettin eingeschult. Herzöge, Könige, Kaiser und Zarrinnen haben in der Stadt an der Oder ihre Spuren ebenso hinterlassen wie Baumeister, Kapitäne und die streikenden Hafendarbeiter.

Geschichte und Aktuelles

Die „Spaziergänge“, die auch in die Umgebung führen, sind durch viele aktuelle Fotografien illustriert. Mit unterschiedlichen Farben sind Texte markiert, die Hintergrundinformationen vermitteln und beim Wandern zunächst überlesen werden können. Die Autorin verwendet die aktuellen polnischen Straßennamen und Bezeichnungen für Sehenswürdigkeiten, sodass sich Spaziergänger gut auf der Straße orientieren können. Bei jeder ersten Erwähnung werden aber die deutschen Namen genannt.

Als ein sehr detailreich informierender Reisebegleiter ist das Buch zu empfehlen, ein beigelegter Stadtplan mit den vorgeschlagenen Routen hätte es vervollkommenet.



Edda Gutsche: „Stadt der Magnolien. Spaziergänge durch Stettin“, Edition Pommern, Stralsund 2024, Taschenbuch, 136 Seiten, 16,90 Euro

ZEITGESCHICHTE

Rückblick in die eigene Geschichte

Maja Nielsen hat in „Der Tunnelbauer“ wahre Begebenheiten spannend und unterhaltsam für Jugendliche in eine Romanhandlung eingeflochten

VON SILVIA FRIEDRICH

Nachfolgenden Generationen Geschichte nahezubringen ist nicht so einfach. Die Autorin Maja Nielsen legt seit Jahren mit großem Erfolg Kinder- und Jugendbücher vor, die sich vornehmlich um die deutsche Geschichte drehen. Nach Themen rund um den Ersten Weltkrieg und die Novemberrevolution befasst sie sich in dem Buch „Der Tunnelbauer“ mit der Dramatik der deutschen Teilung, als viele Menschen aus der abgeriegelten DDR fliehen wollten.

Spannend wie ein Film beginnt das Buch, als ein junger Mann von gerade einmal 18 Jahren mit falschem Pass, vier Monate nach dem Bau der Berliner Mauer, im Dezember 1961 an den Grenzübergang in der Friedrichstraße herantritt. Alles, was nötig ist zu wissen, hat ihm sein Fluchthelfer mitgeteilt. Achim, so der Protagonist, geht gedanklich jedes Detail noch einmal durch, hat große Angst und die Leserschaft zittert mit ihm.

In einem Rückblick auf den Sommer 1961 erfährt man, wie die Geschichte seiner Flucht begann, was ihn dazu trieb, die DDR zu verlassen, und welche Schwierigkeiten bei diesem hochgefährlichen Unterfangen auftauchten. Unvorstellbar in der Gegenwart, dass mutige Menschen Tunnel gegraben haben von einer Seite der Stadt zur anderen, unter der Mauer und dem Todesstreifen hindurch, beginnend in einem Keller im Westen, endend in einem Keller im Ostteil Berlins, um ihre

Mitbürger bei der Flucht zu unterstützen. Achim tut genau das. Als er im Westen ankommt, gräbt er mit weiteren Helfern verschiedene Tunnel, auch, um seine Freundin endlich wieder bei sich zu haben. Angelehnt an wahre Geschehnisse, die als Grundlage dienen, schrieb die Autorin diesen packenden Roman, den kein Drehbuchautor besser hätte erfinden können.

Der Roman geht zurück auf die Erlebnisse Joachim Neumanns, der Anfang der 1960er Jahre aus der DDR floh und an den Tunnelbauten maßgeblich beteiligt war. Er arbeitet heute bei der Stiftung Berliner Mauer und sagte in einem Interview, dass er jungen Menschen nahebringen möchte, einmal darüber nachzudenken, dass Freiheit und Demokratie keine Selbstverständlichkeiten seien und jeder sich überlegen sollte, was zu tun sei, wenn diese Werte in Gefahr gerieten.

Das Leben schreibt die besten, oft aber auch die traurigsten Geschichten. Wer die deutsche Teilung, den Kalten Krieg selbst erlebt hat, wird sich sofort in diese Zeit zurückversetzt fühlen, jungen Menschen gibt es einen großartigen Einblick in unsere Vergangenheit.



Maja Nielsen: „Der Tunnelbauer“, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2024, gebunden, 192 Seiten, 14 Euro

WOLFSBURG

„Der Saal hat getobt“

Eindrücke vom großen Treffen der ostpreußischen Familie in der niedersächsischen Autostadt

VON MANUEL RUOFF

Parallel zur Kranzniederlegung am Gedenkstein auf dem Klieversberg öffneten sich vorletzten Sonnabend um 9 Uhr die Tore des Congressparks Wolfsburg zum diesjährigen Ostpreußentreffen der Landsmannschaft Ostpreußen. Nach der Einlasskontrolle erwartete die Besucher im Erdgeschoss eine Ausstellung mit historischen Ansichten Ostpreußens und im Foyer des ersten Stocks die Ausstellungen ostpreußischer Organisationen und gewerblicher Anbieter. Der Reigen der vertretenen Kreisgemeinschaften reichte von Allenstein über Elchniederung, Goldap, Heiligenbeil, Königsberg, Lyck, Neidenburg, Osterode und Tilsit bis nach Treuburg; der Landesgruppen von Bayern mit dem „Preußen-Kurier“ bis Nordrhein-Westfalen. Ebenfalls durch Stände vertreten waren die Arbeitsgemeinschaft Ostpreußischer Familienforscher, der Sänger BernStein, das Bildarchiv Ostpreußen, der Bund Junges Ostpreußen, der Kieler Zarenverein, das Kulturzentrum Ostpreußen, das Ostpreußische Landesmuseum, die „Prussia“ und die „Tolkemita“, der Verein der Deutschen in Memel/Klaipeda und die Verlagsgruppe Husum, um nur einige zu nennen.

Nach einem musikalischen Vorprogramm durch das Orchester der Stadtwerke Wolfsburg, das an diesem Tag gut aufgelegt war, begann die Festveranstaltung mit dem Glockengeläut des Königsberger Doms. Im Anschluss erfolgte der Einzug der Fahnenstaffel, auf das wiederum das Geistliche Wort von Domherr André Schmeier, die Totenehrung, diverse Grußworte, die Verleihung des Ostpreußischen Kulturpreises an Andreas Gautschi (siehe unten), sowie die Ansprache des Bundestagsabgeordneten Philipp Amthor und die Festrede des LO-Sprechers Stephan Grigat (siehe Nummer 23, Seite 13) folgten. Den Abschluss der Festveranstaltung bildeten der gemeinsame



Teilnehmer der Festveranstaltung: BdV-Präsident Bernd Fabritius, LO-Sprecher Stephan Grigat und MdB Philipp Amthor (v.l.)

Gesang des Ostpreußenliedes und der Nationalhymne.

Königsberger Klopse von VW

In der Mittagspause gab es das ostpreußische „Nationalgericht“ Königsberger Klopse, aber auch Alternativen. Obwohl das Essen aus der Küche des VW-Konzerns stammte, gehörte zu den Alternativen leider nicht die so beliebte VW-Currywurst, die sowohl hinsichtlich der Zahl der produzierten Exemplare als auch bezüglich der Qualität den ebenfalls von Volkswagen produzierten Autos in nichts nachsteht.

Nach der Mittagspause, die Zeit zum Besuch der Stände im Foyer und zum Austausch mit Landsleuten bot, ging es

im Festsaal mit dem Kulturprogramm weiter. Als erstes auf dem Programm stand die Tanzgruppe SAGA aus Bartenstein, die einen bunten Reigen an traditionellen (Volks-)Tänzen zeigte.

Ein Höhepunkt war auch der Auftritt der jung gebliebenen Ostpreußen-Brüder Gustav Kaludrichkeit und Otto Kaluweit, die im schönsten, heute kaum noch zu hörenden Ostpreußisch Döntjes erzählten. Ihr Programm reichte vom Trinkspruch über Witzchen und Anekdoten bis zum Gedicht, sowohl gereimt als auch ungereimt. Ausnahmsweise gar nicht zum Lachen war den Anwesenden, als zwischendurch einer der beiden ernst und auf Hochdeutsch aus seinem Buch „Das Leben meiner Mutter“ vortrug.

War der heute polnische Teil Ostpreußens durch SAGA aus Bartenstein vertreten, so der litauische durch den Chor des Hermann-Sudermann-Gymnasiums aus Memel. Das Programm der 16 am E-Klavier begleiteten Schüler reichte von „Zogen einst fünf wilde Schwäne“ über „Über sieben Brücken musst Du gehen“, „Ännchen von Tharau“, „Die Seepferde“, „Sag mir, wo die Blumen sind“, „Der Weg nach Hause“, „Ehrenwort“, „Veronika, der Lenz ist da“ und „Du bist die Kraft“ bis „Nette Begegnung“.

Höhepunkt des Kulturprogramms

Anschließend kam der „Höhepunkt“, wie der moderierende BernStein den letzten

Teil des Kulturprogramms selbstironisch ankündigte. Der Moderator selbst gab sich die Ehre und trug rund ein Dutzend Lieder vor. Dazu gehörten selbstkomponierte oder zumindest -getextete Lieder ebenso wie Klassiker. Zu letzteren gehörte das Ostpreußische Reiterlied, von dem er auf Wunsch des LO-Sprechers, wie er betonte, alle sechs Strophen vortrug. Zu besagten Klassikern gehörte auch „Wenn die bunten Fahnen wehen“. Bei keinem anderen Lied kam das Publikum BernSteins Aufforderung mitzusingen derart unüberhörbar nach wie bei diesem. Der Höhepunkt dieses letzten Programmtails war sicherlich erreicht, als SAGA nach dem ersten Vortrag dieses Fahrtenliedes der deutschen Jugendbewegung spontan den Sänger bat, zu ihm tanzen zu dürfen, und die Tanzgruppe zu BernSteins Wiederholung dieses Stückes tanzte. BernSteins Kommentar nach diesem gemeinsamen Auftritt: „Hinweis an Herrn Grigat: Sie können in Ihrer Zeitung schreiben: ‚Der Saal hat getobt.‘“

Zum Schluss des Programms stellte BernStein das Publikum vor die Wahl zwischen „Auf Wiedersehen“ und dem Ostpreußenlied. Mit dem gemeinsamen Gesang des Ostpreußenliedes ohne Instrumentalbegleitung, was das Stimmenmeer umso deutlicher und imposanter hervortreten ließ, endete nicht nur das Kulturprogramm, sondern auch dieses Ostpreußentreffen.

Die Durchführung des Ostpreußentreffens wurde aus Mitteln der Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk, Lüneburg, für die Stiftung Ostpreußen gefördert. Das Kulturreferat am Ostpreußischen Landesmuseum finanzierte aus Mitteln des BKM den Auftritt der Tanzgruppe Saga aus Bartenstein. Ein Zuschuss der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen, Standort Grenzdurchgangslager Friedland, ermöglichte den Auftritt des Chors des Hermann-Sudermann-Gymnasiums aus Memel.

EHRUNG

Ostpreußischer Kulturpreis für Andreas Gautschi

Anerkennung für ein einzigartiges forst- und jagdwissenschaftliches sowie literarisches Wirken

Im Rahmen des Treffens in Wolfsburg wurde der in der Schweiz geborene und seit vielen Jahren in Ostpreußen lebende Forstwissenschaftler Andreas Gautschi mit dem Ostpreußischen Kulturpreis geehrt. An dieser Stelle geben wir den Text der Laudatio wieder.

Dr. Gautschi hat sich seit mehr als 30 Jahren durch seine umfangreichen Studien zur preußisch-deutschen Forst- und Jagdgeschichte vor allem für Ostpreußen verdient gemacht.

Seine Werke zur Rominter Heide, zum Elchwald und zu den Jagd- und Waldverhältnissen Ostpreußens insgesamt weisen ihn als fundierten Fachmann und Spezialisten auf diesem Gebiet aus. Er hat dabei vor allem die Menschen, die diese wunderbaren Wälder mit ihren artenreichen Wildbeständen hegen und pflegten, in besonderer Weise mit ihren Stärken, aber auch mit ihren Schwächen herausgestellt.

Letzteres gelang ihm als Schweizer, unbelastet von nationaler Schuld und Scham, vor allem bei den Vorgängen während des 2. Weltkriegs mit großer emotionsfreier Nüchternheit und Sachlichkeit.

Gautschi beschreibt seine Protagonisten mit viel Empathie. Mit geradezu detektivischer Akribie gelingt es ihm, Angehörige, Nachfahren oder Zeitzeugen aufzuspüren und sie zur Freigabe persönlicher Aufzeichnungen und vor allem zahlreicher Fotografien zu veranlassen, vielleicht auch zu überreden, und so einem Kreis von Interessenten zugänglich zu machen und für die Zukunft zu bewahren.

Gautschis Liebe gilt der Rominter Heide in ihrer ganzen landschaftlichen Schönheit und forstlichen Vielfalt, aber eben auch den Persönlichkeiten, die dort wirkten. Der Buchtitel „Durch Wälder und Zeiten“ im Jahr 2011 wurde für den Autor Programm; denn diese führen ihn auf dem eigenen Lebensweg nach Szittkehmen/Wehrkirchen, wo er sich niedergelassen hat, um ganz nah bei seinem Forschungsobjekt zu sein.

Großartig sind Dr. Gautschi die Lebensbeschreibungen der Oberförster bzw. Forstmeister der Rominter Heide gelungen, die uns in eine weit zurückliegende Zeit entführen. Im Herbst 2021 befasste sich der Autor mit dem seltsamen, aber treffenden Titel der ersten Zeile aus Goethes Faust „Ihr naht euch wieder,

schwankende Gestalten“ mit der stillen gestaltenden Arbeit von sechs Generationen preußischer Förster in der Rominter Heide.

Die Liste seiner Bücher, Werke und Veröffentlichungen ist lang. Es sind vier belletristische Werke, 32 Sachbücher und drei Buchveröffentlichungen mit Mitherausgebern. Herausragend zu nennen ist die auf historischen Tatsachen beruhende romanhistorische Darstellung des Kurfürsten Johann Sigismund von Brandenburg mit dem Titel „Vom Jagen, Trinken und Regieren“ aus dem Jahr 2005 und das Buch „Zum Gedenken an den 150. Todestag des königlichen Oberförsters von Nassawen Carl Reiff“, der durch Wilderer Hand starb und mit dem die Rotwildhege in der Rominter Heide begann, die zu den kapitalen Geweihen bis in unsere Zeit führte. Diese Entwicklung machte die Rominter Heide berühmt, zog allerdings auch die politisch Mächtigen an.

Die künstlerische Begabung des Geehrten äußert sich nicht nur in der einfühlsamen Beschreibung der Werke des Jagdmalers „Richard Friese – sein Leben, seine Kunst“ im Jahr 2003, sondern er selbst schuf für einige Bücher nach foto-

grafischen Vorlagen Portraits seiner Protagonisten. Zwei Bände Wald- und Jagdgedichte aus der Rominter Heide 2017 und 2018 unter dem Pseudonym F. von Fuchsenfels runden das Bild dieses vielseitigen Schriftstellers ab. Er selbst sieht sich als „Wanderer zwischen den Zeiten“. Wer sein neuestes Buch aus dem vergangenen Jahr „Aufbruch nach Rominten – Erinnerungen und Bekenntnisse“ liest, versteht, was er mit dieser Selbstcharakterisierung meint.

Im übertragenen Sinne hat Dr. Andreas Gautschi dem Wald, dem Wild, der Jagd, der Landschaft und den Menschen Ostpreußens mit seinem schriftstellerischen Werk ein bleibendes Denkmal gesetzt. Er hat mit seinem umfangreichen Werk wissenschaftlich-literarisch abgerundet, was Forstmeister Hans-Ludwig Loeffke mit der Gründung des Ostpreußischen Jagdmuseums – Wild, Wald und Pferde praktisch vor 67 Jahren begonnen hat. Beides ergänzt sich und muss in einem Bogen zusammen betrachtet werden, auch wenn das Museum eine notwendige Entwicklung zum heutigen Ostpreußischen Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung erlebt hat und die kultu-

relle Betrachtung auf alle Bereiche der Provinz Ostpreußen ausgeweitet wurde. Das neueste Thema ist der bedeutende Immanuel Kant aus Königsberg.

Dr. Gautschi hat durch seine Arbeit für die Jagd- und Forstgeschichte eine fundierte Grundlage geschaffen, um die Darstellung Ostpreußens als ein besonderes Naturparadies und einzigartige Kulturlandschaft im Gedächtnis zu behalten.

Auch wenn das alte Ostpreußen untergegangen ist, haben wir im Bewusstsein der Kulturbewahrung einer 800-jährigen Geschichte die Verpflichtung, daran zu erinnern und sie zu beschreiben. An dieser wertvollen Kulturarbeit für die Forst- und Jagdgeschichte Ostpreußens hat Dr. Andreas Gautschi aus der Rominter Heide mit seinem Werk einen beachtenswerten und sehr besonderen Beitrag geleistet. Hierfür gebührt ihm großer Dank und die Ehre des Kulturpreises der Landsmannschaft Ostpreußen.

Abschließend möchte ich einen ganz besonderen Dank an den Freistaat Bayern für die Dotierung des Kulturpreises aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales richten.

Horst Buschalsky

● AUFGESCHNAPPT

Die „Welt“ widmete sich dieser Tage einer besonderen kommunalen Maßnahme zur Linderung der Not am Wohnungsmarkt: Die Stadt Mannheim führt eine Wohnungstauschprämie ein, die vor allem Ein- oder Zwei-Personen-Haushalte dazu bewegen soll, sich zu verkleinern, damit mehr größere Wohnungen für junge Familien auf den Markt kommen. Die Prämie besteht aus zwei Bausteinen: einem Grundbetrag von 2000 Euro, wenn „eine zu große Wohnung frei wird“, und je 1000 Euro pro Zimmer, um das sich der bislang in einer größeren Wohnung lebende Haushalt mit dem Umzug verkleinert.

Der treffende Kommentar der „Welt“: „Das Beispiel ... zeigt: Aus dem über Jahre von der sogenannten Zivilgesellschaft vollmundig propagierten ‚Wir haben Platz‘ ist – auch dank ungesteuerter Zuwanderung – ein verzweifelter ‚Wir müssen zusammenrücken‘ geworden. Eine nennenswerte Lösung für die riesigen Probleme am Wohnungsmarkt indes kann das aktivistische Wohnungstauschprämienprogramm nicht einmal in Ansätzen liefern.“ *neh*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Leo Ensel sieht die Welt wie am Vorabend des Ersten Weltkriegs erneut in die Katastrophe „schlafwandeln“, nachdem der Ukraine nun erlaubt wurde, mit westlichen Waffen auch Russland selbst zu attackieren. Im Portal „Global Bridge“ (2. Juni) warnt er:

„Was, wenn diese waghalsige Entwicklung früher oder später allen Akteuren entgleitet? Wenn dieser Krieg zu einem direkten Konflikt zwischen NATO und Russland eskaliert? Wenn er sich auf ganz Europa, womöglich noch darüber hinaus, ausweitet? Wenn – analog zur Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges – als Resultante dieses unübersehbaren ‚Kräfteparallelogramms‘ etwas herauskommt, zu dem alle beigetragen, das aber so niemand gewollt hat? Der Dritte Weltkrieg könnte als ‚zweiter Erster Weltkrieg‘ beginnen.“

Josef Kraus moniert auf „Tichys Einblick“ (5. Juni) mangelnden Respekt der Politik vor Soldaten und Polizeibeamten. Dabei weist er auf eine Folge dieses Mangels hin:

„Die Chefs der Sicherheitsministerien aber sollten sich ernsthaft fragen, warum immer mehr Polizisten (und Soldaten) AfD wählen. Mit Radikalisierung dieser Wähler hat das nichts zu tun. Sondern mit der Geringschätzung der mehr als vierhunderttausenden Menschen, die Deutschlands Sicherheit garantieren, und für die Art des polit-medialen Umgangs mit ihnen.“

Das Online-Portale NiUS meint zu den Ergebnissen der Europawahlen mit Blick auf den vorherigen Wahlkampf:

„Die Lieblingsbeschäftigung der Ampelpolitiker ist es, von Zusammenhalt zu quatschen und zu appellieren, dass man sich gegen dieses und jenes unterhaken müsse. Am Wahlsonntag hat die Bevölkerung endlich auf die Regierung gehört und sich untergehakt. Sie hielt zusammen. Gegen die Ampel.“

Helmut Markwort blickt auf „focus.de“ noch einmal auf die Umstände des Mannheimer Polizistenmords und schreibt:

„Die Ermordung des Polizeihauptkommissars Rouven L. mitten auf dem Marktplatz in Mannheim hat hoffentlich einige Verantwortliche schockiert. Sie müssen sich fragen, ob ihre Maßstäbe verkehrt sind. Der islamkritische Politiker Michael Stürzenberger, dem das Attentat galt, liegt schwer verletzt in der Klinik. ... Er will an die Wand malen, was Deutschland blüht, wenn bei uns die Regeln des Koran und der Scharia gelten sollten. Stürzenberger tauchte jahrelang als Extremist im Bericht des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz auf. Von einer Überwachung des Messermörders Sulaiman Atae ist nichts bekannt.“

● WORT DER WOCHE

„Es ist niemandem zu vermitteln, dass ein Islamist aus Afghanistan nach Deutschland flieht und dann wegen der Herrschaft der Taliban nicht mehr dorthin zurückkehren darf.“

Matthias Iken bringt im „Hamburger Abendblatt“ vom 7. Juni die Absurdität der deutschen Asylpraxis auf den Punkt

DER WOCHENRÜCKBLICK

Die fatale Magie der Realitätsverleugnung

Zur Mitschuld der Medien am Zustand unserer Demokratie

VON REINHARD MOHR

Im Zentrum von Heidelberg sticht ein außer Rand und Band geratener rechtsradikaler Reichsbürger auf eine grüne Bundestagskandidatin ein, die blutüberströmt liegen bleibt. Mehrere Passanten, die helfen wollen, und ein Polizeibeamter, der sofort eingreift, werden schwer verletzt. Der Täter wird angeschossen und festgenommen, der Polizeibeamte stirbt im Krankenhaus.

Wie würde die „taz“ wohl über einen solchen Vorfall berichten? Selbstverständlich mit einem großen Aufmacher-Artikel und Berichten von Augenzeugen. Dazu ein Kommentar unter der Überschrift „Jetzt geht die Saat auf“, in dem von der Verharmlosung des Rechtsextremismus und dem „strukturellen Wegschau“ der politischen Klasse die Rede ist. Unzählige Texte folgen, die alle eine Frage stellen: Wie konnte es bloß soweit kommen?

Was aber, wenn der Täter ein abgelehnter afghanischer Asylbewerber ist und das Opfer ein „rechter“ Islam-Kritiker, wie es jüngst mitten in Mannheim geschah? Dann heißt es im Leitartikel der „taz“: „Rechte nutzen die Tat nun für ihre Zwecke. Es ist gut, dass Mannheimer Bürgerinnen und Bürger mit einer Mahnwache gegen Gewalt, Hass und Hetze dagehalten. Doch man muss sich auch fragen, warum ein Extremist wie der angegriffene Michael Stürzenberger seit Jahren auf Marktplätzen der Republik seine Hasspropaganda gegen Muslime verbreiten darf.“

Mit dieser ideologisch motivierten Realitätsverweigerung, die gleich wieder auf die einzig zulässige Interpretationstraße „gegen rechts“ führt, ist die „taz“ nicht allein in der deutschen Medienlandschaft. Auch „Spiegel“, „Süddeutsche“ und „Zeit“, die letzten Leitmedien der alten Bundesrepublik, gewichten ihre Berichterstattung gemäß ihren politischen Vorlieben. Unliebsame, politisch unangenehme, schmerzhaft und dem *safe space* der eigenen seelischen Befindlichkeit unzutragliche Vorkommnisse werden beschwiegen, runtergedimmt, relativiert, in den richtigen „Kontext“ gestellt und jedenfalls nicht an die große Glocke gehängt.

Die Rolle der Medien

Während zuletzt das idiotische „Ausländer raus“-Gebüll einer betrunkenen Kleinhorde auf Sylt für tagelangen Aufruhr sorgte, der selbst den Bundespräsidenten und den Kanzlerdarsteller Olaf Scholz zu einer flammenden

Stellungnahme von oberster Stelle zwang, wird die Zahl der zunehmenden Gruppenvergewaltigungen durch mehrheitlich nicht-deutsche Tatverdächtige so lange gedreht und gewendet, bis sie wie von selbst auf ein handliches Format schrumpft, mit dem man leben kann. Eine Berliner Rechtsprofessorin äußerte in der „Abendschau“ des rbb, nicht jede Vergewaltigung entspreche ja „unserer Horrorgeschichte“. Oft halb so schlimm also. Jeder Mann wäre dafür von der „Netzgemeinde“ geteert und gefedert worden.

Dass die deutsche Politik seit vielen Jahren nicht imstande ist, die Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungspolitik auf realistische und im Wortsinn nachhaltige Füße zu stellen, hat auch mit der Verfassung unserer Medien zu tun. Sie haben die Funktion einer großen Gouvernante übernommen, die wie ein riesiges, schier unüberwindliches Über-Ich im Freudischen Sinne über den moralischen Kompass der Republik wacht und jede vermeintliche Abweichung mit einem Verdikt belegt, das die Diskussion schlagartig beenden soll. So wird das Wichtigste in einer freiheitlichen Demokratie sabotiert: die offene, ja, auch schmerzhaft Diskussion über drängende Probleme.

Eine Grundsatzfrage fasst indes niemand an: Was bedeutet es eigentlich für unser Land, wenn Jahr für Jahr hunderttausende Menschen aus aller Welt, mehrheitlich Muslime aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und afrikanischen Staaten, zu uns kommen, die mit Geschichte, Kultur, Sprache, Tradition und Lebensweise in Deutschland so gut wie nichts verbindet? Was heißt das für die Identität und das Selbstverständnis des Landes, für die Zukunft seiner säkularen, liberal-demokratischen, ja eben weltoffenen Ordnung? Die antisemitischen Eruptionen in migrantischen Communities lassen da einiges befürchten. „Kindermörder Scholz!“ riefen palästinensische Fanatiker unlängst dem Kanzler zu.

Das ultimative Passepartout-Wort für jedes „toxische“ Ereignis, für jedes „falsche“ Wort, für jeden unpassenden Gedanken ist der schier allgegenwärtige Vorwurf des „Rassismus“, der die gesamte Gesellschaft angeblich durchzieht wie ein immerwährendes Gift. Dicht dahinter folgen die Attribute „unmenschlich“, „inhuman“ und „schändlich“, mit denen alles gesagt sein soll. Selbst die Abschiebung von längst durch alle Instanzen hindurch als rechtmäßig verfügt „Ausreisepflichtigen“ gilt als skandalöse „Deportation“, die an dunkelste Nazi-Zeiten erinnert.

Das Desaster der Ampel-Parteien SPD und Grünen könnte eine neue „Zeitenwende“ markieren – das Ende des grünen Zeitgeists, das Ende der systematischen Realitätsverleugnung



Alle Beiträge von Reinhard Mohr finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Friedrich Merzens Wort von den „kleinen Paschas“, angesichts vieler Zustände an Schulen eigentlich eine verharmlosende Umschreibung machohaft, teils gewalttätiger Verhaltensweisen muslimisch-türkisch-arabischer Jugendlicher, wird ihm bis heute als „rassistische Entgleisung“ nachgetragen.

Die Gewohnheit nachzufragen, ist einem Journalismus weithin abhandengekommen, der alles schon zu wissen scheint und einen Hang zu erzieherischem Wirken hat. Der nüchtern kritische Blick hat einer voreingenommenen Berichterstattung Platz gemacht, deren wichtigste Ingredienzien Moralisierung und Emotionalisierung sind.

Doch es handelt sich eben nicht um offen vorgetragene politische Auffassungen, denen man ebenso offen widersprechen könnte – so wie damals, als der „rote“ Klaus Bednarz in der ARD mit dem schwarzen „Kommunistenfresser“ Gerhard Löwenthal im ZDF wetteiferte. Obwohl der Mehrzahl der Journalisten heute rot-grüne Sympathien nachgesagt werden, treten sie keineswegs als Meinungskämpfer in eigener Sache auf, sondern als scheinbar neutrale Beobachter des Zeitgeschehens.

Schweigen statt Fehleranalyse

Wer überhaupt noch regelmäßig das öffentlich-rechtliche Fernsehen konsumiert, hat immer öfter das Gefühl einer Gleichförmigkeit, deren ungeschriebenes Motto an eine Äußerung des früheren Bundesinnenministers Thomas de Maizière erinnert, als es um den politischen Hintergrund eines befürchteten Terroranschlags ging: „Ein Teil dieser Antwort würde die Bevölkerung verunsichern.“

Ironie der Geschichte: Genau diese Strategie des Verschweigens und Herunterdimmens, das tägliche Programm von Beschönigung und Relativierung von Tatsachen und Zuständen, sorgt erst recht für jene Verunsicherung, die sich nicht zuletzt in Stimmen für die AfD und neuerdings auch für das Bündnis Sahra Wagenknecht niederschlägt.

Wer daran wirklich etwas ändern will, sollte endlich die offene Debatte zulassen, jene Vielfalt der Meinungen, die in Sonntagsreden zwischen zwei Buchsbäumen als „demokratischer Streit“ gefeiert wird. Womöglich liefert das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament einen neuen Anstoß. Das Desaster der Ampel-Parteien SPD und Grünen könnte eine neue „Zeitenwende“ markieren – das Ende des grünen Zeitgeists, das Ende der systematischen Realitätsverleugnung.